

### III. Entwicklung und Unterentwicklung: Theorien und Diskussionen

#### 1. Die Dependenztheorie

##### 1.1. Entstehung und inhaltliche Grundlinien

Mit dem Ende der Kolonialzeit verband die große Mehrzahl der politisch unabhängig gewordenen Länder die Hoffnung auf einen nun rasch einsetzenden Prozess nachholender Entwicklung. Gerade zahlreiche lateinamerikanische Staaten, von denen die meisten ihre Unabhängigkeit bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlangten, machten sich unter der Führung von selbstbewussten politischen Eliten auf den Weg des „Fortschritts“ und der „Modernität“. Durch gezielte Industrieförderung, Modernisierung der Infrastruktur und einen damit einhergehenden Fokus auf die Beschleunigung wirtschaftlichen Wachstums hofften die neu entstandenen Staaten, eine „nachholende Modernisierung“ und damit eine Angleichung an die Wirtschaftskraft und den Lebensstandard der westlichen Industrieländer zu erreichen. Theoretisch untermauert wurde diese Vorgehensweise durch die ökonomisch orientierte Modernisierungstheorie, die im Zuge der in den 1950er Jahren einsetzenden Entwicklungsdiskussion entstand und die Möglichkeit der nachholenden Entwicklung auf der Basis einer wirtschaftlichen Wachstumsstrategie propagierte.<sup>278</sup>

Die zeitlich enge Begrenztheit mancher wirtschaftlicher Blüteperioden sowie das Ausbleiben sozialer Entwicklungsfortschritte führten in den 1960er Jahren jedoch zu einer grundlegenden Infragestellung des modernisierungstheoretischen Paradigmas. 1969 erschien der Bericht der Kommission für Internationale Entwicklung unter Leitung des ehemaligen kanadischen Außenministers Lester Pearson, der deutliche Kritik an der bis dahin vorherrschenden Wachstumsstrategie übte. Mit seinem Verweis auf die Bedeutung weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, welche die auf der ökonomischen Modernisierungstheorie basierende Wachstumsstrategie weitgehend vernachlässigte, leitete der Pearson-Bericht eine neue Phase der entwicklungspolitischen Diskussion ein, in der der Akzent von der internen auf die externe Dimension der Entwicklungsproblematik verlagert wurde.<sup>279</sup>

In etwa zur gleichen Zeit wurde eine noch radikalere Kritik am vorherrschenden Modernisierungsparadigma von Seiten lateinamerikanischer Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen laut, welche die *dependencia*, die Abhängigkeit, als entscheidendes Entwicklungshindernis erkannten und deren theoretische Ansätze damit als Dependenztheorie weltweit rezipiert wurden. Die trotz der Bemühungen um wirtschaftliches Wachstum fortschreitende

---

<sup>278</sup> Vgl. dazu z.B. Goetze 2002, S. 23; Hein 1998, S. 75.

<sup>279</sup> Vgl. Pearson 1969. Vgl. dazu auch Menzel 1992, S. 145.

soziale Polarisierung und Verelendung breiter Massen führten DependenztheoretikerInnen auf die spezifische Abhängigkeit der lateinamerikanischen Ökonomien von den Kapitalerfordernissen der Industrieländer zurück. Sie machten damit deutlich, dass mit dem Ende der politischen Abhängigkeit der ehemals kolonialisierten Länder keineswegs ein Ende der ökonomischen Abhängigkeit verbunden war, sondern die neu entstandenen Staaten in ihrer Rolle als Rohstofflieferanten für die westlichen Industrieländer, als welche sie während der Kolonialzeit in die Weltwirtschaft integriert worden waren, verblieben.<sup>280</sup> Dass die Dependenztheorie in den 1960er Jahren gerade in Lateinamerika entwickelt wurde, kann angesichts der Tatsache, dass die dortige Entkolonialisierung, mit wenigen Ausnahmen, bereits mehr als 100 Jahre zurücklag und die Länder des Subkontinents daher die längsten Erfahrungen mit einem derartigen Abhängigkeitsverhältnis und den Misserfolgen wirtschaftlicher Wachstumsstrategien aufweisen konnten, kaum überraschen.

Die DependenztheoretikerInnen griffen zur Entwicklung ihrer Ansätze insbesondere auf die außenhandelstheoretische Argumentation des argentinischen Ökonomen Raúl Prebisch<sup>281</sup> zurück, der bereits Ende der 1940er Jahre strukturelle Nachteile für Primärgüterproduzenten bei der Eingliederung in die Weltwirtschaft diagnostiziert hatte. Prebisch prägte dabei den Begriff der „säkularen Verschlechterung der *terms of trade*“<sup>282</sup>, der zum Ausdruck bringt, dass die Länder der Dritten Welt, um eine konstante Menge an Industrieprodukten importieren zu können, eine stets wachsende Menge an Rohstoffen exportieren müssen. Gemäß Prebisch verschlechtert sich für die Entwicklungsländer das Verhältnis von Import- und Exportpreisen konstant, weshalb die Handelsbeziehungen zwischen den auf Industrieprodukte spezialisierten Industrieländern und den Rohstoffe exportierenden Ländern der Dritten Welt als Ausbeutungsverhältnis charakterisiert werden müssen.<sup>283</sup>

Mit der Theorie von Prebisch sollte nun nicht nur gezeigt werden, dass der relative Preisverfall der aus den Entwicklungsländern stammenden Rohstoffe gegenüber den importierten Industriegütern eine der wichtigsten Ursachen für die Entwicklungsschwierigkeiten der la-

---

<sup>280</sup> Noch 1960 bestanden 85,4 Prozent aller Exporte aus den Ländern der Dritten Welt aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen. (Vgl. Hein 1998, S. 75.) Zur Rohstoffabhängigkeit, die nicht nur in den 1960er Jahren, sondern nach wie vor ein grundsätzliches Problem zahlreicher Entwicklungsländer darstellt, vgl. auch Köß 1998, S. 22; Nohlen 1994, S. 242.

<sup>281</sup> Raúl Prebisch bekleidete von 1950 bis 1962 das Amt des Exekutivsekretärs der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) und war von 1964 bis 1969 erster Generalsekretär der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD).

<sup>282</sup> Als *terms of trade* wird das Verhältnis von Exportpreisindex und Importpreisindex einer Ökonomie bezeichnet. Die *terms of trade* drücken aus, welche Menge an Exportgütern ein Land in einem bestimmten Zeitraum aufbringen muss, um eine konstante Menge an Importgütern erwerben zu können. Eine langfristige Zunahme der aufzubringenden Exportgütermenge würde dabei eine Verschlechterung der *terms of trade* bedeuten. Zu einer näheren Erläuterung siehe beispielsweise Hein 1998, S. 163; Winter 2004, Kap. 4.4.

<sup>283</sup> Vgl. Prebisch 1966; Ibid. 1968; Ibid. 1970; Ibid. 1984. Vgl. dazu auch Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 47f.; Nohlen 1994, S. 162; Hein 1998, S. 164f.; Adjibolossoo 1999, S. 55.

teinamerikanischen Länder ist, sondern die Theorie sollte ganz generell als Beleg dafür gelten, dass die Wurzeln der Unterentwicklung nicht, wie von den bis dahin vorherrschenden Modernisierungstheorien propagiert, ausschließlich im Inneren der jeweiligen Gesellschaften zu finden sind, sondern ebenso in außergesellschaftlichen und insbesondere in außenwirtschaftlichen Faktoren liegen. Unterentwicklung wurde nun erstmals nicht mehr als bloße Rückständigkeit gegenüber den westlichen Industrieländern aufgrund einer mangelnden Integration in die moderne Welt angesehen, sondern gerade als Folge der Integration der Entwicklungsländer in den von den kapitalistischen Industrieländern beherrschten Weltmarkt.<sup>284</sup>

Neben dem in klarem Gegensatz zu modernisierungstheoretischen Ansätzen stehenden Fokus auf externe und vor allem außenwirtschaftliche Ursachen für Unterentwicklung konzentrierte sich die dependenztheoretische Analyse jedoch auch auf die Klassenunterschiede innerhalb der Entwicklungsgesellschaften und die damit verbundenen Machtverhältnisse. Die herrschende Klasse in Entwicklungsländern wurde von DependenztheoretikerInnen als Brückenkopf der Kapitalinteressen der Metropolen identifiziert. Die weitgehende Interessensharmonie zwischen den Eliten der Peripherie und denen des Zentrums wurde als Ursache dafür gesehen, dass die innerhalb der Entwicklungsgesellschaften privilegierte Schicht der so genannten Kompradoren- oder Lumpenbourgeoisie die enge Bindung an das Zentrum weiter forciert, somit das reibungslose und kontinuierliche Funktionieren des traditionellen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisses garantiert und gemeinsam mit den Metropolen an der Ausbeutung der Peripherie partizipiert. Amin als einer der prominentesten Vertreter dieser klassenanalytischen Debatte innerhalb der Dependenztheorie spricht in diesem Zusammenhang von „verschiedene[n] lokale[n], parasitäre[n] Gesellschaftsschichten“<sup>285</sup>, die die Konsummuster der Eliten der westlichen Industrieländer kopieren, die Strukturen des inneren Marktes durch ihre Nachfrage nach Luxusgütern prägen und den für die Befriedigung der Grundbedürfnisse breiter Bevölkerungsschichten notwendigen Sektoren, wie etwa dem

---

<sup>284</sup> Vgl. Nohlen 1994, S. 162; Nuscheler 1996, S. 167. Die aus dieser abhängigen Weltmarktintegration resultierenden Strukturen und Prozesse in Ländern der Peripherie stellt Boeckh anhand des Exportmodells dar, welches die typischen Muster für die Eingliederung einer peripheren Ökonomie in die Weltwirtschaft mit ihren spezifischen Strukturfolgen und sozialen Kosten benennt. Kennzeichen eines solchen Exportmodells sind nach Boeckh die Konzentration auf Primärgüter und einige wenige Exportgüter (Monostruktur), die Vorherrschaft des Auslandskapitals in Plantagen, im Bergbau und im Außenhandel, die Integration des dynamischen Exportssektors in den Weltmarkt und die gleichzeitige Desintegration der Volkswirtschaft sowie geringe Beschäftigungseffekte und die Marginalisierung breiter Bevölkerungsgruppen. Als Beispiele für damit einhergehende Strukturdefizite eines solchen „peripheren Kapitalismus“ benennt Boeckh die relativ stagnierende Produktivität im nicht exportorientierten landwirtschaftlichen Sektor – was unter anderem die Unfähigkeit nach sich zieht, die eigene Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen –, das Fehlen bzw. die nur stagnative Entwicklung einer Produktion von Massenkonsumgütern im Unterschied zu der oftmals florierenden Produktion von Luxuskonsumgütern, sowie die Unterentwicklung eines eigenständigen Produktionsgütersektors, der unter anderem die mangelnde Fähigkeit zur Produktion von Produktionsmitteln und somit die tief greifende technologische Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum begründet. Vgl. Boeckh 2003, S. 168f.

<sup>285</sup> Amin 1974, S. 78.

Landwirtschaftssektor, durch die Zuweisung knapper Ressourcen keinerlei Entwicklungschancen einräumen. Die unweigerliche Konsequenz daraus ist gemäß Amin das spezifische Phänomen der „Marginalisierung der Massen“<sup>286</sup>, auf Kosten derer sich die privilegierten Minoritäten nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial, kulturell, ideologisch und politisch in das Weltsystem integrieren und weiterhin ihre wirtschaftlichen Interessen im Einklang mit den Eliten des Zentrums verfolgen.<sup>287</sup> Es sind demnach lokale soziale Kräfte, die gemäß ihrer eigenen Interessenlage die Anbindung der Entwicklungsländer an den Weltmarkt forcieren und damit die Abhängigkeit vom Zentrum sicherstellen.<sup>288</sup>

Sowohl in ihrer außenhandelstheoretischen als auch in ihrer klassenanalytischen Debatte gingen die DependenztheoretikerInnen dabei stets von der Grundannahme einer hierarchisch strukturierten Weltgesellschaft aus, die sich in Zentrum und Peripherie<sup>289</sup> unterteilen lässt. Im Rahmen dieses Zentrum-Peripherie-Modells, innerhalb dessen die hoch entwickelten kapitalistischen Nationen das Zentrum, sämtliche Entwicklungsländer dagegen die Peripherie bilden, ist die „Entwicklung der Unterentwicklung“<sup>290</sup> in den peripheren Ländern eine Notwendigkeit, auf der die Entwicklung des Zentrums basiert. In den Worten Franks, der ein weiterer bedeutender Dependenztheoretiker seiner Zeit war, stellt sich dieser Prozess so dar, „dass in dieser weltumfassenden Struktur des Verhältnisses der Metropolen zu den Satelliten die Met-

---

<sup>286</sup> Ibid., S. 79. Furtado beschreibt das gleiche Phänomen, jedoch mit Blick auf die Situation der Eliten, als die Entstehung einer „gesellschaftlichen ‚Enklave‘ – einer Gruppe in der abhängigen Wirtschaft, die kulturell in das dominierende Zentrum integriert ist“. (Furtado 1972, S. 326.)

<sup>287</sup> In den Worten Furtados wurden die „peripheren‘ Länder (...) zu Importeuren der neuen Konsummuster (...) der ‚zentralen‘ Länder gemacht“ (Ibid., S. 322) und damit „Entwicklung (oder vielmehr *Fortschritt*, wofür man es gemeinhin hielt) mit dem Import von Kulturmustern verwechselt“. (Ibid.) Furtado erklärt weiter: „Entwicklung wird somit zur Variation (und Expansion) des Konsums einer Minderheit, deren Lebensweise von der kulturellen Entwicklung der Länder mit höherer Produktivität diktiert wird.“ (Ibid., S. 324.)

<sup>288</sup> Vgl. Amin 1974, S. 78ff.; Furtado 1972, S. 320ff. Für eine kompakte Darstellung dieser klassenanalytischen Debatte innerhalb der Dependenztheorie siehe Menzel 1983, S. 42; Nohlen 1994, S. 164. Auch wenn die Diskussion um Klassenunterschiede und damit einhergehende Machtverhältnisse in den Arbeiten zahlreicher Dependenztheoretiker wie etwa Amin und Furtado eine zentrale Stellung einnimmt, bemängeln KritikerInnen, dass Staatsanalysen sowie die Untersuchung von Klassenstrukturen und deren Veränderungen in dependenztheoretischen Ansätzen stark vernachlässigt werden. Aussagen von DependenztheoretikerInnen über Staat, Herrschaft und die Interessen sozialer Klassen waren demnach „selten mehr als bloße Ableitungen aus den ökon. Prämissen“ (Nohlen 1994, S. 164), wobei Dependencia-Autoren „die sozio-ökon. und polit. Veränderungen in den Entwicklungsländern zumeist nur als Reflexe auf die vom Weltmarkt gesetzten Rahmenbedingungen“ ansahen. (Ibid., S. 166.)

<sup>289</sup> Auch wenn sich in weiten Teilen des allgemeinen Sprachgebrauchs eine synonyme Verwendung der Begriffe „Peripherie“ und „Dritte Welt“ durchgesetzt hat, muss aufgrund der beiden Begriffen zugrunde liegenden unterschiedlichen theoretischen Kontexte doch eine Differenzierung vorgenommen werden. Wie Boeckh ausführlich darstellt, handelt es sich bei dem Begriff „Dritte Welt“ um einen reinen Zählbegriff, der gebräuchlich wurde, als zur „Ersten Welt“ der westlichen kapitalistischen Industriegesellschaften sowie zur „Zweiten Welt“ der sozialistischen Länder im Zuge der Dekolonialisierung die „Dritte Welt“ hinzukam, deren Entwicklungsstand weit unter dem der „Ersten Welt“ lag und die zudem nicht dem sozialistischen Lager zuzurechnen war. Diese Einteilung beruft sich auf die beiden Unterscheidungskriterien Entwicklungsstand und Systemtyp. Der Begriff „Peripherie“ entstammt dagegen der dependenztheoretischen Denkschule, die das internationale System als hochgradig stratifiziert und hierarchisch begreift und gerade auf der Basis dieser Hierarchisierung den verschiedenen Ländergruppen unterschiedliche Entwicklungschancen zuweist. Vgl. Boeckh 2003, S. 277.

<sup>290</sup> Vgl. Frank 1975.

ropolen dazu bestimmt sind, sich zu entwickeln, wohingegen die Satelliten unterentwickelt werden“<sup>291</sup>. Die Dependenztheorie betont somit das perpetuierende Moment der „Entwicklung der Unterentwicklung“, deren Grundlagen bereits zu Zeiten des Kolonialismus gelegt wurden, und macht daher deutlich, dass es sich hierbei nicht um eine intrinsische Eigenschaft der Dritten Welt handelt, sondern „dass Unterentwicklung ein integraler Bestandteil des historischen Prozesses des internationalen Systems ist und dass Unterentwicklung und Entwicklung daher nur die zwei Seiten eines gemeinsamen, universellen Prozesses darstellen“<sup>292</sup>. Eine nachholende Entwicklung, und somit das Aufschließen der Länder der Dritten Welt auf den Stand der westlichen Industrieländer, wird damit kategorisch ausgeschlossen.

### 1.2. Ausbeutung durch Handel oder strukturelle Abhängigkeit?

Auch wenn die hier dargestellten Grundüberzeugungen der DependenztheoretikerInnen auf einen weitgehend schlüssigen und kohärenten Denkansatz schließen lassen, waren die unter dem Begriff „Dependenztheorie“ zusammengefassten Ansätze in weiten Teilen doch so differenziert, aufgefächert und untereinander kontrovers, dass es gemäß Kößler / Schiel gar problematisch ist, von einem gemeinsamen Ansatz zu sprechen.<sup>293</sup> Eine übergreifende Grundlinie der dependenztheoretisch geprägten Denkrichtungen war die Überzeugung, dass die Entwicklungsprobleme der Dritten Welt auf externe Faktoren zurückzuführen sind, deren Wurzeln in den Modalitäten der Kolonialisierung und der gewaltsamen Einbindung der betroffenen Länder in den Weltmarkt liegen und die auch nach der formalen Unabhängigkeit der ehemals kolonialiserten Länder fortwirken, wobei nun nicht mehr die direkte ökonomische und politische Beherrschung, sondern vielmehr die anhaltende Einbindung in weltwirtschaftliche Strukturen die Abhängigkeit und die damit einhergehende Perpetuierung der Unterentwicklung garantiert. Hinsichtlich der Frage, welche konkreten Mechanismen diesem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis und der damit verbundenen „Entwicklung der Unterentwicklung“ zugrunde liegen, gibt es jedoch unterschiedliche Ansichten und Schwerpunktsetzungen. Während eine Richtung der Dependenztheorie ihren Fokus auf die Ausbeutung der Dritten Welt durch internationalen Handel und hohe Gewinntransfers transnationaler Konzerne mit der

---

<sup>291</sup> Ibid., S. 176.

<sup>292</sup> Sunkel 1972, S. 262. Dass die entscheidenden Grundlagen für die Unterentwicklung Lateinamerikas bereits in Zeiten des Kolonialismus gelegt wurden, macht unter anderen Frank deutlich, indem er erklärt: „Die Teilnahme dieser Gebiete an der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems gab ihnen, bereits in ihrem goldenen Zeitalter, die typische Struktur der Unterentwicklung einer kapitalistischen Exportwirtschaft. Wenn der Markt für ihren Zucker oder der Wert für ihre Minen verschwand und die Metropole sie ihrer eigenen Erfindungskraft überließ, verhinderte die bereits bestehende ökonomische, politische und soziale Struktur dieses Gebietes eine autonome ökonomische Entwicklung und ließ ihnen keine Alternative, als sich in sich selbst zurückzuziehen und zu der Ultra-Unterentwicklung zu degenerieren, die wir heute dort vorfinden.“ (Frank 1975, S. 179.)

<sup>293</sup> Vgl. Kößler / Schiel 1996, S. 269. Vgl. auch Goetze 2002, S. 23.

Folge der Dekapitalisierung der Entwicklungsländer legt, betont eine andere Richtung die strukturelle Verflechtung zwischen Zentrum und Peripherie und die damit einhergehende Ausrichtung der peripheren Ökonomien auf die Verwertungsbedürfnisse ihrer eigenen Eliten und die der Zentren.

Die DependenztheoretikerInnen, die die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Handel und den damit verbundenen Ressourcenabfluss als entscheidendes Entwicklungshindernis betrachten<sup>294</sup>, beziehen sich sehr eng auf den Ansatz von Prebisch. Sie betonen, dass der Verfall der *terms of trade* die Länder der Dritten Welt, um ein bestimmtes Importvolumen aufrechterhalten zu können, zu immer mehr Exporten zwingt, was zum einen eine stetig zunehmende Überausbeutung der Arbeitskraft und zum anderen eine stetige Kaufkraftminderung nach sich zieht. Die sehr unterschiedlichen Verwertungschancen auf dem Weltmarkt haben zur Folge, dass ein Produktivitätszuwachs in den Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländern lediglich zu einem Preisverfall dieser Exportgüter führt, während die Produktionsgüter exportierenden Industrieländer die Preise für ihre Produkte weitgehend konstant halten können. Den peripheren Ökonomien kann es damit nicht möglich sein, eine an den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung orientierte Entwicklung in Gang zu setzen. Zu dieser Art des Ausbeutungsverhältnisses, welches sich auf den Status der Entwicklungsländer als Rohstoffexporteure gründet, kommt hinzu, dass transnationale Konzerne ihre in Ländern der Dritten Welt erzielten Profite zum größten Teil in die Industrieländer transferieren und somit Kapital aus den Entwicklungsländern abziehen, was die dortige Fähigkeit nicht nur zur Kapitalakkumulation, sondern auch zur Entwicklung der Produktivkräfte stark beeinträchtigt.<sup>295</sup>

Während dieser Ansatz, der den Schwerpunkt auf die Ausbeutung durch Handel und Dekapitalisierung legt, auch in der Analyse der Entwicklungsprobleme Afrikas einen bedeutenden Stellenwert einnahm, bezog sich die strukturalistische Variante der Dependenztheorie, im Rahmen derer die Begriffe der „strukturellen Abhängigkeit“ und der „strukturellen Heterogenität“ geprägt wurden und die gemäß Nohlen weit eher als die in weiten Teilen sehr schematischen Ausbeutungskonzepte eine historische Rekonstruktion der Peripherisierungsprozesse erlaubt<sup>296</sup>, primär auf die Situation der lateinamerikanischen Länder. Mit ihrem Konzept der „strukturellen Abhängigkeit“ machen die DependenztheoretikerInnen<sup>297</sup> deutlich, dass sie ganz explizit nicht davon ausgehen, dass das Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum auf

---

<sup>294</sup> VertreterInnen dieses Ansatzes waren beispielsweise Dos Santos, Marini, Maza Zavala sowie Frank in seinen frühen Arbeiten.

<sup>295</sup> Vgl. Nohlen 1994, S. 163.

<sup>296</sup> Vgl. Ibid., S. 164.

<sup>297</sup> Einige der bedeutendsten DependenztheoretikerInnen, die diesen strukturalistischen Ansatz vertraten, waren Furtado, Sunkel, Cardoso, Quijano sowie Córdova.

einzelnen Situationen der Abhängigkeit basiert und Unterentwicklung die Folge einer lediglich willkürlichen Ausbeutung der Peripherie ist, sondern dass es sich hierbei um langfristige und stabile Strukturen der Abhängigkeit handelt, welche sich immer wieder reproduzieren. Obwohl die diesen Ausbeutungszusammenhang ursprünglich begründenden kolonialistischen Strukturen nicht mehr existieren, hat die internationale Arbeitsteilung zwischen Industriegüterproduzenten und -exporteuren einerseits sowie den Rohstoffe exportierenden peripheren Ländern andererseits nach wie vor Auswirkungen auf alle Ebenen sozioökonomischer Entwicklung in der Peripherie, was wiederum zu einer kontinuierlichen Reproduktion dieses Grundmusters der Arbeitsteilung führt.<sup>298</sup>

Der Fokus dieser Denkrichtung innerhalb der Dependenztheorie ist jedoch nicht auf die strukturelle Verflechtung zwischen Zentrum und Peripherie hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Beziehungen beschränkt, sondern schließt mittels des Konzeptes der „strukturellen Heterogenität“ auch die Durchdringung binnenwirtschaftlicher Strukturen mit ein, wie beispielsweise Frank deutlich macht, indem er erklärt: „(...) diese Beziehungen zwischen Metropolen und Satelliten [sind] nicht auf das imperialistische oder internationale Niveau beschränkt, sondern sie durchdringen und strukturieren gerade das wirtschaftliche, politische und soziale Leben der lateinamerikanischen Kolonien und Länder.“<sup>299</sup> „Strukturelle Heterogenität“ ist damit nicht nur in den wirtschaftlichen, sozialen, politischen, technologischen und kulturellen Unterschieden zwischen entwickeltem Zentrum und unterentwickelter Peripherie auszumachen, sondern auch innerhalb der Peripherie selbst. Strukturveränderungen in Entwicklungsgesellschaften, die aus der auf Ausbeutung basierenden Integration der peripheren Länder in den Weltmarkt resultieren, lösten stets nur partielle, auf den jeweiligen Exportsektor beschränkte Modernisierungsschübe aus. Die übrigen Sektoren der Gesellschaft wurden infolge dessen zwar den Bedürfnissen des modernen Exportsektors untergeordnet, jedoch nicht in diesen integriert.<sup>300</sup> Diese strukturelle Deformation in Wirtschaft und Gesellschaft zeigt sich in zahlreichen Ländern der Dritten Welt sehr deutlich im Nebeneinander von beispielsweise modernen und hoch entwickelten industriellen Sektoren, in denen teilweise mit neuesten, aus den Industrieländern importierten Technologien gearbeitet wird, und sehr rück-

---

<sup>298</sup> Vgl. beispielsweise Sunkel 1972; Ibid. 1974; Cardoso 1974; Ibid. 1976; Córdova 1973. Vgl. dazu auch Hein 1998, S. 162, 178f.; Köbller 1994, S. 90.

<sup>299</sup> Frank 1975, S. 173.

<sup>300</sup> Vgl. dazu Nohlen 1994, S. 164. Nohlen / Nuscheler sprechen in diesem Zusammenhang von einer „abhängigen Krückenfunktion“, in die die vorkapitalistische Produktionsweise durch die von außen importierte und beherrschte Produktionsweise gedrängt wurde und im Rahmen derer den rückständigen, „vormodernen“ Sektoren lediglich noch die Funktion beispielsweise eines Reservoirs von benötigten oder auch eines Auffanglagers überschüssiger Arbeitskräfte zukommt. Vgl. Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 44.

ständigen Bereichen, wie etwa dem agrarischen Subsistenzsektor, in dem einfachste Produktionstechniken zur Sicherung des Existenzminimums zum Einsatz kommen.

Mit ihrem Konzept der „strukturellen Heterogenität“ weisen die DependenztheoretikerInnen darauf hin, dass, entgegen der Überzeugung der Modernisierungstheorien, diese rückständigen, nicht-modernen Bereiche sich nicht auflösen oder in die modernen Sektoren einverleibt werden und somit keine Homogenisierung oder „Durchkapitalisierung“ der Strukturen stattfinden kann. Stattdessen entstehen als Resultat forcierter Modernisierungsprozesse heterogene Gesellschaften, die zwar auf kapitalistischer Akkumulation basieren, die aber nicht zur Herstellung einer den nationalen Entwicklungsprozess vorantreibenden Wechselbeziehung zwischen modernem Sektor, dem städtischen informellen Sektor sowie den weitgehend marginalisierten traditionellen Sektoren fähig sind. „Strukturelle Heterogenität“ kann daher nicht als Übergangsphase verstanden werden, innerhalb derer zum einen das „moderne“ Zentrum die „traditionelle“ Peripherie und zum anderen die modernen Sektoren die traditionellen Bereiche innerhalb der peripheren Länder allmählich zurückdrängen, sondern ist ein Prozess, der in dependenztheoretischer Sicht „immer neu Desintegration und Verarmung, also Marginalität und Unterentwicklung, reproduzier[t]“.<sup>301</sup>

### 1.3. Strategievorschläge zur Überwindung von Unterentwicklung

Die DependenztheoretikerInnen erhoben nicht nur den Anspruch, auf theoretischer Ebene eine Erklärung für die Blockierung von Entwicklungsprozessen in der Peripherie zu liefern, sondern wollten auch Elemente einer konkreten Überwindungsstrategie für Unterentwicklung und Abhängigkeit darlegen. Auch in dieser Hinsicht kristallisierten sich zwei unterschiedliche Denkrichtungen heraus, von denen die eine den weltwirtschaftlichen Kontext, in welchen sie die peripheren Länder in Form eines Abhängigkeitsverhältnisses eingebunden sah, für grundsätzlich reformierbar hielt, während die andere kaum eine Möglichkeit für die Veränderung dieser globalen Strukturzusammenhänge erkannte.

Der erste Ansatz, der die Ursachen für Entwicklungsblockaden primär im Verfall der *terms of trade* und damit in der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch Handel verortete und von der grundsätzlichen Möglichkeit der Reform dieser Handels- und Ausbeutungsbeziehung ausging, konzentrierte sich auf die Etablierung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Einer verstärkten Teilhabe der peripheren Länder am Nutzen der Weltwirtschaft und damit einhergehend einer erfolgreichen Inangasetzung von Entwicklungsprozessen in der Peripherie wurde in diesem Ansatz eine realistische Chance eingeräumt, sofern einige Rahmenbedingungen

---

<sup>301</sup> Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 44.



des kapitalistischen Weltsystems verändert werden würden. Diese Debatte innerhalb der Dependenztheorie gipfelte auf der dritten UNCTAD-Konferenz 1972 in Santiago de Chile in der Forderung nach einer solchen neuen Weltwirtschaftsordnung durch die Entwicklungsländer und wurde infolge dessen zu einem bestimmenden Thema zahlreicher internationaler Konferenzen. Der konkrete Forderungskatalog umfasste unter anderem den Abbau von Zollbarrieren und den erleichterten Zugang zu Märkten und Kapital der Industrieländer, die Regelung und Kontrolle transnationaler Konzerne, die Stabilisierung der Rohstoffpreise, die Schuldentlastung, sowie die Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen.<sup>302</sup> Trotz der Verabschiedung zweier Erklärungen zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung durch die UN-Vollversammlung im Jahr 1974<sup>303</sup>, scheiterte die Durchsetzung dieser Forderungen letztendlich zum einen am Widerstand der Industrieländer und zum anderen an der zu heterogenen Interessenlage der Länder der Dritten Welt, von denen insbesondere die ost- und südostasiatischen Staaten ihre Entwicklungserfolge unter bewusster Ausnutzung bestehender Regelwerke erzielen konnten.

Der zweite Ansatz, der sich in seiner Argumentation insbesondere auf die These der strukturellen Verflechtung und Abhängigkeit zwischen Peripherie und Zentrum stützt und für den die Reform des Weltwirtschaftssystems keine realistische Option darstellt, plädiert für eine Herauslösung der Entwicklungsländer aus der von den kapitalistischen Industrieländern beherrschten Weltwirtschaft und für eine auf dieser Basis in Gang zu setzende „autozentrierte Entwicklung“<sup>304</sup>. Die Überwindung der „Entwicklung der Unterentwicklung“ kann diesem Ansatz zufolge nur durch eine Dissoziation vom Weltmarkt gelingen<sup>305</sup>, die Ausgangspunkt für die Initiierung eines auf lokale Ressourcen gestützten Entwicklungsprozesses sein muss, im Rahmen dessen durch Maßnahmen wie Binnenmarktorientierung, Einsatz selbst entwickelter und angepasster Technologien sowie Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft die strukturelle Verkoppelung mit den kapitalistischen Zentren gelöst und durch die Homogenisierung der eigenen Wirtschaftskreisläufe ersetzt wird. Grundlegende Voraussetzung, um eine Abkoppelung vom Weltmarkt möglich und wirksam werden zu lassen, ist zunächst der revolutionäre Kampf, der die bestehenden Klassenstrukturen und die damit einhergehenden

---

<sup>302</sup> Vgl. Menzel 1993a, S. 32; Winter 2004, Kap. 4.2.; Nohlen 1994, S. 163, 507f.; Jakobeit 1999, S. 263f. Bezüglich des ausführlichen Forderungskatalogs der Entwicklungsländer hinsichtlich einer neuen Weltwirtschaftsordnung vgl. Senghaas 1977, S. 217ff.; Ochel 1982, S. 258.

<sup>303</sup> Es handelt sich hierbei um die „UN-Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ vom 02.05.1974 sowie die „UN-Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten“ vom 12.12.1974. Auszüge aus beiden Dokumenten sind im Wortlaut zu finden bei Winter 2004, Kap. 4.2.

<sup>304</sup> Den Begriff der „autozentrierten Entwicklung“ prägte Amin (1974, 1975).

<sup>305</sup> Unter „Dissoziation“ verstehen die DependenztheoretikerInnen in der Regel keine vollkommene und langfristige Kappung der Weltmarktbindung der Entwicklungsländer, sondern vielmehr eine streng selektiv und kontrolliert gestaltete Anbindung an den Weltmarkt, welche als lediglich vorübergehendes Mittel zum Schutz der eigenen Entwicklung dienen sollte. Vgl. zum Konzept der Dissoziation z.B. Senghaas 1977.

zementierten Machtverhältnisse aufbricht und somit die Eliten ihrer Position als Brückenköpfe der Kapitalinteressen der Zentren beraubt. Nach einer auf dieser Basis durchzuführenden internen Restrukturierung der Ökonomien, die die Voraussetzung für eine eigenständige Industrialisierung und ein weitgehend gleichgewichtiges Wachstum der verschiedenen Wirtschaftssektoren schaffen muss, können zum einen durch Zollbarrieren geschützte Märkte und zum anderen eine regionale Kooperation peripherer Ökonomien für den weiteren Entwicklungsprozess hilfreich sein.<sup>306</sup> Senghaas fasste diese Strategie in seine Formel der drei entwicklungspolitischen Imperative der Dissoziation, der internen Restrukturierung und der regionalen Kooperation.<sup>307</sup> Strukturelle Heterogenität sowohl zwischen Peripherie und Zentrum als auch innerhalb der Peripherie kann gemäß dieser Denkrichtung der Dependenztheorie also keinesfalls innerhalb der Rahmenbedingungen des Weltmarktes überwunden werden, sondern „wenn und nur wenn [die] Bindungen [der Satelliten] an ihre Metropolen am schwächsten sind“<sup>308</sup>.

Trotz der in weiten Teilen sehr harschen Kritik der DependenztheoretikerInnen an den im Folgenden ausführlich darzustellenden Modernisierungstheorien, als deren explizites Gegenmodell sich die dependenztheoretischen Ansätze verstanden, sind die modernisierungstheoretischen Implikationen dieser Strategievorschläge zur Überwindung von Unterentwicklung nicht zu übersehen. Auch wenn die VertreterInnen der Dependenztheorie die Möglichkeit einer „linearen nachholenden Modernisierung“ bestreiten, gehen sie doch ebenso wie die ModernisierungstheoretikerInnen ganz offenbar von der Zielvorstellung einer „modernen Gesellschaft“ aus, zu deren Erreichen es einer „nachholenden Entwicklung“ bedarf. Die Gesellschaften bzw. die Sozioökonomien der Länder der Dritten Welt werden damit auf einer gemeinsamen Skala mit den entwickelten Industrieländern eingeordnet und im Vergleich zu diesen als „rückständig“ und „traditionell“ eingestuft.<sup>309</sup> Wenn beispielsweise Senghaas die

---

<sup>306</sup> Vgl. Menzel 1992, S. 140; Ibid. 1993a, S. 31; Senghaas 1977, S. 266f. Zollbarrieren wurden insbesondere in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern im Rahmen der Strategie der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI; vgl. dazu die Ausführungen in Kap. III.1.5.) aufgebaut. Die regionale Kooperation sollte primär kleineren Ökonomien zugute kommen, um deren inkomplette Ressourcenausstattung und die zu geringen Märkte zu kompensieren. Vgl. dazu Menzel 1993b, S. 146.

<sup>307</sup> Vgl. Senghaas 1977. In seinem „Plädoyer für Dissoziation“ wurde Senghaas jedoch häufig missverstanden, da die Abkoppelung bereits als Ziel und nicht als Instrument für nachholende Entwicklung aufgefasst wurde. (Vgl. dazu Menzel 1993a, S. 31.) In späteren Arbeiten machte Senghaas seine Intention sehr deutlich, indem er beispielsweise erklärte: „Auch der Rückzug aus dem Weltwirtschaftssystem, also eine weitgehende Abkoppelung oder teilweise Entkoppelung, hätte (...) nur dann einen Sinn, wenn die dabei entstehende, durch Außeneinflüsse problematisierte Situation zum Aufbau eigener Kompetenzen genutzt würde, um zu einem späteren Zeitpunkt dem technologischen und ökonomischen, aber auch dem politischen und ideologischen Verdrängungswettbewerb standhalten zu können.“ (Senghaas 1997, S. 51.) Dissoziation und Autozentrismus verstand Senghaas also als Zwischenstufe des Entwicklungsprozesses, nicht als dessen Ziel.

<sup>308</sup> Frank, Andre Gunder: Die Entwicklung der Unterentwicklung, in: Bolivar Echeverría (Hg.): Die Entwicklung der Unterentwicklung, Westberlin 1969, S. 36, zit. n. Mármora / Messner 1989, S. 7.

<sup>309</sup> Zu diesem Kritikpunkt an den Dependenztheorien vgl. beispielsweise auch Goetze 2002, S. 26.

mangelnde Kohärenz der Wirtschaftskreisläufe, die gegenseitige Isolierung unterschiedlicher Produktionszusammenhänge, den „fragmentarischen Charakter“<sup>310</sup> der Industrialisierung in Entwicklungsländern sowie die Fremdbestimmung der „dynamischen Sektoren von Peripherie-Ökonomien“<sup>311</sup> als entscheidende Entwicklungshindernisse beklagt und im Zuge dessen die Überwindung einer solchen strukturellen Heterogenität und damit die Herstellung einer sozioökonomischen Homogenität fordert, wird deutlich, dass auch er von der Zielvorstellung einer „Durchkapitalisierung“ der peripheren Gesellschaften ausgeht. Der industrielle Kapitalismus nach dem Vorbild der fortgeschrittenen Industrieländer wird somit als unstreitiges Entwicklungsziel verstanden. Prägende Kennzeichen des zur Erreichung dieses Zieles notwendigen Entwicklungsweges sind, ähnlich wie in der Auffassung wachstumsorientierter Modernisierungstheorien, Produktivitätssteigerung und Industrialisierung, worin Menzel „eine lupenreine Wachstumsstrategie“<sup>312</sup> erkennt. Die Unterschiede zur Modernisierungstheorie reduzieren sich daher „im Grunde auf die Instrumente ihrer Durchsetzung und die Schaffung der politischen Voraussetzungen“<sup>313</sup>.

#### 1.4. Die Abwendung von dependenztheoretischen Ansätzen ab Ende der 1970er Jahre

Auch wenn gemäß Nuscheler gerade das von den DependenztheoretikerInnen entworfene Konzept der strukturellen Heterogenität aufgrund der von der Liberalisierung des Welthandels beschleunigten Globalisierung und der damit einhergehenden Marginalisierung peripherer Regionen neue Aktualität erfährt<sup>314</sup>, war in der entwicklungstheoretischen Diskussion bereits ab Ende der 1970er Jahre ein Abrücken von dependenztheoretischen Ansätzen und eine Rückbesinnung auf modernisierungstheoretische Fragestellungen zu verzeichnen. Der Grund dafür liegt zum einen in der weitgehenden Erfolglosigkeit der von den DependenztheoretikerInnen entwickelten Lösungsvorschläge zur Überwindung der Entwicklungsblockaden in der Peripherie. Die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung ließen sich ebenso wenig durchsetzen wie eine autozentrierte Entwicklung durch Dissoziation für die große Mehrzahl der Entwicklungsländer möglich war. Zum einen konnten die Zwänge des Weltmarktes auch durch ernsthafte Bemühungen um Dissoziation nicht wirkungsvoll ausgeschaltet werden, zum anderen hatten die herrschenden Klassen und somit die entscheidenden politischen und ökonomischen Kräfte innerhalb der betroffenen Entwicklungsgesellschaften kein Interesse daran, die engen und für sie selbst äußerst profitablen Verbindungen zu den westli-

---

<sup>310</sup> Senghaas 1977, S. 51.

<sup>311</sup> Ibid., S. 42.

<sup>312</sup> Menzel 1992, S. 157. Vgl. dazu auch Köbler / Schiel 1996, S. 77.

<sup>313</sup> Menzel 1992, S. 20.

<sup>314</sup> Vgl. Nuscheler 1996, S. 154.

chen Industrieländern zu kappen. Eine eigenständige nachholende Entwicklung erwies sich damit für die meisten Länder der Dritten Welt als illusorisch. Wie Hein feststellt, erreichte „der Prozess der wachsenden Interdependenz und schließlich Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems (...) vielmehr irgendwann im 20. Jahrhundert einen Punkt, an dem die entwicklungsstrategischen Folgerungen ‚umkippen‘ mussten: Die Kosten der Dissoziation wurden immer größer (...)“<sup>315</sup>.

Doch nicht nur die Abkoppelung vom Weltmarkt, sondern auch die Forderung nach einer verstärkten regionalen Kooperation und Süd-Süd-Zusammenarbeit der Entwicklungsländer mit dem Ziel der *collective self-reliance*, auf welche in den 1970er Jahren noch große Hoffnungen gesetzt wurden, konnte in aller Regel nicht wirksam umgesetzt werden. Zwar gab es zahlreiche Versuche zur Institutionalisierung einer regionalen Kooperation in Bereichen wie Handel, Transportwesen, Finanzen und Währung, die jedoch in den meisten Fällen wenig entwicklungspolitischen Erfolg zeigten, da zum einen die Bündelung nichtkomplementärer Rohstoffökonomien die Probleme häufig nur vergrößerte und zum anderen die Exportwirtschaften der betreffenden Länder zu weiten Teilen doch auf die westlichen Industrieländer ausgerichtet blieben.<sup>316</sup>

Dass gegen Ende der 1970er Jahre eine zunehmende Abwendung von dependenztheoretischen Ansätzen erfolgte, liegt jedoch nicht nur in der Erfolglosigkeit ihrer Lösungsvorschläge zur Überwindung von Unterentwicklung begründet, sondern ebenso in der Machtergreifung diktatorischer Regime in einer wachsenden Zahl lateinamerikanischer Länder sowie in verstärkt aufkommenden Zweifeln hinsichtlich der Gültigkeit einer Zweiteilung der Welt in Zentrum und Peripherie, die die zentrale Annahme sämtlicher dependenztheoretischer Argumentationsstränge bildet. Es wurde immer offensichtlicher, dass DependenztheoretikerInnen mit ihrem Denken in Kategorien von Zentrum und Peripherie und insbesondere mit der Zuschreibung bestimmter Strukturmerkmale für jede dieser Kategorien der wachsenden Ausdifferenzierung der Dritten Welt nicht mehr Rechnung tragen konnten. Gerade die Wachstumserfolge der ostasiatischen Schwellenländer, die sie mit weltmarktorientierten Industrialisierungsstrategien erzielen konnten, waren mit dependenztheoretischen Annahmen kaum erklärbar und

---

<sup>315</sup> Hein 1999, S. 223. Vgl. dazu auch Köß 1998, S. 36; Kößler / Schiel 1996, S. 180. Neben den wachsenden Interdependenzen im Zeichen der Globalisierung war zweifellos auch die Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer in den 1980er Jahren ein entscheidender Faktor, der Dissoziationsbestrebungen obsolet werden ließ. Die Zahlungsunfähigkeit zwang die Schuldnerländer dazu, durch verstärkte Exporte mehr Devisen zur Wiederherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit zu erwirtschaften und auch die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank infolge dessen erzwungene Strukturanpassungspolitik forcierte eine stärkere Integration in den Weltmarkt.

<sup>316</sup> Vgl. Menzel 1992, S. 158; Nohlen / Nuscheler 1993b, S. 20. Aus der Erkenntnis heraus, dass die inzwischen globalisierten Märkte wie auch der Zwang zur Strukturanpassung eine Abkoppelung vom Weltmarkt nicht mehr zuließen, fanden spätere Initiativen zur Regionalisierung, wie etwa die Etablierung des Mercosur in Südamerika, nicht mehr unter der Zielsetzung der *collective self-reliance* statt. Vgl. Nuscheler 1996, S. 96.

schiene stattdessen vielmehr neoliberal geprägte Modernisierungstheorien zu bestätigen, die von der grundsätzlichen Möglichkeit nachholender Industrialisierung unter kapitalistischen Vorzeichen ausgehen. Diese Schwellenländer, die mit ihren intensiven Bemühungen um Integration in den Weltmarkt nach dependenztheoretischer Logik eindeutig die falsche Richtung einschlugen, konnten gerade damit das scheinbar feststehende Gesetz der „Entwicklung der Unterentwicklung“ durchbrechen und galten somit als Beleg für den theoretischen Irrtum der DependenztheoretikerInnen.<sup>317</sup> Die Hinfälligkeit einer schematischen Gegenüberstellung von Zentrum und Peripherie macht Goetze deutlich, indem er erklärt: „Die sozialtypischen und -strukturellen Grenzen zwischen den euroamerikanischen Industriegesellschaften und ihren drittweltlichen Gegenpolen werden zunehmend diffuser, verlieren an Eindeutigkeit und Verbindlichkeit, und die Permeabilität ergänzt sich zunehmend durch eine Vervielfältigung der Ebenen, auf denen solche Grenzziehungen teils neu erfolgen, teils symptomatisch hinfällig gemacht werden.“<sup>318</sup>

Gegen die mit dieser Argumentation häufig verbundene Forderung, die Dritte Welt insgesamt im Auflösungsprozess zu begreifen oder gar das „Ende der Dritten Welt“ anzuerkennen<sup>319</sup>, sprach sich Anfang der 1990er Jahre Brock aus, der nicht eine Auflösung, sondern lediglich ein „Abbröckeln an den Rändern“ der Dritten Welt konstatierte. Die Masse der Entwicklungsländer fungiere aufgrund asymmetrischer Wirtschaftsbeziehungen nach wie vor als Peripherie im Weltwirtschaftssystem, wobei sich die gemeinsamen Probleme des „harten Kerns“ der Dritten Welt im Laufe der 1980er Jahre, etwa im Rahmen von Verschuldung, Strukturanpassungspolitik und verschärftem Wettbewerb, eher vertieft als aufgelöst haben. Durch den Aufstieg wirtschaftlich erfolgreicher Länder in die Gruppe der Schwellenländer gewinnt gemäß Brock die verbleibende Gruppe der Entwicklungsländer gar an Homogenität.<sup>320</sup>

Dass es sich jedoch trotz unbestreitbarer gemeinsamer Problemlagen bei der Peripherie nicht um einen homogenen Raum handelt, der als Gesamtkategorie dem Zentrum gegenübergestellt werden kann, wird nicht zuletzt an den sehr unterschiedlichen Interessenlagen deutlich, die nicht nur zwischen verschiedenen Schwellenländern, sondern auch innerhalb der Gruppe der weniger weit entwickelten Rohstoffexporteure in zunehmendem Maße auftreten und sich bereits im Rahmen der Verhandlungen zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung offenbaren. Entgegen der Argumentation von Brock, gemäß derer das dependenztheoretisch

---

<sup>317</sup> Vgl. dazu Mármora / Messner 1989, S. 7; Nohlen 1994, S. 164; Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 47; Berg-Schlosser 2003, S. 278.

<sup>318</sup> Goetze 1997, S. 430.

<sup>319</sup> Vgl. Menzel 1992.

<sup>320</sup> Vgl. Brock 1993, S. 450f.

geprägte Zentrum-Peripherie-Modell weitgehend aufrechterhalten werden kann, erscheint daher gerade im Zeichen globalisierter Märkte die Annahme einer globalen Konkurrenz anstatt eines schematischen Ausbeutungsverhältnisses deutlich angemessener. Hallowsay beschreibt diese Konkurrenz folgendermaßen: „Nationalstaaten konkurrieren (...) darum, einen Teil des weltweit produzierten Mehrwerts auf ihr Territorium zu ziehen. Der Antagonismus zwischen ihnen ist nicht Ausdruck der Ausbeutung der ‚peripheren‘ durch die ‚zentralen‘ Staaten (...), sondern drückt die (äußerst ungleiche) Konkurrenz zwischen ihnen um die Anziehung (oder die Bewahrung) eines Teils des globalen Mehrwerts auf ihr Territorium aus.“<sup>321</sup>

Die Differenzierungsprozesse innerhalb der Dritten Welt in „erfolgreiche Nachholer, langezeit stagnierende Gesellschaften und hoffnungslos zurückgebliebene oder regressive Peripherie-Länder“ und damit in „unterschiedliche Typen von Wachstums- und Verelendungsökonomien“<sup>322</sup> weckten jedoch nicht nur Zweifel an der Haltbarkeit des Zentrum-Peripherie-Modells, sondern machten auch deutlich, dass die verschiedenen Entwicklungsländer auf die Vorgaben des Weltmarktes sehr unterschiedlich reagierten. Dies wiederum zeigte, dass die DependenztheoretikerInnen einige der endogenen Ursachen für Entwicklungsfortschritte oder -stagnationen unterschätzt haben. Während den ModernisierungstheoretikerInnen vorzuwerfen ist, dass sie die Folgen kolonialer Deformation, die Strukturen des Weltmarktes, das Machtgefälle innerhalb des internationalen Systems und damit exogene entwicklungshemmende Faktoren aus ihrer Analyse weitgehend ausblenden, müssen die dependenztheoretischen Ansätze mit dem Vorwurf konfrontiert werden, trotz ihres Augenmerks auf Klassenverhältnisse und die Rolle der Eliten innerhalb der Entwicklungsgesellschaften doch in erster Linie in exogenen Faktoren die Ursachen für Entwicklung und Unterentwicklung zu suchen. Im Vordergrund der Dependenztheorien stehen nicht so sehr die Wechselwirkungen zwischen äußeren, vom Weltmarkt vermittelten Rahmenbedingungen einerseits und Entwicklungen innerhalb der betreffenden Länder andererseits. Stattdessen wurden solche internen Problemlagen und Entwicklungen, wie sie die ModernisierungstheoretikerInnen als Hauptursachen für Unterentwicklung identifizierten, vielmehr als bloße Reflexe auf das ausschlaggebende Abhängigkeitsverhältnis angesehen, welches im Rahmen des hierarchisch strukturierten Weltmarktes stets neu hergestellt wird.<sup>323</sup>

---

<sup>321</sup> Hallowsay 1993, S. 23.

<sup>322</sup> Tetzlaff 1995, S. 67f. Vgl. auch Menzel 1992, S. 30ff.; Ibid. 1993a, S. 44.

<sup>323</sup> Frank beispielsweise interpretiert endogene Entwicklungshemmnisse als Resultat der Einbindung der „Satelliten“ in den kapitalistischen Weltmarkt, indem er erklärt: „Kurz, wir müssen daraus folgern, dass die Unterentwicklung weder vom Überleben archaischer Institutionen herrührt noch vom Kapitalmangel in Gebieten, die vom Strom der Weltgeschichte isoliert geblieben sind. Im Gegenteil, sie wurde und wird von dem gleichen historischen Prozess erzeugt, der auch die ökonomische Entwicklung erzeugte, der Entwicklung des Kapitalismus selbst.“ (Frank 1975, S. 175f.) Vgl. auch in diesem Zusammenhang die oben bereits angeführte Kritik an der nur

Trotz aller genannten Defizite kommt der Dependenztheorie, die bis zu den späten 1970er Jahren die sozialwissenschaftliche Debatte insbesondere in Lateinamerika beherrschte, doch das Verdienst zu, erstmals die wirtschaftliche und politische Hierarchisierung des Weltsystems, die nach wie vor wirksamen Folgen des Kolonialismus auf die Entwicklungsfähigkeit der Länder des Südens sowie insbesondere die historische Gleichzeitigkeit von industriekapitalistischer Entwicklung im Norden und „Entwicklung der Unterentwicklung“ in der Peripherie als Systemzusammenhang dargestellt zu haben. DependenztheoretikerInnen trugen dazu bei, dass die bis dahin vorherrschende und auf rein endogene Faktoren beschränkte Sichtweise in Frage gestellt und der Blick nun auch auf das „koloniale Erbe“ und die sich aus dem gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem ergebenden exogenen Entwicklungshindernisse gerichtet wurde.<sup>324</sup>

### 1.5. Die Entwicklungsproblematik Lateinamerikas aus dependenztheoretischer Sichtweise

Die Dependenztheorien, die von lateinamerikanischen WissenschaftlerInnen entworfen wurden, waren zunächst auf die spezifische Situation dieses Subkontinents bezogen und wurden erst in späteren Jahren, insbesondere durch Amin und Senghaas, verallgemeinert und als Erklärungsmodell für die Entwicklungsblockaden in der gesamten Peripherie herangezogen.<sup>325</sup> Aufgrund ihrer ursprünglichen Ausrichtung auf Lateinamerika spiegeln Situationsanalyse und Deutungsmuster der Dependenztheorie die historische Entwicklung der lateinamerikanischen Länder wie auch ihre Stellung innerhalb des hierarchisch gegliederten internationalen Systems über mehrere Jahrzehnte hinweg sehr konkret wider.

Das Ende der politischen Abhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten, welches die Mehrzahl der Länder Lateinamerikas bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erreichte, brachte nicht die erhoffte ökonomische Unabhängigkeit mit sich, sondern bedeutete eine weitgehende Fortführung der zu Zeiten des Kolonialismus etablierten Arbeitsteilung. Die neu entstandenen Staaten verblieben in der Rolle von Rohstoffexporteuren, die im Gegenzug europäische Fertigprodukte importierten. Die Ökonomien wurden vorwiegend auf die Bedürfnisse der nationalen Eliten und damit einhergehend auf die Erfordernisse der Industrieländer ausgerichtet, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur orientierte sich primär an der Exportwirtschaft, was zu einer Aufwertung der Küstenstädte und zur Vernachlässigung des Inlandes führte, und die Herausbildung einer nationalen Industrie wurde somit blockiert.

---

unzureichenden Berücksichtigung endogener Faktoren durch die DependenztheoretikerInnen in Nohlen 1994, S. 164ff. Vgl. dazu auch Goetze 2002, S. 24.

<sup>324</sup> Vgl. Tetzlaff 1995, S. 65; Nohlen 1994, S. 166; Goetze 2002, S. 24, 26; Winter 2004, Kap. 4.5.

<sup>325</sup> Vgl. Amin 1974; Ibid. 1975; Senghaas 1974. Vgl. auch Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 47.

Diese Art der Einbindung in internationale Handelsbeziehungen, welche eine große Abhängigkeit von wenigen Primärexportgütern, veraltete Agrarstrukturen, technologische Unterentwicklung und eine unzureichende Infrastruktur mit sich brachte, versuchten zahlreiche lateinamerikanische Länder ab Anfang der 1930er Jahre durch die Etablierung des Modells der Importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) zu überwinden. Diese Strategie wurde als spontane Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise und den damit einhergehenden Zusammenbruch der internationalen Rohstoffmärkte eingeschlagen.<sup>326</sup> Die sich für Rohstoffexporteure im Zeichen der Weltwirtschaftskrise eklatant verschlechternden *terms of trade* offenbarten endgültig die Notwendigkeit, auf mittel- und längerfristige Sicht auf dem Weltmarkt mit Industriegütern konkurrieren zu können. Da jedoch in dependenztheoretischer Sicht die Marktmacht und die Hegemonie der Zentren eine rasche exportorientierte Industrialisierung verhindern würden, musste zunächst die Entwicklung im Inneren forciert werden, um damit die Basis für eine spätere Produktion industrieller Exportgüter legen zu können. Dafür erarbeitete die CEPAL unter ihrem damaligen Exekutivsekretär Raúl Prebisch für die lateinamerikanischen Länder ein Konzept, bei dem drei Instrumente im Mittelpunkt standen: Gemäßigte Schutzzölle, die Förderung des reziproken Handels zwischen lateinamerikanischen Ländern mit dem Ziel der Errichtung einer Freihandelszone sowie eine gezielte staatliche Entwicklungsplanung, um den Akkumulationsprozess zu beschleunigen und den Prozess einer adäquaten Technologieentwicklung zu steuern.<sup>327</sup>

Die reale Umsetzung der ISI entsprach in zentralen Punkten jedoch nicht der von Prebisch und der CEPAL ausgearbeiteten Strategie, sondern war zum einen durch prohibitive und zu lange aufrechterhaltene Schutzzölle für die lokal zu entwickelnden Branchen gekennzeichnet, welche eine längerfristige und umfassende Abschottung gegen in- und ausländische Konkurrenz ermöglichten und somit keine Anreize für die Steigerung der eigenen Produktivität und Qualität boten. Zum anderen waren in zahlreichen Ländern massive Staatsinterventionen beispielsweise zur Steuerung der Kreditvergabe im Industriesektor und zur Lenkung von Investitionen in moderne Branchen zu beobachten. Voraussetzung für eine „Entwicklungsplanung“, wie sie von Prebisch intendiert war, wäre ein gegenüber privaten Interessen durchsetzungsfähiger Staat gewesen, nicht jedoch die lateinamerikanische Länder kennzeichnende Verflechtung zwischen Staatsapparat und wirtschaftlichen Interessen, die eine Ausnutzung staatlicher Intervention für die private Bereicherung ermöglichte.<sup>328</sup>

---

<sup>326</sup> In einigen Ländern Lateinamerikas begann die Etablierung der ISI bereits nach Ende des Ersten Weltkrieges und wurde durch die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise lediglich beschleunigt. Vgl. Nuscheler 1996, S. 48.

<sup>327</sup> Vgl. Hein 1998, S. 262f. Für eine ausführliche Darstellung vgl. Prebisch 1984.

<sup>328</sup> Vgl. Hein 1998, S. 221, 263; Ibid. 2005, S. 6f.; Kürzinger 1991, S. 149. Weitere Defizite der realen Umsetzung der ISI, wie der mangelnde Aufbau einer Investitionsgüterindustrie, die unzulängliche Produktion für die



Auch wenn die Strategie der ISI in ihrer ersten Phase bis zu den 1950er Jahren durchaus zu hohen Wachstumsraten, zur Modernisierung der Infrastruktur und zum Aufbau eines Produktionsapparates führte, gelangte sie bereits in den 1960er Jahren an ihre Grenzen. Da der massive Import von Investitionsgütern und Halbfertigprodukten<sup>329</sup>, der den Ausgangspunkt einer eigenständigen Industrialisierung darstellen sollte, aufgrund von Handelshemmnissen und mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit selbst nach knapp zwei Jahrzehnten in den meisten Ländern noch nicht durch den Export von Fertigprodukten aufgewogen werden konnte, folgte dem anfänglichen Wachstumsschub eine Wachstums- und Produktivitätskrise, die dann in eine Verschuldungs- und politische Stabilitätskrise mündete. Zum schwachen Export und zur unrentablen Produktion für die meist kleinen Binnenmärkte und der damit einhergehenden Notwendigkeit zur Aufnahme von Auslandskrediten kamen gegen Ende der 1970er Jahre noch einschneidende äußere Faktoren wie der drastische Ölpreisanstieg, durch den sich die Importe aus den Industrieländern verteuerten, sowie der weitere Verfall der Rohstoffpreise hinzu.<sup>330</sup> Dies führte die lateinamerikanischen Länder, die auf grundlegende Strukturreformen weitgehend verzichteten, auf direktem Weg in die Schuldenkrise.<sup>331</sup>

Mit Beginn der 1980er Jahre wurde in den meisten Staaten des Subkontinents eine neue Wirtschaftspolitik eingeleitet, die nun nicht mehr nationalistisch, sondern stark neoliberal orientiert war. Die durch IWF und Weltbank erzwungene Ausrichtung der Ökonomien auf das Ziel der Schuldentilgung machte eine weitere Konzentration auf den Binnenmarkt und damit eine Aufrechterhaltung der ISI unmöglich. Stattdessen wurde den hoch verschuldeten Ländern eine strikte Strukturanpassungspolitik und damit die Öffnung ihrer Märkte, eine stärkere Integration in die internationale Wirtschaft, die Reduzierung des öffentlichen Sektors sowie die Minimierung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft auferlegt.<sup>332</sup>

Fast alle lateinamerikanischen Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Couleur, folgten in den 1980er Jahren diesen Vorgaben von IWF und Weltbank zur Stabilisierung, Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung ihrer Wirtschaften. Die neue Strategie legte,

---

eigene Bevölkerung und die Verschiebung der Preise zum Vorteil der Industrie und zum Nachteil der Landwirtschaft, werden bei Nohlen (1994, S. 327) erörtert. Zur interventionistischen Rolle des Staates im Rahmen der ISI vgl. Mizsei / Muñoz 1994, S. 39ff.

<sup>329</sup> Damit sind insbesondere die Maschinen, Ersatzteile und Halbfertigwaren gemeint, mit denen die neu aufgebauten (und meist mit Krediten finanzierten) industriellen Großanlagen betrieben werden mussten.

<sup>330</sup> Da im Industriesektor kaum Deviseneinnahmen erzielt werden konnten, blieb der Industrialisierungsprozess neben Kapitalzufluss aus dem Ausland auf Exporteinnahmen des Rohstoff- und Agrarsektors angewiesen. Mit dem Verfall der Rohstoffpreise musste diese Konstellation zusammenbrechen. Vgl. dazu Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 50.

<sup>331</sup> Vgl. Nuscheler 1996, S. 48; Köß 1998, S. 23; Drekonja-Kornat 1994, S. 181f.; Schweiger 1991, S. 33.

<sup>332</sup> Vgl. Müller-Plantenberg 1997, S. 114f.; Hein 1998, S. 284. Diese Vorgaben durch die internationalen Finanzinstitutionen, die die Herstellung des makroökonomischen Gleichgewichts und die Rückzahlung der Schulden zum Ziel hatten, wurden auch unter der Bezeichnung *Washington Consensus* bekannt. Eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen im Rahmen der Strukturanpassungspolitik findet sich bei Adjibolossoo 1999, 56ff.

ganz im Gegensatz zur ISI und zu sämtlichen dependenztheoretischen Lösungsvorschlägen, einen deutlichen Schwerpunkt auf die aktive Weltmarktintegration, bedeutete jedoch keine Rückkehr zum Exportmodell, wie es zu Zeiten des Kolonialismus und noch Jahrzehnte danach vorherrschte. Stattdessen ging es nun um eine selektive Integration in die Weltwirtschaft zur Sicherung der eigenen Vorteilsbasis im internationalen Markt. Auch regionale Integrationsprozesse, die insbesondere zu Beginn der 1990er Jahre in verstärktem Maße reaktiviert oder auch neu initiiert wurden, zielten nun nicht mehr, wie von DependenztheoretikerInnen gefordert, auf die Abschottung vom Weltmarkt, sondern verfolgten im Rahmen eines „offenen Regionalismus“ die klare Zielsetzung einer Weltmarktintegration und dienten damit in den Worten von Mármora / Messner „als ein Baustein für die *qualitative* Redefinierung der Bedingungen der lateinamerikanischen Eingliederung in das internationale System“.<sup>333</sup>

Diese Politik der Strukturanpassung, die unter dem Ziel der Haushaltskonsolidierung zur drastischen Kürzung staatlicher Ausgaben zwang, führte zunächst zu einer wirtschaftlichen Rezession, Einkommenseinbußen und einem Anstieg der Armut und konnte auch auf längere Sicht nur in den wenigsten Ländern die gewünschten Wachstums- und Entwicklungserfolge erzielen.<sup>334</sup> Durch Maßnahmen wie Personalentlassungen im öffentlichen Dienst, Lohnkürzungen, Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Ausgabenkürzungen in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie die Erhöhung der Preise für öffentliche Dienstleistungen wurde die Strukturanpassung insbesondere auf Kosten unterprivilegierter Bevölkerungsschichten durchgeführt und verschärfte die in lateinamerikanischen Gesellschaften ohnehin stark ausgeprägten sozialen Gegensätze.<sup>335</sup>

Die Tatsache, dass der den lateinamerikanischen Ländern im Zuge der Verschuldungskrise der 1980er Jahre auferlegte neoliberale Wirtschaftskurs nicht die erhofften Erfolge brachte,

---

<sup>333</sup> Mármora / Messner 1990, S. 513. Vgl. auch Sangmeister 1995, S. 44. Bei derartigen regionalen Integrationsprojekten zu Beginn der 1990er Jahre handelte es sich beispielsweise um den Mercosur zwischen zunächst Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay sowie die 1994 gegründete Association of Caribbean States, die sich insbesondere um einen Anschluss an NAFTA bemühte. Vgl. Nuscheler 1996, S. 98; Sangmeister 2003, S. 30f.

<sup>334</sup> Beispielsweise schrumpfte das Pro-Kopf-Einkommen in Argentinien, Peru und Venezuela zwischen 1980 und 1990 um jeweils etwa 20 Prozent. Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf lag 1989 in Lateinamerika zehn Prozent niedriger als noch 1980. Positive Ausnahmen waren Chile und Kolumbien, deren Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der ersten Dekade der Strukturanpassungspolitik um neun beziehungsweise 18 Prozent stieg. Auch wenn sich zu Beginn der 1990er Jahre eine wirtschaftliche Trendwende abzuzeichnen begann und im lateinamerikanischen Durchschnitt wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum verzeichnet werden konnte (wobei einige Länder wie Chile und Venezuela in manchen Jahren sogar spektakuläre Wachstumsraten von mehr als zehn Prozent aufwiesen), fielen einige Länder gegen Mitte und Ende der 1990er Jahre wieder in wirtschaftliche Krisen zurück, wie etwa Mexiko im Rahmen der Peso-Krise 1994. Vgl. Nuscheler 1996, S. 65; Nolte 1991, S. 8; Bundeszentrale für politische Bildung 1994, S. 45.

<sup>335</sup> Vgl. zu den sozialen Kosten der eingeleiteten neoliberalen Wirtschaftspolitik unter der Regie von IWF und Weltbank beispielsweise Nohlen 1994, S. 627; Adjibolossoo 1999, S. 37f.; Köß 1998, S. 23; Tetzlaff 1993, S. 422f.; Slater 1993, S. 94f. Neben den hohen sozialen Kosten brachte die Strukturanpassungspolitik mit ihrem Zwang zur Devisenbeschaffung auch schwerwiegende ökologische Folgen mit sich, wie etwa den Ausbau von Monokulturen und die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen, auf die Nuscheler (1993a, S. 161) gesondert hinweist.

kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik der ISI als eine ebenso wenig, und im Zeichen der Globalisierung noch weniger durchsetzbare und Erfolg versprechende Alternative angesehen werden muss. Die Strategie der Importsubstitution brachte eine große Abhängigkeit von aus den westlichen Industrieländern importierten Fertigprodukten mit sich und insbesondere von Technologien, welche die Ausgangsbasis für eine eigenständige Industrialisierung und die Heranbildung alternativer, den speziellen Verhältnissen Lateinamerikas angepasster Technologien darstellen sollten, jedoch kaum als eine solche genutzt werden konnten. Es stellt sich damit die Frage, ob im Rahmen der ISI die Abhängigkeit von den hoch entwickelten Industriestaaten tatsächlich abgeschwächt oder, im Gegenteil, nicht gar verstärkt wurde. Das Grundschema abhängiger Entwicklung, in dem Lateinamerika die Rolle eines Exporteurs von Rohstoffen und eines Importeurs von Industriegütern einnimmt, konnte in den meisten Staaten des Subkontinents auch durch die Strategie der ISI nicht nachhaltig verändert werden.<sup>336</sup> Doch nicht nur in ökonomischer, sondern auch in sozialer und politischer Hinsicht hinterließ die ISI, im Rahmen derer aufgrund geringer interner Wachstumspotentiale und mangelnder Umverteilungspolitik die sozialen Gegensätze nicht ausgeglichen werden konnten und die zu einer ständigen „Aufgaben-Überfrachtung“<sup>337</sup> des Staates, zu Subventionsmentalität bei UnternehmerInnen, zu Korruption und Klientelismus<sup>338</sup> führte, tiefe Spuren, die nicht als Basis für einen auf eigenen Ressourcen aufbauenden und nachhaltigen Entwicklungsprozess dienen konnten.

Die Lösungsvorschläge der DependenztheoretikerInnen, die Dissoziation und autozentrierte Entwicklung als Mittel zur Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung propagierten, konnten in Lateinamerika – und damit selbst in der Region, auf die die dependenztheoretischen Ansätze inklusive ihrer Handlungsanleitungen ursprünglich zugeschnitten waren – in Form der ISI nicht erfolgreich umgesetzt werden. In ihrem Anspruch als reine Situationsanalyse der Entwicklungschancen und des Entwicklungsweges Lateinamerikas vor dem Hin-

---

<sup>336</sup> Ausnahmen sind dabei insbesondere Brasilien und Mexiko, die aufgrund ihres großen inländischen Marktes, der die Produktion von Konsum-, Zwischen- und Kapitalgütern in weit höherem Maße erlaubte und erforderte als dies in kleineren Ländern der Fall war, bis zu den 1980er Jahren deutlich höhere Wachstumsraten als die meisten anderen Länder des Subkontinents aufweisen konnten. Damit ergab sich ein fließender Übergang von der Erschließung des inländischen Marktes zur Durchdringung der Märkte anderer lateinamerikanischer Länder, was eine weitere Ausdehnung der industriellen Produktionskapazitäten zur Folge hatte. Die ISI schuf damit zwei Gruppen von Ländern: Während Mexiko und Brasilien eine fortgeschrittene industrielle Entwicklung erreichten und ausländische Märkte erschließen konnten, blieb der große Rest auf der Stufe der Produktion von Rohstoffen für das In- und Ausland stehen. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 40f.

<sup>337</sup> Messner / Meyer-Stamer 1992, S. 222.

<sup>338</sup> Es wird hier die Definition von Klientelismus nach Ziemer zugrunde gelegt, der erklärt: „Der politische Klientelismus bezeichnet ein formelles Machtverhältnis in Form einer personalen Beziehung zwischen Akteuren oder Gruppen von Akteuren, die zum beidseitigen Vorteil einen Tausch von Vergünstigungen vornehmen. (...) In vielen Fällen sind die Beziehungen halblegal und stehen nicht selten im Widerspruch zur offiziellen Gesetzgebung des Landes.“ (Ziemer, Klaus: Klientelismus, in: Dieter Nohlen [Hg.]: Kleines Lexikon der Politik, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2001, S. 233, zit. n. Schwertner 2004, Kap. Der Weg zum Wechsel.)

tergrund einer wirtschaftlichen und politischen Hierarchisierung der Welt und der damit einhergehenden internationalen Arbeitsteilung erwies sich die Dependenztheorie jedoch als deutlich adäquater denn als strategische Handlungsanleitung und hat ganz offenbar in vielerlei Hinsicht nach wie vor nicht an Aktualität verloren.

Bisher gehört keiner der lateinamerikanischen Staaten, auch nicht die größten und mächtigsten, wie etwa Mexiko und Brasilien, die inzwischen über einen umfangreichen und leistungsfähigen industriellen Sektor verfügen und ein hohes Maß an Weltmarktintegration aufweisen, auf internationaler Ebene zu den politischen und wirtschaftlichen Machtzentren. Wie Waldmann betont, konnte kein Land des Subkontinents die Schwelle wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Abhängigkeit von den hoch entwickelten Industrieländern endgültig überschreiten und damit seinen peripheren Status abstreifen. Ein Großteil der Exporte besteht in den meisten lateinamerikanischen Ländern nach wie vor aus gering verarbeiteten Agrargütern und Rohstoffen und obgleich die vorhandenen Anlagen und die damit produzierten Güter in aller Regel dem internationalen technologischen Standard entsprechen, mangelt es in diesen Ländern an Innovationspotential, um in Eigenleistung neue Produkte zu entwickeln.<sup>339</sup> Und selbst ein Land wie Mexiko, welches sich bis Anfang der 1990er Jahre vom Rohstoff- zum Industriegüterexporteur entwickelt hatte, ist von einer starken und sehr einseitig auf die USA orientierten Außenabhängigkeit gekennzeichnet, welche die mexikanische Volkswirtschaft, trotz einer inzwischen leistungsfähigen industriellen Basis und eines großen Binnenmarktes, äußerst verwundbar gegenüber Faktoren wie etwa Konjunkturschwankungen innerhalb der Vereinigten Staaten macht.<sup>340</sup>

Auch mit ihrer Diagnose der strukturellen Heterogenität kann die Dependenztheorie für die Mehrzahl der Länder des Subkontinents immer noch Gültigkeit beanspruchen. Nach wie vor sind sehr unterschiedliche Dynamiken in der Entwicklung der für die Gesellschaften konstitutiven Subsysteme zu verzeichnen, die sich auf einer ganz konkreten Ebene beispielsweise im Nebeneinander von hauptstadtnahen oder im Küstenbereich konzentrierten aktiven Wirtschaftsräumen und einer exportorientierten, hoch technisierten landwirtschaftlichen Produktion in großem Umfang einerseits und einem verarmten Hinterland sowie Subsistenzwirtschaft

---

<sup>339</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 20, 57 (Beiträge von Peter Waldmann).

<sup>340</sup> Gerade in den 1980er Jahren nahm die Produktion industrieller Güter in Mexiko sprunghaft zu. Der Anteil von Industrieprodukten an den gesamten Exporten in die USA stieg von 33,8 Prozent im Jahr 1982 auf 73,8 Prozent im Jahr 1988 an. Im gleichen Zeitraum reduzierten sich die Erdölexporte von 54,4 Prozent auf 14,7 Prozent. (Vgl. Lauth 1992, S. 5.) Die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes von den USA wurde durch die Einführung der Freihandelszone NAFTA im Jahr 1994 noch zusätzlich verstärkt. 1996 gingen 86 Prozent der mexikanischen Exporte in den NAFTA-Raum und auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts, als verstärkt Freihandelsverträge mit einigen weiteren Ländern und Regionen, wie etwa das mexikanisch-europäische Freihandelsabkommen im Jahr 2000, geschlossen wurden, um die Außenhandelsbeziehungen Mexikos zu diversifizieren, wickelt das Land immer noch etwa 90 Prozent seines Handels mit den USA ab. Vgl. Altenburg 1998, S. 10f.; Maihold 2001, S. 12; Sommerhoff 1999, S. 114; Blanke 2003, S. 12.

auf Kleinstparzellen andererseits zeigt. In Mexiko beispielsweise trat insbesondere im Zuge der Einführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik in den 1980er Jahren eine Stagnation in der Landwirtschaft und in der Klein- und Mittelindustrie auf, wohingegen große Exportbranchen eine starke Dynamisierung erfuhren, jedoch vom Binnenmarkt weitgehend isoliert blieben. Der industrielle Produktionsapparat wurde nur in Teilen modernisiert, die „Vermaschung“<sup>341</sup> zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren nahm ab und Einkommensungleichheiten spitzten sich ebenso zu wie die regionalen Unterschiede. Durch das Freihandelsabkommen NAFTA, von dem einige Branchen stark profitierten, während andere wie etwa die Landwirtschaft sowie die Klein- und Mittelindustrie durch die Konkurrenz aus den USA in ihrer Existenz bedroht wurden, verstärkten sich diese Tendenzen zusätzlich und es fand insbesondere eine wachsende regionale Polarisierung zwischen wohlhabendem Norden und verarmtem Süden statt.<sup>342</sup>

Eines der größten Entwicklungshemmnisse sowohl Mexikos als auch anderer lateinamerikanischer Länder ist daher ganz offenbar die von den DependenztheoretikerInnen bereits in den 1960er Jahren diagnostizierte und nach wie vor bestehende strukturelle Heterogenität. Die Tatsache, dass die im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik stark geförderten modernen Wirtschaftssektoren die traditionellen und informellen Sektoren nicht verdrängen konnten, sondern diese in vielen Ländern hinsichtlich Umfang und Bedeutung sogar zunahmten, bestätigt die Annahme der Dependenztheorien, dass es sich im Nebeneinander und in der gegenseitigen Durchdringung sehr unterschiedlich entwickelter wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Bereiche nicht um eine Übergangsphase auf dem Weg zur Moderne handelt, sondern um eine strukturelle Deformation der lateinamerikanischen Wirtschaften und Gesellschaften, im Rahmen derer die „Entwicklung der Unterentwicklung“ stetig fortschreitet.

#### 1.6. Die geringe Erklärungskraft für die Länder Mittel- und Osteuropas

Einige strukturelle Merkmale der mittel- und osteuropäischen Länder, wie sie sich zu Zeiten des Sozialismus und noch viele Jahre nach dem Umbruch von 1989 zeigten und in weiten Teilen nach wie vor zeigen, weisen in mancherlei Hinsicht deutliche Parallelen zu den Strukturdefiziten auf, wie sie DependenztheoretikerInnen in Entwicklungsländern des Südens und insbesondere in Lateinamerika diagnostiziert haben. Ebenso wie lateinamerikanische Länder gehörten die damaligen Ostblockstaaten auf internationaler Ebene nicht zu den wirtschaftli-

---

<sup>341</sup> Den Begriff der „Vermaschung“ verwendet Senghaas in seiner Darstellung des Konzepts der strukturellen Heterogenität. Vgl. Senghaas 1977.

<sup>342</sup> Vgl. Altenburg 1998, S. 3, 12; Evangelische Akademie Bad Boll 1998, S. 39, 44; Schirm 1995, S. 28; Sommerhoff 1999, S. 363; Blanke 2003, S. 15.

chen Machtzentren und auch die seit 1989 im Transformationsprozess begriffenen postsozialistischen Länder nehmen nach wie vor eine wirtschaftlich periphere Stellung gegenüber den westlichen Industrieländern ein. Auch die strukturelle Heterogenität in Form einer mangelnden Homogenisierung gesellschaftlicher Subsysteme wie Ökonomie, Politik und Rechtswesen sowie einer damit eng verbundenen Koexistenz von modernen und traditionellen Formen der wirtschaftlichen Produktion, von verarmtem Hinterland und prosperierendem Zentrum, von rückständiger Landwirtschaft und hoch entwickelter Industrieproduktion, ist ein Merkmal, welches die mittel- und osteuropäischen Länder sowohl während als auch nach Ende des Kalten Krieges mit den Ländern Lateinamerikas teilten und immer noch teilen. Diese Strukturdefizite Mittel- und Osteuropas stehen jedoch in einem gänzlich anderen historischen und systemischen Zusammenhang, als ihn die DependenztheoretikerInnen für die Entwicklungsländer des Südens analysiert haben.

Der industrielle Kapitalismus der westlichen Industrieländer nimmt, wie Kößler betont, eine dominierende Position ein, von der aus allen anderen modernen Gesellschaften ihre Existenz- und Entwicklungsbedingungen vorgegeben werden.<sup>343</sup> Das subordinierte Verhältnis der postkolonialen Gesellschaften einerseits und der Gesellschaften sowjetischen Typs andererseits gegenüber den von den DependenztheoretikerInnen als Zentren bezeichneten kapitalistischen Industriegesellschaften begründet sich jedoch auf sehr unterschiedliche Weise. Postkoloniale Gesellschaften haben hinsichtlich ihres Ursprungs und ihrer Entwicklungslogik eine zum industriellen Kapitalismus komplementäre Stellung und stehen damit „anders, als es bei den Gesellschaften sowjetischen Typs der Fall war (...) in einem engen Verhältnis der Ko-Evolution zu den hegemonialen industriekapitalistischen Gesellschaften“<sup>344</sup>. Mit dieser Aussage argumentieren Kößler / Schiel in der Tradition der DependenztheoretikerInnen, gemäß derer die Unterentwicklung der Peripherie die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung der Zentren darstellt und damit ein unweigerlicher Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungsprozessen besteht. Entwicklungsdefizite, wie etwa der Mangel an Innovationsfähigkeit, eigener Produktionsstruktur und qualifizierter Arbeiterschaft, sind demnach als Folge eines Ausbeutungsverhältnisses, entweder im Rahmen von ungleichem Handel und Ressourcenausbeutung oder in Form struktureller Verflechtung, zu sehen.

Gesellschaften sowjetischen Typs dagegen, die zumindest ihrer Intention nach einen bewussten Gegenentwurf zum Modell der westlichen Industrieländer darstellten, befanden sich in einem konkurrierenden Verhältnis zum industriellen, westlich geprägten Kapitalismus.<sup>345</sup>

---

<sup>343</sup> Vgl. Kößler 1994, S. 80.

<sup>344</sup> Kößler / Schiel 1996, S. 37.

<sup>345</sup> Vgl. Kößler 1994, S. 80, 89.

Die Ostblockstaaten waren, im Gegensatz zu den Ländern Lateinamerikas, nie volle Mitglieder in der Weltwirtschaft und auch auf keine andere Weise institutionell eng mit dem Westen verbunden. Aufgrund der fehlenden Verflechtung können Entwicklungsdefizite der sozialistisch regierten Staaten, wie etwa der Mangel an eigener Produktions- und Innovationskompetenz, nicht auf die Faktoren zurückgeführt werden, auf der die dependenztheoretische Argumentation aufbaut, nämlich Abhängigkeit von und Ausbeutung durch die westlichen Industrieländer.

Für die Zeit nach dem Umbruch argumentiert beispielsweise Nitsch, dass die sich im Vergleich zu sozialistischen Zeiten stark verschärfende strukturelle Heterogenität in Form deformierter Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf den vom Westen sehr abrupt aufoktroierten Kapitalismus zurückführen lasse und daher in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern nun eine ähnliche Entwicklung zu erwarten sei wie in den Ländern Lateinamerikas, denen der Kapitalismus ebenfalls, allerdings bereits zu Kolonialzeiten, aufoktroiert worden war.<sup>346</sup> Auch wenn strukturelle Probleme der postsozialistischen Transformationsländer in weiten Teilen zweifellos auf die Implementierung eines bis dahin fremden Wirtschaftssystems zurückzuführen sind, erscheint die Herstellung eines direkten Zusammenhangs zwischen den Entwicklungsdefiziten der Länder Mittel- und Osteuropas und Lateinamerikas, oder gar deren Gleichsetzung, mehr als problematisch. Während die Aufoktroierung des Kapitalismus durch die Kolonialmächte in Lateinamerika mit dem Ziel der Ressourcenextraktion und Subordination einherging und sich das Erbe genau dieses Ausbeutungsverhältnisses, wie es die DependenztheoretikerInnen sehen, noch Jahrhunderte später in internen Strukturdefiziten der betroffenen Länder wie auch in der Art ihrer Einbindung in den Weltmarkt widerspiegelt, gehen die mittel- und osteuropäischen Länder von gänzlich anderen Voraussetzungen aus. Es geht hier um die Transformation des gegenüber dem westlichen Industriekapitalismus konkurrierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sowjetischen Typs, welches in gerade dieses vom Westen vorgegebene kapitalistische Konkurrenzmodell überführt werden soll. Dependenztheoretische Ansätze können für einen Entwicklungsweg vor einem solchen Hintergrund kaum Erklärungskraft beanspruchen.

---

<sup>346</sup> Vgl. Nitsch 2002, S. 105f.

## 2. Die Modernisierungstheorie

### 2.1. Die beiden Hauptströmungen

Es waren jedoch nicht die dependenztheoretischen Ansätze, die den Beginn entwicklungstheoretischen und -politischen Denkens darstellten, sondern die Modernisierungstheorien, die bereits in den 1950er Jahren entstanden und bis zu der durch die DependenztheoretikerInnen einsetzenden Kritik in den späten 1960er Jahren das dominante Paradigma in der Diskussion um Entwicklung und Unterentwicklung bildeten. Der im Zuge der Entkolonialisierung und des Ausbruchs des Ost-West-Konflikts durch die Sowjetunion erhobene Anspruch, ihren Weg vom Aufbau des Sozialismus auch als Modell für die Entwicklung der ehemaligen Kolonien zu propagieren, machte es aus US-amerikanischer Sicht notwendig, diesem sozialistischen Modell eine eigene Gesellschaftstheorie entgegenzusetzen, aus der politische Strategien abgeleitet werden konnten, die den wachsenden sowjetischen Einfluss einzudämmen vermochten.<sup>347</sup> Das daraus entstandene, unter dem Begriff der Modernisierungstheorie bekannt gewordene Paradigma gliedert sich in mehrere Teildisziplinen, und stellt daher, ähnlich wie die dependenztheoretischen Ansätze, weniger eine in sich geschlossene Theorie, sondern vielmehr eine Sammlung verschiedener und zum Teil sehr heterogener theoretischer Entwürfe dar.

Die beiden Hauptstränge der Diskussion bilden zum einen die seit den 1940er Jahren formulierte Entwicklungsökonomie, deren volkswirtschaftlich geprägte Ansätze auch unter dem Begriff der „Wachstumstheorien“ zusammengefasst werden, und zum anderen die soziologisch und sozialpsychologisch argumentierenden Modernisierungstheorien, die auch als „Theorien des sozialen Wandels“ bezeichnet werden.<sup>348</sup> Den ökonomischen Entwicklungstheorien, die aus sehr unterschiedlichen wirtschaftstheoretischen Ansätzen hervorgingen und sich dementsprechend weit verzweigten<sup>349</sup>, war gemeinsam, dass sie allesamt Entwicklung mit wirtschaftlichem Wachstum gleichsetzten und die Erfahrungen mit ökonomischen Wachstumsprozessen in Industrieländern zur Grundlage ihrer Theoriebildung machten.<sup>350</sup> Während

---

<sup>347</sup> Vgl. dazu Menzel 1993a, S. 3, 21; Escobar 1995, S. 34.

<sup>348</sup> Vgl. Nohlen 1994, S. 478. Auf die im engeren Sinne politikwissenschaftlichen Modernisierungstheorien wird aus Gründen der starken Überschneidung mit Transformations- und Transitionsansätzen in Kap. IV näher eingegangen, in dem die politischen Umbruch- und damit auch Modernisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa und Lateinamerika näher beleuchtet werden.

<sup>349</sup> Als Beispiele für die sehr unterschiedlichen Ansätze in der Entwicklungsökonomie können die ökonomisch-historische Stadientheorie nach Rostow, die Wachstumstheorie nach Harrod-Domar und die Außenhandelstheorien nach Smith, Ricardo und Heckscher-Ohlin angeführt werden. Zu Rostows Stadientheorie vgl. Nohlen 1994, S. 721f.; Winter 2004, Kap. 3.1. Für eine kompakte Darstellung der Wachstums- und Außenhandelstheorien sowie weiterer Ansätze der Entwicklungsökonomie vgl. Bohnet 1971, S. 49ff.; Adjibolossoo 1999, S. 9ff.; Engel 2000, S. 12f.; Escobar 1995, S. 75f.; Hein 1998, S. 200ff. Ausführlich werden die Ansätze der verschiedenen VertreterInnen der Wachstumstheorien dargestellt in Meier / Bauer 1985.

<sup>350</sup> Auf diesen „schädlichen Eurozentrismus“ der ökonomischen Wachstumstheorien in Form der Übertragung von wirtschaftstheoretischen Modellen, die im Kontext hoch industrialisierter Gesellschaften entwickelt wurden,



die neoklassisch geprägte Denkrichtung auf die Kräfte des Marktes vertraute und dementsprechend eine liberale Wirtschaftspolitik propagierte, setzte der in den 1950er Jahren vorherrschende Keynesianismus die Hoffnung vielmehr auf staatliche Eingriffe zur Stimulierung des Wachstums.<sup>351</sup> Im Mittelpunkt stand jedoch stets die Frage, wie die Intensivierung der Kapitalakkumulation, der Produktivität, der Industrialisierung sowie die Ausdehnung der modernen Sektoren und der formellen Beschäftigung erreicht werden können.<sup>352</sup> Als Indikatoren für Entwicklung wurden dementsprechend rein ökonomische Faktoren wie das Bruttosozialprodukt (BSP) und das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes herangezogen. Wirtschaftliches Wachstum, so die Annahme, ziehe technologische Ausdifferenzierung, Urbanisierung und höhere Konsumtionsraten nach sich und könne daher mittelfristig zu einer selbst tragenden Entwicklung führen. Der so genannte *trickle down*-Effekt würde dabei garantieren, dass nicht nur kleine Teile der Bevölkerung, sondern die Entwicklungsgesellschaft als Ganzes vom Wachstum profitieren kann.<sup>353</sup> Ein Anstieg des BSP führe daher automatisch auch zur Verbesserung von sozialen Indikatoren wie etwa Kindersterblichkeit, Analphabetismus und Mangelernährung.

Entwicklung wird damit in rein ökonomischen Indikatoren quantifizierbar und das Problem der Armutüberwindung zu einer abhängigen Variable von wirtschaftlichem Wachstum. Auf die Schwäche dieser den ökonomischen Wachstumstheorien zugrunde liegenden Verständnisses von Entwicklung weist García hin, indem er erklärt: „It is mechanistic because it is based on the theoretical assumption that development is an effect induced by certain technological innovations and by certain mechanisms that accelerate the equation savings/investment. It is compartmentalizing because it is built on a view of social life as the arithmetic sum of compartments (economic, political, cultural, ethical) that can be isolated at will and treated accordingly.“<sup>354</sup> Diese Defizite der entwicklungsökonomischen Ansätze traten sehr bald in Form ihres Scheiterns in der praktischen Umsetzung zutage. Die erhofften Wachstumserfolge blieben in vielen Fällen aus und wo sie doch erzielt werden konnten, stell-

---

auf nur in Anfängen industrialisierte Agrargesellschaften, macht unter anderen Senghaas (1982, 1997) aufmerksam.

<sup>351</sup> Vgl. dazu auch Menzel 1992, S. 17f.

<sup>352</sup> Für eine nähere Darstellung und Erklärung dieser von den Entwicklungsökonomern ausgearbeiteten Kriterien und Strategievorschläge zur Stimulierung wirtschaftlichen Wachstums vgl. beispielsweise Escobar 1995, S. 73f.

<sup>353</sup> Dem Konzept des *trickle down*-Effekts liegt die Annahme zugrunde, dass die in der Anfangszeit für notwendig erachtete Konzentration der Ressourcen auf den modernen industriellen Sektor und auf privilegierte, einkommensstarke Bevölkerungsschichten, die zunächst am meisten von wirtschaftlichen Modernisierungsschüben profitieren, sehr bald zu Ausbreitungs- und Durchsickereffekten in den traditionellen und ländlichen Raum hinein und somit zu unterprivilegierten Bevölkerungsschichten führen werde, die somit ebenfalls zu Nutznießern des Wachstums werden würden. Vgl. dazu Menzel 1992, S. 142.

<sup>354</sup> García, Antonio: *Atraso y Dependencia en América Latina*, Buenos Aires: El Ateneo, 1972, S. 16f., zit. n. Escobar 1995, S. 83.

ten sich aufgrund der in den Entwicklungsländern fehlenden politischen Rahmenbedingungen für die soziale Umverteilung wirtschaftlicher Gewinne kaum Durchsickerungseffekte und damit keine Verbesserungen sozialer Indikatoren ein, was der Annahme bezüglich eines sich zwangsläufig einstellenden *trickle down*-Effekts widersprach.<sup>355</sup>

Je deutlicher die Unzulänglichkeit einer bloßen Fokussierung auf ökonomisches Wachstum offenbar wurde, desto mehr gewannen die soziologisch argumentierenden Modernisierungstheorien an Bedeutung, gemäß derer soziokulturelle Faktoren, wie etwa die Veränderung des Bewusstseins, die Herausbildung rationaler Denkweisen sowie die Einführung neuer Werte und ökonomischer Verhaltensweisen, die entscheidenden Determinanten für Entwicklungsprozesse darstellen. Anders als die Entwicklungsökonomien, die gesamtgesellschaftliche Modernisierungsprozesse in Form der Beseitigung kultureller, religiöser, psychologischer und auch politisch-institutioneller Entwicklungshemmnisse als unweigerliche Folge wirtschaftlichen Wachstums ansehen, gehen die sich aus den Nachbardisziplinen der Politikwissenschaft und der Soziologie generierenden Ansätze davon aus, dass zunächst entwicklungshemmende soziokulturelle Faktoren beseitigt werden müssen, um neue sozialökonomische Strukturen schaffen und damit Wachstums- und Modernisierungsprozesse einleiten zu können.<sup>356</sup> Sie plädieren daher für die soziokulturelle „Enttraditionalisierung“<sup>357</sup> der in ihrer Interpretation rückständigen, traditionellen Gesellschaften.

Lerner, beispielsweise, als einer der bekanntesten Vertreter dieser Richtung der Modernisierungstheorie, sieht Faktoren wie die Ausbreitung säkularer Normen in der Kultur, die Steigerung räumlicher und sozialer Mobilität sowie die Erhöhung von Leistungsorientierung und Empathie als eine der wichtigsten Voraussetzungen für Modernisierung und Entwicklung.<sup>358</sup> Traditionale Gesellschaften sieht Lerner als „non-participant“, moderne dagegen als „participant“.<sup>359</sup> Um von einem Pol zum anderen zu gelangen, bedarf es einer Modifikation in der Sozial- und Persönlichkeitsstruktur hinsichtlich der genannten Faktoren. Zentrale Voraussetzungen dafür, die dualistischen Strukturen „village versus town, land versus cash, illiteracy

---

<sup>355</sup> Vgl. Nuscheler 1996, S. 47; Köß 1998, S. 20; Nohlen 1994, S. 723. Dieses offenbare Scheitern der ökonomischen Entwicklungstheorien provozierte insbesondere Anfang der 1980er Jahre harsche Kritik an diesem modernisierungstheoretischen Ansatz. Hirschmann beispielsweise schrieb vom „Niedergang der Entwicklungsökonomie“. Vgl. Hirschmann 1989.

<sup>356</sup> Vgl. dazu Nohlen 1994, S. 480f., 722.

<sup>357</sup> Vgl. zu diesem Begriff Goetze 2002, S. 42f.

<sup>358</sup> Für eine kompakte Darstellung der theoretischen Ansätze Lernalers siehe insbesondere Winter 2004, Kap. 3.3.-3.4.; Berger 1996, S. 51.

<sup>359</sup> Lerner erklärt dazu: „Traditional society is non-participant – it deploys people by kinship into communities isolated from each other and from a center. (...) lacking the bonds of interdependence, people’s horizons are limited by locale and their decisions involve only other *known* people in *known* situations. (...) Modern society is participant in that it functions by ‘consensus’ (...)” (Lerner 1958, S. 50), was bedeutet “that enough people must participate continuously in each major institution to make these institutions viable, adaptable, and durable”. (Ibid. 1968, S. 393.)

*versus* enlightenment, resignation *versus* ambition, piety *versus* excitement<sup>360</sup> zu überwinden, sind gemäß Lerner zum einen Empathie<sup>361</sup> und zum anderen die physische, soziale und psychische Mobilität, denn „mobility is the initial mechanism: people must be ready, willing, and able to move from where they are and what they are“<sup>362</sup>. Im Gegensatz zur Entwicklungsökonomie werden die eigentlichen Entwicklungshemmnisse damit nicht in ökonomischen Defiziten wie Kapitalmangel und fehlender Industrialisierung verortet, sondern in den Einstellungen und Verhaltensweisen der einzelnen Menschen sowie in gesellschaftlichen Sozialstrukturen und kollektiven Wertesystemen.

## 2.2. Gemeinsame grundlegende Positionen

Trotz dieser Heterogenität modernisierungstheoretischer Ansätze gibt es doch einen Bestand geteilter Grundüberzeugungen, der es erlaubt, die verschiedenen Denkrichtungen unter dem gemeinsamen Begriff der Modernisierungstheorie zu subsumieren. Das anzustrebende Ziel ist sowohl in der ökonomischen wie auch in der soziokulturellen Ausrichtung dieser Theorie die moderne Gesellschaft, deren Entstehen durch Prozesse wie Industrialisierung, Bürokratisierung, Demokratisierung, Urbanisierung, Bildungsexpansion und Säkularisierung charakterisiert ist.<sup>363</sup> Der Übergang zur Moderne, wie er in westlichen Industrieländern im Zuge der industriellen Revolution stattgefunden hat und wie er die Grundlage aller Modernisierungstheorien darstellt<sup>364</sup>, ist durch die von Wehler unterschiedenen sechs Subprozesse gesellschaftlicher Modernisierung, nämlich wirtschaftliches Wachstum, strukturelle Differenzierung, Wertewandel, Mobilisierung, Partizipation und die Institutionalisierung von Konflikten gekennzeichnet.<sup>365</sup> Zentral dabei ist der Prozess der Differenzierung, den die Modernisie-

---

<sup>360</sup> Ibid. 1958, S. 44.

<sup>361</sup> Empathie definiert Lerner als „psychic mechanism, that enables a person to put himself in another person's situation – to identify himself with a role, time, or place different from his own.“ (Ibid. 1968, S. 391.)

<sup>362</sup> Ibid., S. 392. Zur Bedeutung psychischer, sozialer und geographischer Mobilität für den gesellschaftlichen Modernisierungsprozess vgl. auch Zapf 1997, S. 34.

<sup>363</sup> Vgl. Berger 1996, S. 47.

<sup>364</sup> Bendix erklärt dazu: „Unter Modernisierung verstehe ich einen Typus des sozialen Wandels, der seinen Ursprung in der englischen industriellen Revolution, von 1760 bis 1830, und in der politischen Französischen Revolution, von 1789 bis 1794, hat. (...) Modernisierung (...) besteht im wirtschaftlichen und politischen Fortschritt einiger Pioniergesellschaften und den darauf folgenden Wandlungsprozessen der Nachzügler.“ (Bendix 1969, S. 506, 510.)

<sup>365</sup> Wehler erklärt diese Prozesse im Einzelnen folgendermaßen: „1. Wirtschaftliches Wachstum als eine kumulative Dauerbewegung industrieller Expansion; (...) 2. ‚Strukturelle Differenzierung‘ (...). Aus dem alteuropäischen ‚ganzen Haus‘ gliedert sich eine zunehmend arbeitsteilige Wirtschaft, aus Herrschaft als individueller Verfügungsgewalt über einen Personenverband die überindividuelle Staatsorganisation eines Territoriums, aus dem öffentlichen Leben die bürgerliche Privat- und Intimsphäre aus. (...) 3. Wertewandel, z.B. im Sinne von Parsons als Übergang von partikularistischen, diffusen, unspezifischen zu universalistischen, funktional spezifizierten Wertemustern, die in Sozialisationsprozessen verinnerlicht und handlungsleitend werden. 4. Mobilisierung. Sie wird verstanden als Erzeugung von räumlicher und sozialer Mobilität, aber auch als Erhöhung der Erwartungen (...) und als Verfügbarmachung von Ressourcen und Mitteln. 5. Partizipation. Je komplizierter die Differenzierung, um so mehr (...) seien Vermittlungsmechanismen erforderlich, die Teilnahme unabweisbar

rungstheoretikerInnen nicht nur im Sinne von Polanyi als die Trennung der ökonomischen von der politischen Sphäre verstehen<sup>366</sup>, sondern primär in der Tradition von Parsons als funktionale Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme, welche sich in westlichen Industrieländern ausgehend von der industriellen Revolution in Form der Differenzierung nicht nur von Ökonomie und politischer Herrschaft, sondern auch von politischem System und ziviler Gesellschaft sowie der Ablösung sozialer Normen von religiösen Begründungen durchgesetzt hatte.<sup>367</sup> Eine solche Ausdifferenzierung zieht eine Leistungssteigerung der Teilsysteme nach sich, die aufgrund ihrer wachsenden Autonomie nun ausschließlich ihren eigenen Kriterien folgen können, was die „spezifische Dynamik der ‚modernen Gesellschaft‘ ausmacht“<sup>368</sup>.

Diesen Weg von der Tradition zur Moderne können und müssen die Entwicklungsgesellschaften gemäß der Modernisierungstheorien in Form einer linearen, nachholenden Entwicklung durchlaufen, die durch die gleichen Phasen gekennzeichnet ist, wie der Entwicklungsprozess der westlichen Industrieländer.<sup>369</sup> Unterentwicklung wird damit als ein Mangel an Modernität interpretiert und ihre Ursachen dementsprechend in endogenen Faktoren verortet.

Der modernisierungstheoretischen Überzeugung, dass eine solche lineare, zielgerichtete und in sämtlichen Entwicklungsländern weitgehend uniform verlaufende Entwicklung von der traditionellen zur modernen Gesellschaft vollzogen werden kann, liegt die Annahme zugrunde, dass es sich bei den internen Strukturproblemen der Entwicklungsgesellschaften nicht, wie es die DependenztheoretikerInnen darstellen, um strukturelle Heterogenität handelt, sondern um einen Dualismus zwischen Tradition und Moderne. Gemäß dieses Dualismusmodells sind Entwicklungsgesellschaften in einen modernen, dynamischen und in den Weltmarkt integrierten Sektor einerseits und in einen traditionellen, stagnierenden und nicht mit den höher entwickelten Wachstumspolen verbundenen Sektor andererseits geteilt. Beide Sektoren sind nicht,

---

machen. Und je erfolgreicher die Mobilisierung von Ressourcen sei, um so wichtiger würden Entscheidungsgremien, in denen zur Legitimierung von Präferenzentscheidungen Mitwirkung notwendig werde. 6 Institutionalisierung von Konflikten. Um die Tradition unregelter Konflikte überwinden zu können (...) sei eine Vermeidungsstrategie erforderlich, die Konflikte dadurch einhegt, dass sie organisations- und verfahrensabhängig gemacht werden.“ (Wehler 1975, S. 16f.)

<sup>366</sup> Strukturelle Differenzierung definiert Polanyi als die „Ausbettung der Ökonomie“, worunter er die Loslösung der wirtschaftlichen Aktivitäten eines jeden Menschen von seinen Sozialbeziehungen versteht. Genau dies macht für Polanyi den Unterschied zwischen modernen und traditionellen Gesellschaften aus, da in letzteren „das Wirtschaftssystem (...) von nichtökonomischen Motiven getragen“ werde und damit „die sozialen Beziehungen (...) in das Wirtschaftssystem eingebettet“ seien. (Polanyi 1977, S. 68, 81.)

<sup>367</sup> Vgl. Parsons 1969a, b. Für eine kompakte Darstellung des umfangreichen Ansatzes von Parsons zur Systemdifferenzierung vgl. z.B. Merkel 1996b, S. 305f.; Zapf 1997, S. 35f.

<sup>368</sup> Goetze 1990, S. 112.

<sup>369</sup> Vgl. dazu Hein 1998, S. 196; Nohlen 1994, S. 479. Die von den ModernisierungstheoretikerInnen in der Entwicklung westlicher Industrieländer identifizierten Entwicklungsphasen, welche auf den Entwicklungsprozess traditionaler Gesellschaften übertragen wurden, waren auf politischer Ebene Staatenbildung, Nationenbildung, Demokratisierung und Umverteilung, auf wirtschaftlicher Ebene Kapitalakkumulation, technischer Fortschritt, der Schritt hin zu einem sich selbst tragenden Wachstum und die Ausbreitung des Massenkonsums und auf gesellschaftlicher Ebene Urbanisierung, Alphabetisierung, Kommunikationssteigerung und soziale Mobilisierung. Vgl. Menzel 1993a, S. 22.

wie die DependenztheoretikerInnen annehmen, strukturell miteinander verflochten, sondern entwickeln sich unabhängig voneinander und nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten. Ziel muss es daher sein, die Ausweitung des modernen und im Zuge dessen die Zurückdrängung des traditionellen Sektors zu fördern und so zu einer Homogenisierung der sich noch dualistisch gegenüberstehenden Strukturen zu gelangen.<sup>370</sup> Als besonders förderlich für die Diffusion des modernen Sektors galt dabei eine aktive Weltmarktintegration.

Mit ihrer Annahme von der Möglichkeit und Notwendigkeit eines anhand von Kriterien wie soziale Differenzierung, Individualisierung und Rationalisierung klar definierten und zielgerichteten Entwicklungsprozesses von der traditionellen zur modernen Gesellschaft grenzen sich die ModernisierungstheoretikerInnen klar von dependenztheoretischen Positionen ab. Sowohl Dependenz- als auch ModernisierungstheoretikerInnen stellen zwar die Desintegration als entscheidendes Merkmal unterentwickelter Gesellschaften dar, welche jedoch in dependenztheoretischer Sichtweise die Form struktureller Heterogenität annimmt. Die in diesem Konzept zugrunde gelegte enge Verflechtung und gegenseitige Durchdringung moderner und traditionaler Strukturen innerhalb der Entwicklungsgesellschaften erlaubt keine Einverleibung oder Zurückdrängung der traditionellen durch die modernen Sektoren. Auch auf internationaler Ebene schließt das Konzept der strukturellen Heterogenität einen Nachvollzug des Entwicklungsweges der westlichen Industriegesellschaften sowie eine letztendliche Angleichung kategorisch aus, und geht stattdessen von einem direkten Zusammenhang zwischen der Entwicklung im Zentrum und der Unterentwicklung in der Peripherie und damit von einer stetigen Reproduktion des Abhängigkeitsverhältnisses aus. Mit ihrer Annahme, dass Tradition und damit einhergehende Unterentwicklung lediglich eine Übergangsphase in einem unilinearen und nach dem Vorbild der westlichen Industrieländer zu vollziehenden Entwicklungsprozess hin zu einer modernen Gesellschaft darstellen, stehen die Modernisierungstheorien damit in deutlichem Gegensatz zur dependenztheoretischen Sichtweise.

---

<sup>370</sup> Vgl. Nohlen 1994, S. 186, 479; Escobar 1995, S. 77. In ihrem Dualismusmodell stützten sich die ModernisierungstheoretikerInnen auf die Erkenntnisse des Holländers Boeke, der unter anderem anhand einer Fallstudie zu Indonesien Anfang der 1950er Jahre den Umstand thematisierte, dass einer traditionellen Gesellschaft ein moderner Plantagensektor von außen aufoktroziert wurde und sich nicht wie in westlichen Gesellschaften im Rahmen eines allmählichen internen Wandels herausbildete. Boeke betonte, dass der traditionelle Sektor im Zuge dessen nicht absorbiert oder verdrängt wurde und prägte damit den Begriff der „dualen Gesellschaft“ (vgl. Boeke, Julius Hermann: *Economics and economic policy of dual societies, as exemplified by Indonesia*, Haarlem: Tjaenk Willink, 1953), der von den ModernisierungstheoretikerInnen aufgegriffen und für sämtliche Entwicklungsgesellschaften verallgemeinert wurde. (Vgl. dazu Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 42; Menzel 1993a, S. 19.) Im Zentrum modernisierungstheoretischer Betrachtung steht dabei nicht nur der ökonomische und technologische Dualismus, der das Nebeneinander eines dynamischen, kapitalistisch organisierten und meist exportorientierten modernen Sektors und eines traditionellen, stagnierenden Subsistenzsektors beschreibt, sondern auch der regionale Dualismus zwischen industrialisierten Zentren und dem marginalisierten Hinterland sowie ein sozialer und kultureller Dualismus zwischen der besitzenden Klasse und den besitzlosen Massen, zwischen gebildeten Eliten und analphabetischer Bevölkerungsmehrheit. Vgl. Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 42; Bohnet 1971, S. 49ff.

Kritik wurde diesen grundlegenden Positionen der Modernisierungstheorien jedoch nicht nur von Seiten der DependenztheoretikerInnen entgegengebracht. Insbesondere die Annahme eines linearen, uniformen und stets auf das Ziel der modernen Gesellschaft hin ausgerichteten Entwicklungsweges, in welcher die in Entwicklungs- und Modernisierungsprozessen in aller Regel auftretenden „Schübe von Rückentwicklung, Rückgängigmachung von Mobilität, Entdifferenzierung [und] Zerfall (de-development, de-mobilization, de-differentiation, disintegration)“<sup>371</sup> keine Berücksichtigung fanden, rief sehr bald vehemente Gegenstimmen hervor und wurde von der im Laufe der 1990er Jahre entstandenen Denkrichtung der Neomodernisierungstheorie, die Lehren aus den nichtlinearen, regressiven und zum Teil zyklischen Entwicklungswegen der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer zog und nun die Möglichkeit verschiedener Modernisierungspfade anerkannte, weitgehend revidiert.<sup>372</sup>

Die Überzeugung von der Möglichkeit einer nachholenden oder gar imitierenden Entwicklung, unter anderem im Rahmen einer aktiven Weltmarktintegration, impliziert die Auffassung, dass die westlichen Industriegesellschaften als Vorläufer die weniger entwickelten Nationen als Nachzügler auf ihrem Entwicklungsweg nicht behindern würden, sondern dass im Gegenteil ein Lernen von den hoch entwickelten Gesellschaften stattfinden kann und soll. Dies bezeichnet Berger als „die vielleicht ‚anrühigste‘ Annahme der Modernisierungstheorie“<sup>373</sup>. Es war nicht nur die Position der Dependenztheorien, dass ein Platz an der Spitze der Hierarchie des internationalen Systems ein Gut darstellt, welches die entwickelten Nationen nicht bereit sind aufzugeben, sondern auch Geschichtswissenschaftler wie Wehler wiesen auf die so genannte Nachfolgeproblematik hin, im Rahmen derer sich nach einer einmal erfolgreichen industriellen oder demokratischen Revolution die Bedingungen für alle nachfolgenden Modernisierungsbestrebungen verändern.<sup>374</sup>

Auch die kategorische Gegenüberstellung von Tradition und Moderne lässt sich gemäß KritikerInnen nicht aufrechterhalten, da sie zum einen, wie insbesondere von dependenztheoretisch geprägten KritikerInnen vorgebracht wird, die Interdependenzen zwischen beiden Sektoren vernachlässige<sup>375</sup>, und zum anderen auf einer ausschließlichen Fixierung auf das Modell

---

<sup>371</sup> Wehler 1975, S. 23.

<sup>372</sup> Vgl. dazu Mense-Petermann 2002, S. 229; Zapf 1995, S. 175f.; Ibid. 1996, S. 74; Ibid. 1997, S. 41f.; Schrader / Oswald 2004, S. 2.

<sup>373</sup> Berger 1996b, S. 57.

<sup>374</sup> Vgl. Wehler 1975, S. 48. Wie Musto erklärt, leiden die „Nachzügler“ im Vergleich zu den „Vorreitergesellschaften“ unter dem Nachteil, dass sie bei ihren Versuchen der Weltmarktintegration zum einen bereits mit starken Konkurrenten konfrontiert und zum anderen in weltwirtschaftliche Strukturen und Regeln eingezwängt sind, die sie nicht selbst gestalten können. Vgl. Musto 2001, S. 102.

<sup>375</sup> Siehe dazu beispielsweise die „Sieben falschen Thesen über Lateinamerika“ von Rodolfo Stovenhagen, in denen er erklärt, dass „der unhistorischen, auf die Zuschreibung unterschiedlicher Merkmalsätze ausgerichteten Betrachtung entgeht, dass die scheinbar unabhängig nebeneinander existierenden Sektoren, in der Regel seit Jahrhunderten in einem gemeinsamen historischen Prozess einbezogen, gemeinsam den Gesetzmäßigkeiten der

der westlichen Industrieländer und damit auf einer falschen Definition von Tradition basiere. Sämtliche Phänomene, die vom Modernisierungsleitbild der westlichen kapitalistischen Industriegesellschaften abweichen, werden im Rahmen des Dualismusmodells unter den Sammelbegriff der Tradition gefasst und als Entwicklungshemmnis definiert, womit keine Differenzierung der höchst unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Entwicklungsgesellschaften vorgenommen wird.<sup>376</sup> Entwicklung und Unterentwicklung wird damit nicht unter Berücksichtigung der historischen, materiellen, sozioökonomischen und kulturellen Ausgangsbedingungen der jeweiligen Gesellschaften und somit nicht auf der Basis einer konkreten Zustands- und Situationsanalyse definiert, sondern durch den idealtypischen Vergleich mit einem idealisierten Endzustand der Modernität. Entwicklungsgesellschaften sind in dieser Sicht keine in struktureller und kultureller Hinsicht andere Art von Gesellschaften, sondern lediglich die „Embryos und Nachzügler“ der westlichen Industriegesellschaften.<sup>377</sup>

Neben der Tatsache, dass die in dependenztheoretischen Ansätzen im Vordergrund stehenden exogenen Faktoren, wie Kolonialismus, Imperialismus und die hierarchische Struktur des internationalen Systems, innerhalb der Modernisierungstheorien, die ihren Blick auf endogene Entwicklungshemmnisse richten, kaum Beachtung finden, beziehen sich KritikerInnen auch auf die fehlende Einsicht der ModernisierungstheoretikerInnen hinsichtlich der Unmöglichkeit, das Entwicklungsmodell der westlichen Industrieländer im globalen Maßstab zu verallgemeinern. Folgeprobleme von Modernisierungsprozessen, wie etwa die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch eine zunehmende Umweltzerstörung im Rahmen fortschreitender Industrialisierung sowie eine mit Kommerzialisierung und Wertewandel einhergehende Zerstörung gewachsener Sozialzusammenhänge in Entwicklungsgesellschaften, werden von ModernisierungstheoretikerInnen weitgehend ausgeblendet.<sup>378</sup> Bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre machte der Bericht des Club of Rome mit Verweis auf die weltweit beschränkten natürlichen Ressourcen auf die „Grenzen des Wachstums“ aufmerksam, womit

---

Expansion des Kapitalismus auf Weltebene ausgesetzt sind“ und zudem „das dualistische Schema (...) nicht nur die Komplexität peripherer Gesellschaftsstrukturen auf die falschen, auf der Erscheinungsebene gewonnenen Begriffe [bringt], sondern es (...) zudem ihre andersgeartete, viel weitergehende Heterogenität [verdeckt]. Sowohl der ‚traditionelle‘ als auch der ‚moderne‘ Sektor umfassen in der Regel mehrere Bereiche mit unterschiedlichen Formen der Organisation gesellschaftlicher Beziehungen“. (Zit. n. Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 44.)

<sup>376</sup> Vgl. Nohlen 1994, S. 480. Wie Goetze betont, werden im Rahmen dieser der Modernisierungstheorie zugrunde liegenden „eurozentrische[n] Vorstellungen (...), die als Vergleichsraster für die Verhältnisse in der übrigen Welt dienen“, Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen „als Differenzen des Grades bestimmt, obwohl sie eigentlich qualitative Differenzen sind“. (Goetze 2002, S. 43, 51.) Nohlen / Nuscheler bezeichnen den modernisierungstheoretischen Begriff der Tradition daher als „analytisch untaugliches Füllsel für alles, was nicht westlich-modern ist“. (Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 42.)

<sup>377</sup> Vgl. Nuscheler 2003, S. 7; Nohlen / Nuscheler 1993c, S. 35.

<sup>378</sup> Vgl. Hopfmann / Wolf 1998b, S. 21.

erstmalig aus einer ökologischen Sichtweise insbesondere die ökonomisch orientierten Modernisierungstheorien grundsätzlich in Frage gestellt wurden.<sup>379</sup> In den 1980er Jahren intensivier- te sich die Kritik an der modernisierungstheoretischen Verabsolutierung des westlichen Ent- wicklungsmodells. Die Einsicht, dass, falls sämtliche Entwicklungsländer, wie von Moderni- sierungstheoretikerInnen propagiert, dieselbe technologie-, energie- und kapitalintensive In- dustrialisierung wie die westlichen Industrieländer sowie eine vergleichbare Modernisierung ihres Lebensstils vollziehen würden, die ökologischen Grenzen sehr bald erreicht wären, führ- te zu einer veränderten Sichtweise auf den bis dahin von den Modernisierungstheorien ge- prägten Entwicklungs- und Fortschrittsbegriff. Es wurde deutlich, dass „Entwicklung“ im modernisierungstheoretischen Sinn eine Existenzgefährdung bedeuten kann, die Schaffung moderner Verhältnisse somit nicht gleichzusetzen ist mit Entwicklung und es daher einer Ent- koppelung des bis dahin weitgehend synonym verwendeten Begriffspaares „Entwicklung“ und „Modernisierung“ bedarf. Das westliche Entwicklungsmodell wurde als autodestruktiv und damit als nicht universalisierbar entlarvt, womit ein Grundpfeiler insbesondere der wachstumsorientierten Modernisierungstheorien zerstört wurde.<sup>380</sup>

### 2.3. Die Frage nach der Gültigkeit der Modernisierungstheorie für die Situation in Entwick- lungsländern des Südens

Nicht nur auf theoretischer Ebene herrscht eine klare Übereinstimmung hinsichtlich des Zieles einer industrialisierten und durchkapitalisierten Konsumgesellschaft, deren Verwirklichung sowohl in dependenz- als auch in modernisierungstheoretischem Denken, wenn auch auf sehr unterschiedlichen Wegen, angestrebt wird. Auch innerhalb der Entwicklungsgesellschaften selbst stellen westliche Lebensformen und Konsumchancen und damit ein Aufschließen an die Industriegesellschaften Westeuropas und Nordamerikas eine „konsensuelle Zielvorstel- lung“<sup>381</sup> dar. Doch ebenso wenig wie durch die dependenztheoretischen Lösungsvorschläge, die sich insbesondere auf die Abkoppelung vom Weltmarkt, eine autozentrierte Entwicklung sowie die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung konzentrierten, konnte die große Mehrzahl der Entwicklungsländer durch die von ModernisierungstheoretikerInnen vorgetra- genen Strategien dieser Zielvorstellung einer modernen Industriegesellschaft nach westlichem

---

<sup>379</sup> Vgl. Meadows 1972.

<sup>380</sup> Vgl. Tetzlaff 1995, S. 63; Goetze 2002, S. 33; Kößler 1994, S. 34; Boeckh 1993, S. 119; Sachs, Wolfgang: Einleitung, in: Ibid. 1993, S. 7-15, hier: S. 9; Ulrich, Otto: Technologie, in: Sachs 1993, S. 390-408, hier: S. 400.

<sup>381</sup> Kößler 1994, S. 113. Während ein solcher Konsens gemäß Kößler (1998, S. 58) aus einem „universalisier- te[n] Druck, der ein Ausweichen vor den Imperativen des Nachholens fast ausgeschlossen erscheinen lässt“, resultiert, ist in den Augen von Eßer die entscheidende Antriebskraft für das übereinstimmende Streben nach dem westlichen Modell der modernen Industriegesellschaft vielmehr in deren Attraktion und Sogwirkung zu suchen. Vgl. Eßer 1991, S. 43.



Vorbild in entscheidender Weise näher kommen. Die Prognostizierung des Erfolges einer aktiven Weltmarktintegration erwies sich im Rahmen der von DependenztheoretikerInnen analysierten asymmetrischen Handelsbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern für die meisten Entwicklungsländer als ebenso realitätsfern wie die Hoffnung auf einen mit Wachstumserfolgen einhergehenden *trickle down*-Effekt, der nicht nur zur Verbesserung sozialer Indikatoren, sondern auch zu Fortschritten hinsichtlich einer Demokratisierung der politischen Systeme führen sollte.<sup>382</sup>

Insbesondere am Beispiel Lateinamerikas wird deutlich, dass wirtschaftliche Modernisierungs- und Wachstumsprozesse nicht automatisch soziale Entwicklung in breiten Bevölkerungsschichten nach sich ziehen, sondern gar zu einer Ausweitung von Armut, Marginalisierung und sozialer Ungleichheit führen können, welche, wie sich in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder zeigt, kein vorübergehendes, durch Modernisierungsprozesse zurückzudrängendes Phänomen, sondern vielmehr einen fortdauernden Zustand darstellen.<sup>383</sup> Krumwiede spricht von einer „problematischen Modernisierung“ des Subkontinents, im Rahmen derer sich zwar im Zuge von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernisierung die Konkurrenzdemokratie und die Marktwirtschaft als die grundlegenden Institutionen moderner Gesellschaften durchgesetzt haben, was jedoch nicht zur Herausbildung einer durch Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat gekennzeichneten Wohlstandsgesellschaft geführt hat.<sup>384</sup> Modernisierungsprozesse wie Industrialisierung, Demokratisierung, Urbanisierung und Bildungsexpansion, die aus modernisierungstheoretischer Sicht die Voraussetzung für die Überwindung endogener Entwicklungshemmnisse darstellen, konnten in Lateinamerika ganz of-

---

<sup>382</sup> Huntington warnte schon in den 1960er Jahren davor, wirtschaftliche Wachstumsprozesse und erste Erfolge hinsichtlich der Staatenbildung in einigen Entwicklungsländern als erfolgreiche nachholende Entwicklung zu interpretieren. Anstatt eines linearen Voranschreitens in Richtung wirtschaftlichen Erfolges, staatlicher Effizienz und Selbstbestimmung sei vielmehr ein Stagnieren der unter modernisierungstheoretischen Wachstumsstrategien zu beobachtenden Entwicklungsprozesse zu erwarten. (Vgl. Huntington 1968. Vgl. auch Harmann 2003, S. 45.) Bereits in den 1970er Jahren wurde diese Skepsis durch ausbleibende Entwicklungserfolge bestätigt. Wo wirtschaftliche Wachstumsprozesse eingeleitet werden konnten, blieben diese auf nur wenige Sektoren beschränkt und kamen nur sehr kleinen, ohnehin privilegierten Teilen der Bevölkerung zugute.

<sup>383</sup> Wie Boeckh eindrücklich darstellt, deutet Vieles darauf hin, dass um 1900, als die meisten lateinamerikanischen Staaten über starke Exportsektoren sowie vergleichsweise moderne Infrastrukturen und staatliche Institutionen verfügten, große Teile der Bevölkerung wirtschaftlich deutlich schlechter gestellt waren als noch 100 Jahre zuvor. Beispielsweise waren in einigen ländlichen Regionen Kolumbiens die Realeinkommen zwischen 1848 und 1892 um etwa 50 Prozent gefallen. Von den unter Anleitung ökonomischer Wachstumstheorien erzielten Industrialisierungserfolgen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnten in der großen Mehrzahl der Länder die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten und insbesondere die ländlichen Regionen kaum profitieren, was zu einer extremen sozialen wie auch geographischen Polarisierung führte. Am Ende der 1990er Jahre, und damit nach mehr als einem halben Jahrhundert wirtschaftlicher Modernisierungsanstrengungen, arbeiteten je nach Land zwischen 30 und 60 Prozent der städtischen Bevölkerung im informellen Sektor und etwa 40 Prozent der LateinamerikanerInnen lebten unter der Armutsgrenze, wobei 20 Prozent als „extrem arm“ galten. Wie CEPAL berechnete, würde in Lateinamerika, der Region mit der ungerechtesten Einkommensverteilung weltweit, eine nur geringe Reduktion der Einkommenskonzentration zu einer beachtlichen Minderung der Armut führen. Vgl. Boeckh 1999, S. 83f.; Krumwiede 2003, S. 14ff.; Grabendorff 2003, S. 4.

<sup>384</sup> Vgl. Krumwiede 2003, S. 17.

fenbar nicht dazu beitragen, breite Bevölkerungsschichten an den Erträgen wirtschaftlichen Wachstums teilhaben zu lassen und damit soziale Ungleichheiten zu überwinden. Mit den von ModernisierungstheoretikerInnen vorgebrachten Lösungsvorschlägen konnte daher in Lateinamerika das Problem von Armut und sozialer Marginalisierung ebenso wenig gelindert oder gar behoben werden, wie es auf der Basis dependenztheoretischer Strategien möglich war.

Neben den modernisierungstheoretisch geprägten Handlungsanleitungen, die sich in den meisten Ländern als inadäquat für die Überwindung endogener Entwicklungshemmnisse erwiesen, können auch die von ModernisierungstheoretikerInnen vorgebrachten Grundannahmen und Erklärungsversuche hinsichtlich der Situation in Ländern der Dritten Welt nur sehr bedingt Gültigkeit beanspruchen. Eine genaue Betrachtung der strukturellen Rahmenbedingungen und der konkreten, sich seit der Implementierung modernisierungstheoretisch geprägter Entwicklungsstrategien vollziehenden Entwicklungsprozesse offenbart, dass in der Analyse und Prognose von Entwicklungsbedingungen und -wegen der modernisierungstheoretische Blick zu starr am Dualismusmodell verhaftet blieb und sich zu wenig den von diesem Modell ganz offensichtlich abweichenden Strukturen und Prozessen zuwandte.

Nicht zuletzt aufgrund des Scheiterns von Versuchen, durch den Anstoß von Modernisierungsprozessen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft die in modernisierungstheoretischer Sichtweise entwickelungshemmenden traditionellen Sektoren zu verdrängen oder zu absorbieren, entstanden zunehmend Zweifel an der Haltbarkeit des Dualismusmodells, welche von DependenztheoretikerInnen bereits in den 1960er Jahren im Rahmen ihres Gegenkonzeptes der strukturellen Heterogenität vorgetragen wurden. Im Zuge der in den 1990er Jahren in Umfang und Intensität deutlich wachsenden Kritik an den bis dahin vorherrschenden Entwicklungstheorien und -strategien identifizierte Escobar die hybride bzw. heterogene Moderne als Entwicklungsgesellschaften kennzeichnendes Phänomen. In die sich innerhalb der Entwicklungsländer vollziehenden Modernisierungsprozesse bringen die jeweiligen lokalen Gesellschaften, wie Escobar betont, ihre eigenen materiellen und kulturellen Ressourcen mit ein, was zur Entstehung einer hybriden bzw. heterogenen Moderne führt, die sich durch die Koexistenz von „premodern, modern, and even antimodern and amodern forms“ und damit „manifold and multiple modernities and traditions“<sup>385</sup> auszeichnet. Die modernisierungstheoretische Annahme, dass durch eine Diffusion des Modernen eine Verdrängung des Traditionalen und somit eine Überwindung endogener Entwicklungshemmnisse erreicht werden kann, wird im Konzept der heterogenen Moderne, innerhalb dessen keine klaren Trennlinien zwischen den beiden Kategorien Tradition und Moderne bestehen, verworfen. Escobar erklärt dazu:

---

<sup>385</sup> Escobar 1995, S. 218.

„Rather than being eliminated by development, many ‘traditional cultures’ survive through their transformative engagement with modernity.”<sup>386</sup>

Eine weitere von modernisierungstheoretischen Vorstellungen abweichende Auffassung von Modernisierungsprozessen und Moderne vertreten Kößler / Schiel, die Modernisierung nicht mit Fixierung auf das Modell der westlichen Industrieländer definieren, sondern als relativ, nie abgeschlossenen und alle Gesellschaften umfassenden, jedoch sich keinesfalls einheitlich vollziehenden Prozess. Modernisierung bedeutet in dieser Sichtweise nicht die Überwindung von Tradition und das Streben nach der Moderne als Endzustand, sondern stellt einen prinzipiell nicht zum Abschluss zu bringenden Umwälzungsprozess dar. So uneinheitlich sich die Moderne in Industrie-, Entwicklungs- und Transformationsländern auch zeigt<sup>387</sup>, vollzieht sich Modernisierung doch stets innerhalb bereits moderner Gesellschaftsstrukturen, da heute keine Gesellschaft mehr als traditional definiert werden kann.<sup>388</sup> Ähnlich wie bei Escobar umfasst auch in diesem Modell „die Moderne“ viele verschiedene, sich teilweise überlappende, widersprechende oder auch sich in hierarchischer Weise zueinander herausbildende „Modernitäten“.<sup>389</sup>

Gemäß Kößler / Schiel liegt entgegen modernisierungstheoretischen Annahmen das grundlegende Problem von Entwicklungsgesellschaften nicht in deren „traditionalen Überresten“, sondern vielmehr in der Tatsache, dass es sich um bereits moderne Gesellschaften handelt. Das in der großen Mehrzahl der Entwicklungsländer vorherrschende Phänomen der Korruption, beispielsweise, ist eine bereits modernisierte Form der persönlichen Beziehungen, von denen traditionale Gesellschaften geprägt waren. Die von ModernisierungstheoretikerInnen

---

<sup>386</sup> Ibid., S. 219.

<sup>387</sup> Kößler / Schiel begreifen die Moderne als „gegliederte Gesellschaftsformation“ und skizzieren dabei drei Varianten moderner Vergesellschaftung, die sich zwar hinsichtlich ihres Potentials zum Aufbau von Innovationskapazitäten, nicht jedoch hinsichtlich ihrer „Modernität“ unterscheiden, denn alle drei gelten im Rahmen dieses Konzeptes als modern. Dies sind zum einen die Gesellschaften des industriellen Kapitalismus, die die Existenzbedingungen aller anderen modernen Gesellschaften maßgeblich bestimmen und daher die dominante Ausprägung bilden. Zum zweiten sind es die Gesellschaften sowjetischen Typs, die sich in gesellschaftlicher Hinsicht als Konkurrenzmodell zu den industriekapitalistischen Gesellschaften verstehen, deren Innovationskapazitäten jedoch begrenzt sind. Die dritte Variante bilden die postkolonialen Gesellschaften, deren mangelndes Innovationspotential sich komplementär zum Innovationspotential der Gesellschaften des ersten Typs verhält. Vgl. Kößler / Schiel 1996, S. 31ff.; Kößler 1994, S. 79. Vgl. auch Goetze 2002, S. 51f.

<sup>388</sup> Wie Kößler / Schiel betonen, waren spätestens gegen Ende des 19. Jahrhunderts fast alle Gesellschaften durch ihren Bezug auf die Moderne gekennzeichnet, die beispielsweise durch Warenströme, militärische Interventionen und administrative Maßnahmen kolonialer Staaten vermittelt wurde. Daher existieren weltweit keine als „vormodern“ oder „vorkapitalistisch“ zu definierenden traditionellen Gesellschaften mehr. Auch wenn postkoloniale Staaten nicht dem klassischen Staat der Moderne entsprechen, da in aller Regel noch keine klare Trennung zwischen politischer und ökonomischer Sphäre stattgefunden hat, sind sie, da sie die Kolonialphase durchlaufen haben und sich in der Moderne der Gegenwart bewähren müssen, „um kein Deut (...) weniger ‚modern‘ als die Verhältnisse der industriekapitalistisch entwickelten Gesellschaften, die zumindest äußerlich unmittelbar den Anforderungen formaler Rationalität zu entsprechen scheinen“. (Kößler 1994, S. 96.) Vgl. auch Ibid., S. 34, 78f.; Kößler / Schiel 1990, S. 104f.; Ibid. 1996, S. 19, 24ff.

<sup>389</sup> Vgl. dazu auch Goetze 1997, S. 436.

geforderte Überführung klientelistischer in unpersönliche Beziehungen stellt daher nicht die Modernisierung traditionaler Verhältnisse dar, sondern muss als Modernisierung bereits modernisierter Verhältnisse verstanden werden.<sup>390</sup> Ebenso wie Escobar verwerfen damit auch Kößler / Schiel die Annahme eines Dualismus zwischen den beiden, in modernisierungstheoretischer Sichtweise klar zu trennenden Kategorien Tradition und Moderne.

Die in Ländern der Dritten Welt zu beobachtenden Entwicklungsprozesse und strukturellen Rahmenbedingungen sprechen in vielerlei Hinsicht für einen solch kritischen und den klassischen Modernisierungstheorien widersprechenden Blick auf Moderne und Modernisierung. In Lateinamerika, beispielsweise, wo die meisten Kolonien bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangten, wurden in den neu gegründeten Staaten Verfassungen ausgearbeitet, die sich sehr eng an europäischen Vorbildern orientierten und damit in weiten Teilen nicht den lokalen Verhältnissen entsprachen. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden die liberalen Verfassungen in aller Regel zu einer bloßen Fassade für die autoritären Regime und auch nach den politischen Transitionsprozessen wurden in den als Präsidialsysteme konzipierten lateinamerikanischen Demokratien oft Verfassungen entworfen, die sich stark am Vorbild der US-amerikanischen Verfassung orientierten, aufgrund der sehr andersgearteten lokalen Strukturen und Rahmenbedingungen jedoch kaum eine starke Gewaltenteilung, tragfähige föderative Elemente und ein Gleichgewicht zwischen Präsident, Legislative und Judikative garantieren konnten.<sup>391</sup>

Die Länder Lateinamerikas entwickelten ihre politischen Strukturen daher kaum aus eigenen gesellschaftlichen Konfliktlinien und Problemlagen heraus, sondern in erster Linie durch die Transplantierung westlicher politischer Organisationsformen und Ideologien, was aus modernisierungstheoretischer Sicht eine äußerst günstige Voraussetzung für das Einschlagen eines linearen Entwicklungsweges von der Tradition zur Moderne darstellt. Die so aus Westeuropa und Nordamerika übernommenen Elemente bildeten jedoch ganz offensichtlich nicht, wie im modernisierungstheoretischen Dualismusmodell angenommen, einen eigenständigen, von lokalen Strukturen unberührten Pol der Moderne, der seine Leistungsfähigkeit entfalten und durch seine Ausweitung den Gegenpol der Tradition sukzessive hätte zurückdrängen können. Stattdessen konfligierten die aus westlichen Ländern übernommenen „modernen“ Strukturen und Konzepte ganz offenbar mit den vorherrschenden traditionellen Institutionen und soziokulturellen Elementen und entwickelten sich infolgedessen stark abweichend von den westlichen Vorbildern. Die Tatsache, dass sich Problemlagen wie Korruption, schwache Gewaltenteilung, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, aber auch soziale Ungleichheit und Verar-

---

<sup>390</sup> Vgl. Kößler 1994, S. 11; Kößler / Schiel 1996, S. 6.

<sup>391</sup> Vgl. Hein 1998, S. 103f., 314f.; Bundeszentrale für politische Bildung 1994, S. 49; Ibid. 2000, S. 16.

mung in lateinamerikanischen Ländern nicht als transitorische, sondern als sehr beständige Phänomene erwiesen haben, macht deutlich, dass die traditionellen nicht durch die Implantierung moderner Elemente verdrängt oder absorbiert werden konnten, wie es das Dualismusmodell vorsieht.<sup>392</sup>

Neben den modernisierungstheoretisch geprägten Handlungsanleitungen für Entwicklungsländer erweisen sich damit auch die von klassischen ModernisierungstheoretikerInnen vorgebrachten und auf den Dualismus zwischen Tradition und Moderne fokussierten Grundannahmen und Erklärungen hinsichtlich der Entwicklungshemmnisse in Ländern der Dritten Welt als wenig haltbar. Stattdessen kann die von Kößler / Schiel und Escobar vertretene kritische Sicht auf Moderne und Modernisierung die sich tatsächlich vollziehenden Entwicklungsprozesse deutlich adäquater beschreiben und analysieren und somit für die Erklärung der Strukturen und Rahmenbedingungen, die in Lateinamerika im Konflikt mit den aus dem Westen transplantierten modernen Elementen entstanden und sich in stetiger Konfrontation mit ebendiesen Elementen fortlaufend weiterentwickeln, in deutlich höherem Maße Gültigkeit beanspruchen als das Dualismuskonzept der klassischen ModernisierungstheoretikerInnen.

#### 2.4. Die geringe Anwendbarkeit modernisierungstheoretischer Ansätze auf die Entwicklung der Länder Mittel- und Osteuropas

Auch für die sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas vollziehenden Entwicklungen hat die klassische Modernisierungstheorie mit ihrer Annahme eines linearen nachholenden Entwicklungsweges von der Tradition zur Moderne nur eingeschränkte Erklärungskraft. Während sich der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in weiten Teilen noch mit modernisierungstheoretischen Ansätzen analysieren und erklären lässt, können die Entwicklungen in den postsozialistischen Transformationsländern seit Ende des Kalten Krieges von den Modernisierungstheorien kaum mehr erfasst werden.

Zu Zeiten des Sozialismus wiesen die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften in zentralen Aspekten klare Abweichungen von dem in westlichen industriekapitalistischen Gesellschaften vorherrschenden Modell der Moderne auf, welche in modernisierungstheoretischer Sichtweise die entscheidende Ursache für den Zusammenbruch des sozialistischen Gesellschaftssystems darstellten. Die staatlich zentralisierte Verfügung über die wichtigsten Produktionsmittel sowie die Koordination der Produktion durch zentrale Planung, im Rahmen derer

---

<sup>392</sup> Den hier insbesondere für den politischen und sozialen Bereich dargestellten Konflikt zwischen traditionellen und vom Westen transplantierten modernen Elementen analysiert Hein auch hinsichtlich der Kultur, die in Entwicklungsgesellschaften zunehmend durch Elemente externer, westlicher Kulturen geprägt wird. Dies kann, da sich die Interpretationsmuster der externen Kultur nur schwer mit denen der lokalen Kultur in Verbindung bringen lassen, zu soziokulturellen Identitätskrisen führen. Vgl. Hein 1998, S. 112ff.

der Staat als primäre Verteilungsinstanz fungierte, blockierten Prozesse wie beispielsweise Dezentralisierung, die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen und die Entstehung eines innovationsfreudigen Unternehmertums, welche grundlegende Voraussetzungen für eine wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich dynamische Entwicklung und den Aufbau eigener Innovationskapazitäten darstellen.<sup>393</sup>

Die Konsequenz dieser mangelnden Dynamik und Innovationsfähigkeit war nicht nur eine wirtschaftliche Stagnation, die die sozialistischen Gesellschaften, da sie das weltweit normsetzende Modell der Massenkongressgesellschaft nicht umzusetzen fähig waren, auf einer den westlichen Industriegesellschaften untergeordneten Position festhielt.<sup>394</sup> Aus modernisierungstheoretischer Sichtweise noch bedeutender war die Tatsache, dass der im Gegensatz zur technischen und wissenschaftlichen Modernisierung verhinderte politische, gesellschaftliche und kulturelle Modernisierungsprozess zu einer Blockade gesellschaftlicher Ausdifferenzierung führte.<sup>395</sup> Die mangelnde, von Parsons jedoch als grundlegendes Merkmal moderner Gesellschaften identifizierte funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme wurde in den Ländern Mittel- und Osteuropas nicht nur in der engen Verflechtung der politischen mit der ökonomischen Sphäre, sondern auch in der politischen Hegemonie über Bereiche wie Rechtssprechung, Bildung und Wissenschaft deutlich.<sup>396</sup>

Während sich ein Teil der ModernisierungstheoretikerInnen in der Erklärung des Zusammenbruchs der sozialistischen Systeme ganz im Sinne von Parsons primär auf deren innere Widersprüche konzentrierte, die darin bestanden, dass sich die gesellschaftlichen Teilsysteme nicht autonom entfalten und ihrer eigenen funktionalen Logik folgen konnten<sup>397</sup>, berücksichtigten andere modernisierungstheoretische Erklärungsansätze auch den Einfluss äußerer Faktoren, die im Zusammenwirken mit systemimmanenten Widersprüchen zum Scheitern des

---

<sup>393</sup> Vgl. zu dieser Problematik die Ausführungen in Zapf 1995, S. 177; Köbler / Schiel 1990, S. 106; Ibid. 1996, S. 35; Hein 1998, S. 271; von Beyme 1994, S. 49.

<sup>394</sup> Vgl. dazu Köbler / Schiel 1996, S. 34.

<sup>395</sup> Vgl. dazu Offe 1994, S. 288.

<sup>396</sup> Zwar existierte in den sozialistischen Staaten durchaus ein ausdifferenziertes Institutionensystem. Dessen Differenzierung blieb jedoch unwirksam, da die Institutionen aufgrund von Parteimonopol, Planungsorganisation und Staatssicherheitskontrolle jeder selbständigen Initiative beraubt und damit übersteuert waren. Vgl. dazu beispielsweise von Beyme 1994, S. 231.

<sup>397</sup> Parsons, der bereits Ende der 1960er Jahre den Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme prognostizierte, bezog sich in seiner Vorhersage auf die innere Verfasstheit der aufgrund der Herrschaft einer Monolpartei zwangsintegrierten sowjetischen Gesellschaften, deren langfristiges Scheitern seiner Überzeugung nach systemisch begründet werden konnte. Neben der funktionalen Differenzierung beruht die Stabilität eines politischen Systems gemäß Parsons auch auf der ausreichenden Legitimationszufuhr aus der Gesellschaft. Beides war in den realsozialistischen Systemen der Ostblockstaaten nicht gewährleistet, da die kommunistischen Herrschaftseliten nicht nur die funktionale Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme verhinderten, sondern auch die Anerkennung von Werten und Ideologien per Zwang verordneten. Die Unterordnung von Teilsystemen wie Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft unter das Diktat der Politik konnte laut Parsons zwar für eine bestimmte Zeit die Herrschaftskontrolle der sozialistischen Regime erleichtern, musste auf längere Sicht jedoch zu einem Zusammenbruch der Regime führen. Vgl. Parsons 1969a; Ibid. 1969b. Vgl. dazu auch Merkel 1996b, S. 305ff.; Ibid. 1999, S. 80; Hopfmann / Wolf 1998b, S. 18.

sowjetischen Gesellschaftsmodells führten. Demnach wurde der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme in dem Moment unumgänglich, als wirtschaftliche Krisenerscheinungen eine zunehmende Öffnung zum Weltmarkt erzwangen und gleichzeitig durch die technologischen Möglichkeiten globaler Kommunikation die Bevölkerung in den Ostblockstaaten mit der Attraktivität westlicher kapitalistischer Konsumformen konfrontiert wurde, im Zuge dessen sie wachsende Zweifel an der Überlegenheit des eigenen Systems entwickelte. Die Ausstrahlungskraft westlichen Lebensstils und westlicher Wirtschaftserfolge führte somit in Kombination mit inneren Funktionsdefiziten zur Unterminierung sozialistischer Legitimation und infolge dessen zum raschen Niedergang der sozialistisch verfassten Systeme.<sup>398</sup> Mit ihrer Überzeugung, dass sich längerfristig keine Gesellschaft dem Sog der Moderne entziehen und somit die funktionale Ausdifferenzierung ihrer Teilsysteme blockieren kann, sondern dass alle Gesellschaften irgendwann zwangsläufig von Prozessen nachholender Modernisierung nach dem Vorbild der westlichen Industriegesellschaften erfasst werden, war die Modernisierungstheorie die einzige Denkrichtung, die den Zusammenbruch der sozialistischen Regime in den Ostblockstaaten prognostizieren und seine Ursachen scheinbar schlüssig erklären konnte.

Für den Verlauf der Transformation der postsozialistischen Staaten nach Ende des Kalten Krieges zeigten modernisierungstheoretische Ansätze jedoch deutlich weniger Erklärungskraft. Zwar herrschte in den Ländern Mittel- und Osteuropas anders als in Entwicklungsländern des Südens nicht nur bei Eliten, sondern auch bei der großen Mehrheit der eigenen Bevölkerung ein breiter Konsens, dass es im Rahmen der postsozialistischen Transformation nicht um die Schaffung eines neuartigen Gesellschaftsmodells gehen sollte, sondern um die Angleichung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse an die des Westens und damit um eine nachholende Entwicklung im Sinne der klassischen Modernisierungstheorien.<sup>399</sup> In dieser Zielvorstellung wird jedoch außer Acht gelassen, dass die neuen Transformationsländer, obwohl ihr gesamtes wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System von Grund auf zu reformieren und in weiten Teilen neu aufzubauen war, weder eine tabula rasa darstellten, auf Basis derer eine nachholende Entwicklung in Form der Übertragung westlicher Institutionen und Wertvorstellungen vollzogen werden konnte, noch von ausschließlich prämodernen oder amodernen Elementen gekennzeichnet waren, die durch eine Transplantation und forcierte Diffusion moderner Elemente aus den westlichen Industrieländern sukzessive verdrängt werden konnten.

---

<sup>398</sup> Vgl. Hein 1998, S. 272f.; Hopfmann / Wolf 1998b, S. 24.

<sup>399</sup> Vgl. Offe 1996, S. 107, 135; Hopfmann / Wolf 1998b, S. 24; Franzke 2000, S. 7; Musto 2001, S. 104. Wie Kollmorgen und Stojanov betonen, ging es dabei insbesondere um die Übernahme einer modernen westlichen Institutionenordnung. (Vgl. Kollmorgen 2003, S. 20f.; Stojanov 2003, S. 65ff.) Hopfmann spricht in diesem Zusammenhang von der weit verbreiteten Hoffnung auf „imitative Transformation“. Vgl. Hopfmann 1998, S. 74.

Hinsichtlich zahlreicher Aspekte wie beispielsweise Bildung, Säkularisierung, Industrialisierung sowie der Schaffung moderner Organisationsformen erbrachte der Sozialismus Modernisierungsleistungen, die mit denen der westlichen Industrieländer durchaus vergleichbar waren oder diese gar übertrafen.<sup>400</sup> Wie Kößler / Schiel betonen, können die Gesellschaften sowjetischen Typs daher ebenso wenig wie die postkolonialen Staaten im Sinne der Modernisierungstheorie als traditionale Gesellschaften aufgefasst werden, die durch die Übernahme moderner Elemente den Weg einer nachvollziehenden Modernisierung einschlagen können. Stattdessen stellten die Systeme der sozialistischen Ostblockstaaten eine konkurrierende Ausformung der Moderne dar, die auf der Grundlage gänzlich anderer gesellschaftlicher Basisstrukturen hinsichtlich Produktion, technologischer Entwicklung und auch angestrebter Lebensweise doch Ziele verfolgte, die mit denen des dominierenden Modells des westlichen Industriekapitalismus eine weitgehende Deckungsgleichheit aufwiesen. Nach Kößler / Schiel kann daher das „bolschewistische Experiment“ der Reihe der Modernisierungsstrategien zugeordnet werden, im Rahmen derer traditionale Strukturen als rückständig aufgefasst und als zu überwindende Hindernisse definiert wurden.<sup>401</sup>

Auch wenn der sich unter sozialistischer Herrschaft vollzogene Modernisierungsprozess in der Forschung häufig als „partielle“ oder „selektive Modernisierung“ dargestellt und somit hinsichtlich seiner Qualität stark relativiert wird<sup>402</sup>, kann doch nicht bestritten werden, dass es sich in den postsozialistischen ebenso wie in den postkolonialen Gesellschaften um die Modernisierung bereits moderner Gesellschaften handelt, in denen die modernisierungstheoretische Vorstellung von einer linearen Entwicklung vom Pol der Tradition zum Gegenpol der Moderne nicht verwirklicht werden kann. Ebenso wenig haltbar ist die nach Zusammenbruch der sozialistischen Regime bei politischen Akteuren wie auch in den Sozialwissenschaften

---

<sup>400</sup> Beispielsweise war die Säkularisierung in den sozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas deutlich brutaler und nachhaltiger durchgesetzt worden als dies in Westeuropa und Nordamerika der Fall war. (Vgl. von Beyme 1994, S. 48f.) Auch die Weltbank stellte in ihrem Weltentwicklungsbericht 1996 die Modernisierungsleistungen der sowjetsozialistischen Systeme heraus: „The achievements of the planned systems were considerable. They included increased output, industrialization, the provision of basic education, health care, housing, and jobs to the entire population (...). Incomes were relatively equally distributed, and an extensive, if inefficient, welfare state ensured everyone access to basic goods and services.“ (World Bank: From Plan to Market, World Development Report, Oxford 1996, S. 1, zit. n. Müller 2002, S. 29.) Zu den Modernisierungsleistungen des Sozialismus siehe auch die Ausführungen von Senghaas zur sozialistischen Entwicklungspolitik, in denen er den Auf- und Ausbau des Erziehungssystems, des Gesundheitsschutzes, des sozialen Sicherungssystems, der Infrastruktur sowie die Homogenisierung des Binnenmarktes und die Ausdifferenzierung von Agro-Industriestrukturen als bedeutende Modernisierungsqualitäten der sozialistischen Systeme benennt. Vgl. Senghaas 1982, S. 294f.

<sup>401</sup> Vgl. Kößler 1994, S. 106f.; Kößler / Schiel 1996, S. 28f., 34.

<sup>402</sup> Hausner / Marody, beispielsweise, sprechen von einer „selective modernization“, welche sich unter kommunistischer Herrschaft vollzog. Sämtliche Modernisierungsprozesse wurden ideologischen Zielen untergeordnet, Industrialisierungsbemühungen konzentrierten sich vor allem auf die Schwerindustrie, Bildung wurde primär als Berufsbildung aufgefasst und die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt änderte nichts an ihrer untergeordneten Position innerhalb der Familie. Vgl. Hausner / Marody 1997, S. 151f.



weit verbreitete Annahme, dass die postsozialistischen Transformationsländer, da sie sich bereits auf halbem Weg hin zur Moderne nach westlichem Vorbild befanden, „,nur‘ noch vor der Aufgabe [standen], jetzt das (basis-)institutionell einzulösen, was der Realsozialismus (...) strukturell und kulturell bereits weitgehend geschaffen hatte“<sup>403</sup>. Wie die in den Jahren nach dem Kollaps der sozialistischen Systeme zu beobachtenden Entwicklungen zeigten, boten die postsozialistischen Transformationsländer, trotz oder gerade wegen des im Vergleich zu Ländern der Dritten Welt bereits hohen Modernitätsniveaus, weder institutionell noch ideologisch die Voraussetzungen für eine lineare nachholende Modernisierung nach dem Muster der kapitalistischen Gesellschaften des Westens.<sup>404</sup>

Doch nicht nur die nationalen Ausgangsbedingungen, sondern auch äußere Faktoren wie die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellten ein Hindernis für einen Nachvollzug des Entwicklungsweges der westlichen Industriegesellschaften dar. Die wirtschaftliche Transformation vollzog sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas nach 1989 unter Bedingungen, die sich um Jahrhunderte von der Ausgangssituation unterschieden, mit der die Staaten Westeuropas und Nordamerikas beim Aufbau ihrer Marktwirtschaften konfrontiert waren. In den postsozialistischen Transformationsländern fand zum ersten Mal ein grundlegender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Modernisierungsprozess im Rahmen einer offenen Weltmarktkonkurrenz statt. Die Möglichkeit eines vorbildgetreuen Nachvollzugs der ökonomischen Entwicklung und dabei insbesondere der Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen, wie sie in den heutigen westlichen industriekapitalistischen Ländern stattfand und wie sie von ModernisierungstheoretikerInnen auch für Mittel- und Osteuropa propagiert wurde, musste daher ausgeschlossen werden.<sup>405</sup>

Diese nationalen und internationalen Rahmenbedingungen sowie die Tatsache, dass sich die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse in den postsozialistischen Staaten nicht wie in den westlichen Industrieländern graduell und in einzelnen Phasen vollziehen können, sondern simultan und mit hoher Geschwindigkeit bewältigt werden müssen<sup>406</sup>, zeigten schon in den Anfangsjahren der Transformation sehr deutlich, dass in

---

<sup>403</sup> Kollmorgen 2004, S. 27.

<sup>404</sup> Siehe dazu die Ausführungen in Kap. IV.2.3.

<sup>405</sup> Vgl. Hopfmann 1998, S. 67f.

<sup>406</sup> Das Phänomen, dass in den postsozialistischen Transformationsländern verschiedene Entwicklungsphasen, die sich in den westlichen Industrieländern sukzessive und mit teilweise großen zeitlichen Abständen vollzogen, zusammenfallen und damit simultan bewältigt werden müssen, macht Nikolic an verschiedenen Punkten sehr deutlich. Während beispielsweise die Herausbildung des westeuropäischen Staatstypus historisch in drei Phasen stattfand, die Nikolic als „Identitätsfindung“, „Verfassungsgebung“ und „Demokratisierung“ bezeichnet, mussten diese Prozesse in Mittel- und Osteuropa simultan verlaufen. Auch die Formierung des ökonomischen und politischen Systems hat sich in den Staaten Westeuropas in verschiedenen Entwicklungsphasen vollzogen, wobei zunächst ökonomische Grundstrukturen entwickelt wurden, denen die Herausbildung eines politischen Systems kapitalistischer Gesellschaften folgte. Auch diese beiden Prozesse müssen in den mittel- und osteuropäischen

Mittel- und Osteuropa „die Bedingungen für eine weitgehend erfolgreiche Kopie des westlichen Modells [nicht] gegeben sind“<sup>407</sup> und daher eine Nachahmung des westlichen Modernisierungsprozesses weder durchführbar noch zielführend sein kann.<sup>408</sup> Die im Rahmen der postsozialistischen Transformation zu beobachtenden Entwicklungen auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene, die in weiten Teilen stark von dem durch ModernisierungstheoretikerInnen propagierten linearen nachholenden Entwicklungspfad hin zu einer Moderne nach westlichem Vorbild abwichen, ließen gegen Mitte der 1990er Jahre auch VertreterInnen modernisierungstheoretischer Ansätze zu der Einsicht kommen, dass es in den Ländern Mittel- und Osteuropas ganz offenbar nicht den einen zielgerichteten und nachahmenden Weg hin zu dem einen klar definierten Ziel der Moderne gibt, sondern verschiedene Transformationswege, die sowohl von Elementen der alten sozialistischen wie auch der neu entstehenden Ordnung geprägt sind.<sup>409</sup>

Anstatt des von ModernisierungstheoretikerInnen erwarteten, sich kontinuierlich und unilinear von einem Stadium zum anderen vollziehenden Entwicklungsprozesses, traten nun die Ausdifferenzierung der Transformationspfade in verschiedenen Ländern<sup>410</sup>, die Entwicklung von Hybridformen in Politik und Wirtschaft<sup>411</sup> und sogar „Breakdowns of Modernization“<sup>412</sup>

---

Transformationsländern gleichzeitig bewältigt werden. Und während sich schließlich die wirtschaftliche Struktur westeuropäischer Gesellschaften über Jahrhunderte hinweg evolutionär entwickeln konnte, vollzog sich der Aufbau ökonomischer Strukturen in den postsozialistischen Staaten nach 1989 auf der Basis staatlich implementierter Maßnahmen. Vgl. Nikolic 1998, S. 140f.

<sup>407</sup> Klein, Dieter: Verfehlte Chancen in einer Sternstunde, in: Michael Brie / Dieter Klein (Hg.): Der Engel der Geschichte, Berlin 1993, S. 67-112, hier: S. 76, zit. n. Hopfmann / Wolf 1998b, S. 31.

<sup>408</sup> Vgl. Glaeßner 1994, S. 268; Hopfmann / Wolf 1998b, S. 32; Offe 1994; Nikolic 1998, S. 172.

<sup>409</sup> Beispielsweise räumte Zapf ein, dass der Zusammenbruch der sozialistischen Regime kein institutionelles und ideologisches Vakuum hinterließ, sondern vielmehr Strukturen, die durchaus zur Lösung gesellschaftlicher Versorgungs-, Integrations- und Steuerungsprobleme führen könnten, sich von westlichen Vorstellungen aber deutlich unterscheiden. Es ist die „Mischung aus Altem und Neuem“, die nach Zapf die postsozialistische Transformation prägt und aus der „Ergebnisse erwachsen, die von denen der westlichen Modernisierung durchaus verschieden sind“ (Zapf 1995, S. 177). Vgl. auch Ibid., S. 172.

<sup>410</sup> Insbesondere für die Zeit ab Mitte der 1990er Jahre konnte eine dramatische Ausdifferenzierung der Transformationspfade beobachtet werden, die dazu führte, dass Mittel- und Osteuropa trotz in weiten Teilen vergleichbarer Ausgangsbedingungen und sehr ähnlicher Reformziele der einzelnen Länder sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht inzwischen die am stärksten ausdifferenzierte Region der Welt ist. Während in ökonomischer Hinsicht das Spektrum von konsolidierten Marktwirtschaften bis hin zu einer der früheren Kommandowirtschaft nach wie vor sehr ähnlichen Wirtschaftsform reicht, existieren in politischer Hinsicht liberale Demokratien neben autoritären Regimen sowie verschiedene hybride Systeme, die häufig als „defekte“ oder „semiliberale Demokratien“ bezeichnet werden. Auch bezüglich sozialer Indikatoren wie Armut und Einkommensverteilung sind große Entwicklungsgefälle innerhalb der Region Mittel- und Osteuropa auszumachen. Vgl. Bönker / Beichelt / Wielgohs 2004, S. 6; Kollmorgen 2004, S. 30; Kopecky / Mudde 2000; Segert 1997, S. 89.

<sup>411</sup> Wie von Beyme erklärt, entwickelten sich in allen ehemals sozialistischen Systemen außer in Ostdeutschland Hybridformen. (Vgl. von Beyme 1994, S. 201.) Auf politischer Ebene entstanden in den einzelnen Ländern Mischtypen zwischen den alten autoritären oder totalitären Systemen und der neu zu etablierenden Demokratie, die widersprüchliche Systemelemente enthalten und in vielen Fällen nur wenig Parallelen mit einer Demokratie nach westlichem Muster aufweisen. (Vgl. Ibid., S. 357.) Noch deutlicher als in der Politik traten Hybridformen jedoch im ökonomischen Bereich zutage, wo sich marktwirtschaftliche Strukturen herausbildeten, die weder modern im westlichen Sinne sind noch eine Kopie lateinamerikanischer oder afrikanischer Strukturen darstellen. Stattdessen konnte in den mittel- und osteuropäischen Ländern die Entwicklung einer spezifischen Variante des

zutage, was beispielsweise Kollmorgen dazu veranlasste, die postsozialistischen Transformationsländer nicht mehr auf dem Pfad in Richtung Moderne nach westlichem Vorbild zu verorten, sondern vielmehr auf einem Entwicklungsweg, der zu Verhältnissen führt, wie sie Entwicklungsländern des Südens entsprechen.<sup>413</sup> Entgegen der modernisierungstheoretischen Vorstellung, für die „die Gerichtetheit des Prozesses bei als bekannt vorausgesetzte[m] Ziel, seine relative Kurzfristigkeit, die alle Bereiche umfassende Ganzheitlichkeit des Umbaus und seine politische Steuerbarkeit“<sup>414</sup> kennzeichnend ist, handelt es sich bei der mittel- und osteuropäischen Transformation ganz offenbar nicht um einen Umbruch, im Rahmen dessen sich ehemals planwirtschaftlich organisierte Gesellschaften mittels monetärer und institutioneller Transfers aus dem Westen in kurzer Zeit „modernisieren“ lassen. Insbesondere ökonomisch geprägte modernisierungstheoretische Ansätze gingen nach 1989 von einer tabula rasa-Situation in den ehemaligen Ostblockstaaten aus, auf Basis derer nicht nur Institutionen, sondern auch Ideologien und Wertvorstellungen aus dem Westen transplantiert werden und zu schnellen Transformations- und Entwicklungserfolgen führen könnten.<sup>415</sup> Die tatsächlich zu beobachtenden Entwicklungen sprechen jedoch dafür, dass es sich bei der postsozialistischen Transformation vielmehr um einen Prozess handelt, der sich nicht linear, uniform und streng zielgerichtet vollzieht, sondern sehr unterschiedliche und vom Vorbild der westlichen Industrieländer abweichende Entwicklungswege einschlägt.

---

Kapitalismus identifiziert werden, die durch die „Fortexistenz überkommener Wirtschaftsstrukturen und deren Verflechtung mit sich neu herausbildenden marktwirtschaftlichen Verhältnissen“ und somit durch „informelle“ bzw. „hybride gesellschaftliche Strukturen und Regulationsweisen“ (Hopfmann 1998, S. 78, 102) gekennzeichnet ist. Dieser spezifische ostmitteleuropäische Typ des Kapitalismus und der Marktwirtschaft weist in unterschiedlichen Ländern nach wie vor sehr unterschiedliche Ausprägungen und Reinheitsgrade auf und unterscheidet sich in weiten Teilen fundamental vom westlichen Typ des Kapitalismus. Vgl. dazu Schrader 2005, S. 85f.; Hopfmann 1998, S. 77. Zu den spezifischen Merkmalen der ostmitteleuropäischen Ausformung von Kapitalismus und Marktwirtschaft vgl. z.B. Hopfmann 1998, S. 101f.; Schrader 2003, S. 85f.

<sup>412</sup> Vgl. Eisenstadt 1964. Wie Zapf betont, wird der von Eisenstadt geprägte Ausdruck „Breakdowns of Modernization“ zwar in einigen Abhandlungen der Modernisierungstheorie beschrieben und wurde anhand der Entwicklungen insbesondere in Südamerika immer wieder eindrücklich belegt. Hinsichtlich der postsozialistischen Transformationsländer hielten ModernisierungstheoretikerInnen derartige Zusammenbrüche und Regressionen des Modernisierungsprozesses, wie sie in „Breakdowns of Modernization“ zum Ausdruck kommen, jedoch kaum für möglich. Gerade bezüglich Mittel- und Osteuropa habe die Modernisierungstheorie die „Wahrscheinlichkeit von Regression, von Modernisierungsblockaden, von widersprüchlichen und konterproduktiven Prozessen unterschätzt. Dies war eigentlich ein unverzeihlicher Fehler.“ (Zapf, Wolfgang: Zur Theorie der Transformation, in: BISS public, Heft 13, 1994, S. 5-9, hier: S. 6, zit. n. Hopfmann / Wolf 1998b, S. 20.) Vgl. auch Zapf 1996, S. 64; Ibid. 1997, S. 41. Zu konkreten Phänomenen derartiger Entwicklungsregressionen in den postsozialistischen Transformationsländern vgl. Hopfmann / Wolf 1998b, S. 19.

<sup>413</sup> Kollmorgen erklärt dazu: „Es scheint fast, als mutierten die Transformationsgesellschaften mit der Zeit immer stärker zu ‚Entwicklungsgesellschaften‘, wie sie aus anderen Epochen bzw. Weltregionen bekannt sind.“ (Kollmorgen 2004, S. 31.) Vgl. dazu auch Rottenburg 2002, S. 265.

<sup>414</sup> Hanf / Kreckel 1996, S. 39f.

<sup>415</sup> Zur Kritik an der modernisierungstheoretischen Annahme, dass ein institutioneller wie auch ideologie- und wertebezogener „Modell-Transfer“ aus westlichen Industrieländern in Mittel- und Osteuropa zu raschen Erfolgen führen kann, vgl. beispielsweise Hopfmann / Wolf 1998b, S. 19; Stojanov 2003, S. 68f.; Kollmorgen / Schrader 2003, S. 13; Schrader 2003, S. 81; Mense-Petermann 2002, S. 228f.

Ein bedeutender Grund dafür, weshalb sich Transformationsprozesse in den verschiedenen postsozialistischen Ländern ganz offenbar nur bedingt politisch steuern und kaum durch die Übertragung westlicher und damit „moderner“ Institutionen, Werte und Lösungsmuster fördern und in die gewünschte Richtung dirigieren lassen, ist die Tatsache, dass sich diese Prozesse pfadabhängig vollziehen und damit in hohem Maße von in der Vergangenheit liegenden Faktoren wie etwa der Dauer und der Art des autoritären oder totalitären Regimes, vorsezialistischer demokratischer Traditionen, dem Ausmaß privater Wirtschaftstätigkeit innerhalb des sozialistischen Systems sowie der spezifischen Art des Umbruchs beeinflusst werden.<sup>416</sup> Einen ebenso großen Einfluss wie derartige historische Faktoren haben zweifellos die beteiligten Akteure, die Transformationspfade durch bewusste Entscheidungen schaffen und gestalten können. Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa bewegen sich daher zwischen Pfadabhängigkeit und Akteurshandeln<sup>417</sup> und können somit, wie Kollmorgen feststellt, nicht als Modernisierungen nach westlichem Muster begriffen werden, sondern reflektieren „in Inhalt und Form die jeweils gesellschaftsspezifischen Ressourcen und Entwicklungschancen, die sich zu genuinen Entwicklungswegen (...) verdichten“<sup>418</sup>.

Nachdem es in den postsozialistischen Transformationsländern entgegen des modernisierungstheoretischen Konzeptes einer linearen Entwicklung vom Pol der Tradition zum Gegenpol der Moderne nicht zu einer stetigen, zielgerichteten und den Modernisierungsprozess westlicher Industrieländer nachvollziehenden Entwicklung kam, sondern vielmehr zu Entwicklungsblockaden und -regressionen, die sich unter anderem in tiefen ökonomischen Krisen und im Zerfall von Staaten auf deutlichste Weise zeigten, wurde die Modernisierungstheorie sogar von ihren eigenen VertreterInnen zunehmend kritisiert.<sup>419</sup> In der Erkenntnis, dass modernisierungstheoretische Ansätze zwar die Ursachen des Zusammenbruchs der sozialistischen Regime weitgehend schlüssig erklären konnten, nicht jedoch die unterschiedlichen Verläufe der Transformation in den einzelnen Ländern, modifizierten einige ModernisierungstheoretikerInnen die den klassischen Ansätzen eigene Vorstellung vom gleichgerichteten, unli-

---

<sup>416</sup> Vgl. Merkel 1995, S. 36; Nikolic 1998, S. 147f.; Schrader 2003, S. 85; Merkel / Puhle 1999, S. 242; Saltmarsh 2001, S. 8ff.; Linz / Stepan 1996, S. 55. Zur Pfadabhängigkeit der wirtschaftlichen Transformation im Besonderen vgl. von Beyme 1994, S. 207; Hopfmann 1998, S. 72f.

<sup>417</sup> Mense-Petermann plädiert dafür, „Transformationsentscheidungen, -konflikte und -blockaden vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit institutionalisierten Wahrnehmungs-, Interpretations- und Handlungsmuster zu verstehen. Diese bilden einen Entscheidungskorridor, indem sie die zugänglichen Entscheidungsoptionen begrenzen, bestimmte Entscheidungsverfahren und -routinen bereitstellen und den Akteuren Legitimationsressourcen zur Verfügung stellen“. (Mense-Petermann 2002, S. 234.) Franzke betont in diesem Zusammenhang, dass historische Faktoren aus vorkommunistischer und kommunistischer Zeit die Entscheidungsoptionen für die handelnden Akteure und damit den weiteren Transformationspfad zwar nicht determinieren, aber doch stark konditionieren. Vgl. Franzke 2000, S. 8. Vgl. dazu auch Karl / Schmitter 1991, S. 271f.; Karl 1990, S. 7.

<sup>418</sup> Kollmorgen 2003, S. 38f.

<sup>419</sup> Vgl. z.B. Zapf 1995; Ibid. 1996; Ibid. 1997.

nearen und alle gesellschaftlichen Teilsysteme einschließenden Entwicklungsprozess dahingehend, dass nun auch die Heterogenität von Entwicklungswegen, ihre Nicht-Linearität sowie die Möglichkeit von Stagnation und Regression Anerkennung finden.<sup>420</sup> Modernisierungstheoretische Ansätze müssen nach Zapf ihren ausschließlichen Fokus auf uniforme nachahmende Entwicklungsprozesse aufgeben und den Blick verstärkt auf nicht planbare Handlungen sowie das Wirken historischer Faktoren auf aktuelle Transformationsverläufe richten, denn „die ungeplanten Wirkungen [können] den geplanten Wandel bei weitem übertreffen“<sup>421</sup>.

Im Rahmen dieses modifizierten Ansatzes, der die postsozialistischen Transformationsprozesse zweifellos deutlich adäquater zu fassen vermag als die klassischen Modernisierungstheorien, wird jedoch an der Vorstellung eines bekannten Zieles sowie des Modellcharakters der westlichen kapitalistischen Demokratien festgehalten und damit die Transformation weiterhin als Aufholprozess gegenüber den Industrieländern Westeuropas und Nordamerikas aufgefasst.<sup>422</sup> Angesichts der zu beobachtenden Entwicklungen in zahlreichen Staaten insbesondere Osteuropas, Zentralasiens und des Kaukasus, die nach wie vor noch weit von der Etablierung einer Demokratie und Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild entfernt sind, ist daher auch die Erklärungskraft dieser neuen und selbstkritischen modernisierungstheoretischen Ansätze für den postsozialistischen Transformationsprozess äußerst fraglich.

### 3. Die Entwicklungsdiskussion im Wandel

Während in der ersten von den Vereinten Nationen ausgerufenen Entwicklungsdekade, den 1960er Jahren, im Sinne der ökonomisch geprägten Modernisierungstheorien die Überzeugung vorherrschte, wirtschaftliches Wachstum ziehe Entwicklung nach sich<sup>423</sup>, reifte bereits

---

<sup>420</sup> Zapf beispielsweise räumte nun ein: „Modernisierung ist nicht einfach ‚Westernization‘. (...) Es gibt (...) bei gleichem Ziel mehrere Wege zur Moderne (...) und der Weg der heutigen Transformationsgesellschaften wird nicht mit früheren Wegen einfach identisch sein.“ (Zapf 1997, S. 42. Vgl. auch Ibid. 1995, S. 175f.) Dass eine solche Einsicht innerhalb der Modernisierungstheorien nicht erst gegen Mitte der 1990er Jahre vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas reifte, sondern bereits ein Jahrzehnt früher, zeigen die Ausführungen des Lateinamerikaforschers Mansilla, der bereits 1986 erklärte, „dass es keine Etappen des Zurückbleibens oder des Vorhergehens gibt, sondern unterschiedliche Wege menschlicher Entfaltung, die in wertender Absicht untereinander unvergleichbar und inkommensurabel sind“. (Mansilla 1986, S. 230.) In der Erklärung postsozialistischer Transformationsprozesse konnte sich eine solche kritische Theorie der Modernisierung jedoch erst gegen Mitte der 1990er Jahre durchsetzen. Vgl. dazu auch Schrader / Oswald 2004, S. 2.

<sup>421</sup> Zapf 1996, S. 74.

<sup>422</sup> Vgl. dazu beispielsweise Mense-Petermann 2002, S. 229.

<sup>423</sup> Gemäß dieses Entwicklungsverständnisses, welches wirtschaftliches Wachstum mit Entwicklung gleichsetzt, deklarierten die Vereinten Nationen für ihre erste Entwicklungsdekade von 1961 bis 1970 folgende Ziele: a) ein jährlicher Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens um 3 Prozent, b) ein jährlicher Zuwachs des BSP um 5 Prozent, c) die Steigerung der Industrieproduktion um 8,5 Prozent pro Jahr, d) die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 4 Prozent pro Jahr und e) die Verbesserung der *terms of trade* um 10 Prozent pro Jahr. (Vgl. Winter 2004, Kap. 1.) Die einzigen Indikatoren für die Messung von Entwicklungsfortschritten waren somit ökonomischer Art, wogegen sozialen und politischen Fragen, wie denen nach aktiven Maßnahmen zur Umverteilung und Demokratisierung, kaum eine Bedeutung beigemessen wurde.

Anfang der 1970er Jahre die Einsicht, dass die gemäß dieser Überzeugung durchgeführten Entwicklungsstrategien Verarmungs- und Verelendungsprozesse in der großen Mehrzahl der betroffenen Länder nicht eindämmen konnten und häufig gar verstärkten. Vom induzierten ökonomischen Wachstum, welches insbesondere durch Technologietransfers und die Finanzierung von Industrie- und Infrastrukturprojekten im städtischen modernen Sektor gefördert wurde<sup>424</sup>, konnte lediglich eine kleine privilegierte Schicht der Bevölkerung profitieren, während der erhoffte Durchsickerungs- und Ausbreitungseffekt hin zu breiten Bevölkerungsschichten ausblieb. Auch die von ModernisierungstheoretikerInnen als quasi natürliche Folge wirtschaftlichen Wachstums propagierten Demokratisierungsprozesse stellten sich nicht ein, wogegen sich die für die Übergangsphase als notwendig erachteten autoritären Regime als äußerst beharrlich zeigten.<sup>425</sup>

Diese ausschließlich auf Wirtschaftswachstum fokussierte Entwicklungsstrategie fand erstmals 1969 im Rahmen des von der Weltbank in Auftrag gegebenen Pearson-Berichts<sup>426</sup> eine kritische Beurteilung, in welchem auf die trotz des ökonomischen Wachstums steigenden Armutsraten hingewiesen wurde. Angeregt durch diesen Bericht, der im Sinne der in den 1960er Jahren aufkeimenden dependenztheoretischen Ansätze seinen Blick nicht mehr ausschließlich auf endogene Entwicklungshemmnisse richtete, sondern nun auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in die Betrachtung mit aufnahm, verkündete 1973 der Präsident der Weltbank, Robert McNamara, in seiner berühmten Nairobi-Rede einen Kurswechsel in der Entwicklungsstrategie.<sup>427</sup> Wirtschaftliches Wachstum sollte nun von Maßnahmen zur Förderung der Verteilungsgerechtigkeit begleitet werden.<sup>428</sup> Die neue Strategie „Wachstum plus Umverteilung“ schlug sich in der Entwicklungspraxis insbesondere in Projekten zur Grundbedürfnisbefriedigung<sup>429</sup> und Armutsminderung nieder. Maßnahmen wie Bodenrefor-

---

<sup>424</sup> Zu den konkreten Förderungsmaßnahmen insbesondere der deutschen Bundesregierung im Rahmen dieser Entwicklungsstrategie in den 1960er und 70er Jahren vgl. Danckwortt 1990, S. 107.

<sup>425</sup> Vgl. dazu die Ausführungen in Hein 1998, S. 289; Menzel 1992, S. 204; Köhler 1985, S. 487; Esteva, Gustavo: Entwicklung, in: Sachs 1993, S. 89-121, hier: S. 100; Lühr / Schulz 1997, S. 24; Nohlen 1994, S. 196.

<sup>426</sup> Der 1969 erschienene Bericht der „Kommission für Internationale Entwicklung“ entstand unter der Leitung des ehemaligen kanadischen Außenministers Lester Pearson und wurde daher als Pearson-Bericht bekannt.

<sup>427</sup> Vgl. McNamara, Robert: Address to the Board of Governors, World Bank, Nairobi, 24.9.1973.

<sup>428</sup> Vgl. dazu Menzel 1992, S. 22, 159; Illich, Ivan: Bedürfnisse, in: Sachs 1993, S. 47-70, hier: S. 56. Die Bedeutung dieses entwicklungsstrategischen Paradigmenwechsels innerhalb der Weltbank wurde durch die ebenfalls 1973 unter Leitung von Hollis Chenery stattfindende Konferenz mit dem Titel „Redistribution with Growth“ unterstrichen, in der die Frage im Mittelpunkt stand, wie Wachstum mit Umverteilung kombiniert oder gar Wachstum durch Umverteilung erreicht werden könnte. (Vgl. Chenery 1974.) Die deutsche Bundesregierung erklärte bereits in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption von 1971 die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und damit eine gleichberechtigte Förderung von Wirtschaftswachstum und sozialen Faktoren zum künftigen Ziel der deutschen Entwicklungspolitik. Vgl. BMZ-Bericht 1973, S. 14.

<sup>429</sup> Als Grundbedürfnisse werden a) die Sicherung der körperlichen und materiellen Existenzbedürfnisse wie Nahrung, Wohnung und Kleidung, b) der Zugang zu öffentlichen Gütern bzw. Leistungen, wie beispielsweise Gesundheitsversorgung und Bildung, sowie c) die Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und die Garantie der Menschenrechte definiert. (Vgl. Goetze 2002, S. 245; Menzel 1992, S. 167; Köh-

men, der Ausbau des Bildungswesens, die Dezentralisierung von Entscheidungsinstanzen sowie die Unterstützung arbeitsintensiver und kleinbetrieblicher Fertigung zielten auf eine Produktivitätssteigerung der verarmten ländlichen und städtischen Bevölkerung ab. Im Vordergrund stand dabei die Förderung des landwirtschaftlichen Sektors und dabei insbesondere der Kleinbetriebe.

Nachdem in der ersten Entwicklungsdekade noch davon ausgegangen worden war, dass sich im Zuge wirtschaftlichen Wachstums auch die wirtschaftliche und soziokulturelle Lage der Frauen in Entwicklungsgesellschaften verbessern würde und ihrer Situation daher in der Ausarbeitung von Entwicklungsstrategien keine Beachtung geschenkt wurde<sup>430</sup>, wurden Frauen nun im Zuge der Hinwendung zur Grundbedürfnisbefriedigung als potentielle Trägerinnen von Wachstums- und Entwicklungsprozessen wahrgenommen. Während sich die Entwicklungsstrategien der 1960er und 70er Jahre noch primär an Männer richteten, die als alleinige Produzenten weltmarktrelevanter Güter und damit als alleinige Träger ökonomischen Wachstums angesehen und gefördert wurden, erfolgte gegen Mitte der 1970er Jahre diesbezüglich eine deutliche Perspektiveverschiebung. Die Weltbank setzte sich nun die „Integration der Frauen in die Entwicklung“ als Leitmotiv und machte sie im Rahmen ihrer Strategie zur direkten Armutsbekämpfung zu einer gewichtigen Zielgruppe. Die Erkenntnis, dass Frauen in Bereichen wie Ernährungssicherung und Gesundheitsversorgung und damit bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen die entscheidende Rolle innerhalb der Familie einnehmen, wurde nun in einem breiten Spektrum an Projektaktivitäten, wie etwa zur Reduzierung der weiblichen Arbeitsbelastung, zur Stärkung der Organisationsfähigkeit von Frauen sowie zur Förderung ihrer Bildung und Ausbildung, umgesetzt.<sup>431</sup>

---

ler 1985, S. 487; Nohlen 1994, S. 207.) Das Ziel der Grundbedürfnisbefriedigung wurde, angeregt durch die Rede von McNamara, nochmals explizit in der Cocoyoc-Erklärung, die im Rahmen eines von UNEP und UNCTAD 1974 in Mexiko abgehaltenen Symposiums formuliert wurde, sowie in der von der ILO 1976 in Genf einberufenen Weltbeschäftigungskonferenz propagiert. Vgl. dazu Köß 1998, S. 36; Esteva, Gustavo: Entwicklung, in: Sachs 1993, S. 89-121, hier: S. 104.

<sup>430</sup> Die entsprechende Argumentation lautete, dass ökonomische Entwicklung zu einem Kulturwandel führen werde, im Rahmen dessen patriarchalische Strukturen, Werte und Verhaltensweisen in Entwicklungsgesellschaften aufgebrochen würden und somit die Position von Frauen eine Aufwertung erfahre. (Vgl. Tetzlaff 1995, S. 82.) Die in diesen Jahrzehnten vorherrschende Nichtwahrnehmung des Potentials von Frauen durch Entwicklungsstrategen stellt Escobar sehr deutlich dar: „Up the end of the 1970s, women appeared for the development apparatus only as mothers engaged in feeding babies, pregnant or lactating, procuring water for cooking and cleaning, dealing with children’s diseases, or, in the best of cases, growing some food in the home garden to supplement the family diet. Such was the extent of women’s lives in most development literature.“ (Escobar 1995, S. 172.) Die meisten Entwicklungsprojekte missachteten daher völlig die traditionelle Frauenrolle und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Entwicklungsgesellschaften, im Rahmen derer die Frau eine wichtige Position auch im Bereich der Produktion einnimmt. Sie gingen damit an den Bedürfnissen der Frauen vorbei und verstärkten stattdessen das Stereotyp der Hausfrau. Vgl. Klemp 1993, S. 299; Goetze 2002, S. 196, 201; Nuscherler 1996, S. 131.

<sup>431</sup> Vgl. Goetze 2002, S. 123; Klemp 1993, S. 287, 300. Die „Entdeckung“ der Frauen für den Entwicklungsprozess im Laufe der 1970er Jahre beruhte allerdings nicht nur auf der diesbezüglich gereiften Einsicht der Weltbank, sondern auch und vielmehr auf der Ausstrahlungskraft der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen

Die Erfolge dieser innovativen Ansätze der 1970er Jahre zur Armutsbekämpfung und Grundbedürfnisbefriedigung, aber auch im Sinne der Dependenztheorien zur Förderung der Süd-Süd-Kooperation sowie einer neuen Weltwirtschaftsordnung blieben jedoch aus, und so wurde die folgende Dekade der 1980er Jahre für die meisten Entwicklungsländer zum „verlorenen Jahrzehnt“<sup>432</sup>, welches weniger von Entwicklungsprozessen als vielmehr von Stagnation oder gar Rückentwicklung gekennzeichnet war. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten sanken zum Teil drastisch ab, die Exporterlöse verringerten sich aufgrund fallender Rohstoffpreise, Schuldenberge wurden angehäuft und die Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung nahm zu. Zahlreiche Schuldnerländer, darunter auch ehemalige „Wirtschaftswunderländer“ wie etwa Brasilien und die Elfenbeinküste sowie ölexportierende Staaten wie Mexiko und Venezuela, gerieten in schwere Wirtschaftskrisen, wurden zahlungsunfähig und verloren damit ihre internationale Kreditwürdigkeit.

Die reale Situation verschlechterte sich in der großen Mehrzahl der Entwicklungsländer drastisch, ein neuer und überzeugender strategischer Entwurf zur Bewältigung dieser Probleme war jedoch nicht in Sicht. Als kurzfristige Reaktion auf die Verschuldungskrise verordneten IWF und Weltbank den betroffenen Ländern eine Strukturanpassungspolitik mit strikten Auflagen. Durch Maßnahmen wie Einsparungen im Gesundheits- und Bildungswesen, Lohnkürzungen, Abbau von Subventionen und die Reduzierung von Arbeitsplätzen wurden die Staatsausgaben gesenkt, was in Kombination mit einer verstärkten Exportförderung die Schuldnerländer wieder zahlungsfähig machen und in den Weltmarkt integrieren sollte. Der in der vorangegangenen Dekade eingeschlagene Weg einer armuts-, beschäftigungs- und grundbedürfnisorientierten Entwicklungspolitik wurde damit verlassen und stattdessen wieder ein klarer Schwerpunkt auf die Förderung wirtschaftlichen Wachstums gelegt. Doch auch die den verschuldeten Ländern auferlegte neoliberale Strukturanpassungspolitik stellte keine Lösung für die Entwicklungsproblematik dar, sondern intensivierte diese in aller Regel noch. Auch wenn sich in einigen Ländern die ökonomischen Indikatoren zunächst verbesserten, verschlechterten sich die sozialen Verhältnisse, stieg Arbeitslosigkeit und Armut an, wurde die

---

im Jahr 1975 und der sich daran anschließenden Frauendekade, innerhalb derer die politischen Aktivitäten verschiedener Frauenbewegungen eine im Vergleich zu früheren Zeiten große Wirksamkeit erreichten. (Vgl. Klomp 1993, S. 287; Goetze 2002, S. 123.) Braig weist in diesem Zusammenhang auch auf die bedeutende Rolle des 1970 erschienenen Buches „Women`s Role in Economic Development“ von Ester Boserup hin, welches darstellt, wie die Benachteiligung von Frauen durch entwicklungspolitische Projekte und Modernisierungsprogramme häufig verfestigt oder gar neu geschaffen wurde und somit zu einem Überdenken der entwicklungspolitischen Praxis unter Frauenaspekten anregte. Vgl. Braig 1999, S. 110f.

<sup>432</sup> Die Weltbank selbst bezeichnete in ihrem Weltentwicklungsbericht von 1990 die dritte Entwicklungsdekade der 1980er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“. Vgl. Weltbank 1990.



Einkommensverteilung ungleicher und es verringerten sich aufgrund der Deregulierungs- und Privatisierungspolitik die staatlichen Regulationsmöglichkeiten.<sup>433</sup>

Die Krise der 1980er Jahre, die alle bis dahin angewandten Entwicklungsstrategien obsolet erscheinen und den Ausweg wieder in der Hinwendung zu ökonomischen Wachstumsstrategien suchen ließ, stellte nicht nur die Entwicklungspolitik vor viele Fragen und Probleme, sondern läutete auch in der Theoriebildung den Beginn einer neuen Ära ein. Im Kreise der Entwicklungstheoretiker machte sich Unsicherheit breit, die nicht nur von den ausbleibenden Entwicklungserfolgen und damit einhergehend vom Scheitern der in den ersten beiden Entwicklungsdekaden angewandten Strategien genährt wurde, sondern in entscheidender Weise auch von den immer offensichtlicher werdenden Differenzierungsprozessen innerhalb der Dritten Welt. Beide Großtheorien, die Dependenz- wie auch die Modernisierungstheorie, die „mit einem paradigmatischen Anspruch aufgetreten sind und einen globalen Erklärungswert reklamieren“<sup>434</sup>, gerieten angesichts von Entwicklungen wie dem wirtschaftlichen Aufstreben der ostasiatischen Tigerstaaten in starke Erklärungsnot. Keiner der beiden Theorien war es bis dahin gelungen, schlüssige Strategien für die Überwindung von Armut und Unterentwicklung bereitzustellen oder auch nur die Frage zu beantworten, weshalb einige Regionen eine erfolgreiche Entwicklung vollziehen konnten, während dies anderen nicht gelang. Das zunehmende ökonomische Auseinanderdriften verschiedener Länder innerhalb der Dritten Welt führte zu der Einsicht, dass es eine globale Theorie der Unterentwicklung, einen „entwicklungstheoretischen Universalschlüssel“<sup>435</sup>, nicht geben kann. Während allgemein die „Ratlosigkeit der großen Entwicklungstheorien“<sup>436</sup> beklagt wurde, verkündete Menzel bereits das „Ende der Dritten Welt“<sup>437</sup> und damit das Scheitern der Globaltheorien. Gefordert wurden

---

<sup>433</sup> Vgl. Winter 2004, Kap. 5.1., Kap. 5.2.; Altvater / Mahnkopf 1997, S. 101f.; Menzel 1992, S. 169ff., 205f.; Esteva, Gustavo: Entwicklung, in: Sachs 1993, S. 89-121, hier: S. 105.

<sup>434</sup> Menzel, Ulrich: Vorwort, in: Norbert Minhorst (Hg.): Das „Dritte Welt“-Bild in den bundesdeutschen Fachperiodika im Zeitraum von 1960-1992, Hamburg 1996, S. ix-xiii, hier: S. ix, zit. n. Engel 2000, S. 24f.

<sup>435</sup> Nuscheler 1997, S. 25; Ibid. 2003, S. 10. Eine gegenläufige Tendenz zur Differenzierung und Heterogenisierung verschiedener Ländertypen innerhalb der Dritten Welt bilden Globalisierungsprozesse mit Erscheinungen wie der Durchsetzung internationaler Waren-, Finanz- und Arbeitsmärkte, der Ausdehnung internationaler Kommunikationsnetze und globaler Ökologieprobleme. Die Formulierung einer globalen Theorie von Entwicklung und Unterentwicklung wird durch diese, der zunehmenden Ausdifferenzierung entgegenlaufenden Prozesse, zusätzlich erschwert bzw. gänzlich unmöglich gemacht. Vgl. dazu beispielsweise Lühr / Schulz 1997, S. 8.

<sup>436</sup> Messner 1988/89. Vgl. auch Mármora / Messner 1989, S. 7; Schuurman 1993, S. 1.

<sup>437</sup> Menzel 1992. (Das Argument, dass aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken in der Dritten Welt diese aufgehört habe zu existieren, brachte Menzel bereits zu Beginn der 1980er Jahre vor [vgl. Menzel 1983], betitelte jedoch erst sein Werk von 1992 mit der plakativen Formulierung „Das Ende der Dritten Welt“.) Mit seiner Aussage zum „Ende der Dritten Welt“ und dem Scheitern der Globaltheorien rief Menzel zahlreiche Kritiker auf den Plan. Boeckh beispielsweise erklärte, dass die Dritte Welt nicht aufgrund der nun in verstärktem Maße wahrzunehmenden unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken aufgehört habe zu existieren, sondern dass es sie wohl nie in dem Sinne gegeben habe, dass ihr gemeinsame Strukturmerkmale, Entwicklungsvoraussetzungen und -dynamiken je hätten unterstellt werden können. Stattdessen sei „die“ Dritte Welt wohl schon immer ein Produkt „grob-schläch-tige[r] analytische[r] Kategorien gewesen“ (Boeckh 1993, S. 111). (Zu dieser Argumentation siehe auch Tetzlaff 1995, S. 67.) Hein, Altvater und Brock beispielsweise kritisieren dagegen Menzels Aus-

nun „Theorien mittlerer Reichweite“, die anstatt auf universalistische Erklärungs- und Lösungsansätze ihren Blick verstärkt auf die historischen, politischen und kulturellen Besonderheiten einzelner Länder und Regionen richteten, um auf dieser Basis die jeweils spezifischen regionalen, lokalen und sektoralen Entwicklungschancen und -blockaden zu analysieren.<sup>438</sup>

Im Zuge der Diskreditierung der Globaltheorien und der Forderung nach einem räumlich begrenzten und thematisch spezifischeren Fokus kam es gegen Ende der 1980er Jahre zu einer Aufsplitterung der Entwicklungsdiskussion in sehr unterschiedliche Themenschwerpunkte. Von einigen WissenschaftlerInnen wurde diese Entwicklung gutgeheißen, da sie den bis dahin weitgehend unfruchtbaren Schlagabtausch zwischen Modernisierungs- und DependenztheoretikerInnen beendete sowie die Abwendung von den in früheren Dekaden vorherrschenden unilinearen Ansätzen und die Hinwendung zu neuen Entwicklungskonzepten beförderte.<sup>439</sup> Andere sahen dagegen die Gefahr, dass in dieser nun vielstimmigen Diskussion um „Modethemen“ keine Synthese gefunden wird und damit keine schlüssigen Erklärungs- und Lösungsansätze entworfen werden können.<sup>440</sup> Einige der wichtigsten Themen, die nun im Zentrum der Entwicklungsdiskussion standen, waren die Bedeutung kultureller Faktoren, die Position von Frauen als Trägerinnen, aber auch Opfer von Entwicklung, theoretische Konzepte zu Genderfragen sowie ökologische Probleme und damit einhergehend das neue internationale Entwicklungsparadigma des *sustainable development*.<sup>441</sup>

Die Beschäftigung mit ökologischen Folgen von Entwicklung und Wachstum wurde bereits zu Beginn der 1970er Jahre durch den Bericht des Club of Rome<sup>442</sup> angestoßen, Mitte der 1980er Jahre von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung im Rahmen des Brundtland-Berichts<sup>443</sup> wieder aufgegriffen und in das Konzept des *sustainable development* überführt. Die Zielsetzung der nachholenden Entwicklung wurde nun abgelöst durch die Idee der nachhaltigen Entwicklung, im Rahmen derer das Modell der westlichen Industrieländer, geprägt von Massenkonsum und hohem Ressourcenverbrauch, nicht mehr als Vorbild dienen konnte. Der Brundtland-Bericht definiert *sustainable development* als „Entwicklung, die die

---

ruf bezüglich des Endes aller Globaltheorien, da gemäß ihrer Argumentation gerade die im Rahmen der Globalisierung verstärkt auftretenden globalen Entwicklungsprobleme und das Eingebundensein sämtlicher Regionen und Länder in einen gemeinsamen Weltmarkt mehr denn je nach einer Erfassung des weltgesellschaftlichen Rahmens und damit nach umfassenden Theorieansätzen verlangen. Vgl. Hein 1998, S. 235; Altvater 1993, S. 399; Brock 1999, S. 121f.

<sup>438</sup> Vgl. Menzel 1993a, S. 43; Ibid. 1992, S. 40; Obrecht 1997, S. 66; Tetzlaff 1995, S. 68.

<sup>439</sup> Vgl. z.B. Nuscheler 1997, S. 24; Winter 2004, Kap. 7.

<sup>440</sup> Vgl. z.B. Menzel 1993a, S. 43.

<sup>441</sup> Vgl. Adjibolosoo 1999, S. xii; Tetzlaff 1995, S. 71ff.; Esteva, Gustavo: Entwicklung, in: Sachs 1993, S. 89-121, hier: S. 103; Winter 2004, Kap. 6.1.

<sup>442</sup> Vgl. Meadows 1972. Der Bericht des Club of Rome stellte erstmals die Wachstumsstrategie aus ökologischer Perspektive in Frage und legte dar, dass dem Nachvollzug des westlichen Wirtschaftswachstums in den Ländern der Dritten Welt aufgrund nicht ausreichend vorhandener natürlicher Ressourcen objektive Grenzen gesetzt sind.

<sup>443</sup> Vgl. Hauff 1987.

Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“<sup>444</sup>. Zu Beginn der 1990er Jahre griff auch die Weltbank das neue Konzept des *sustainable development* auf und reformulierte ihr Wachstumskonzept nun als *sustainable growth*, im Rahmen dessen zur wirksamen Armutsbekämpfung weiterhin auf Wachstum und Marktwirtschaft gesetzt wurde, diese Strategie nun aber durch sozialpolitische Komponenten der Grundbedürfnisstrategie sowie ökologische Komponenten aus der *sustainable development*-Diskussion flankiert werden sollte.<sup>445</sup>

Neben Themen wie Umwelt, Frauen und Kultur rückten ab Mitte der 1980er Jahre auch politische Rahmenbedingungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit, da diesen nun eine besondere Bedeutung für Entwicklungsprozesse beigemessen wurde. Noch in den ersten Entwicklungsdekaden der 1960er und 70er Jahre, in denen das Interesse der Förderung wirtschaftlichen Wachstums galt, wurden autoritäre Regime, wenn auch nicht explizit gefördert, so doch hinsichtlich ihrer Rolle für den Entwicklungsprozess durchaus wohlwollend beurteilt.<sup>446</sup> Im Rahmen der Entwicklungshilfe, die zu Zeiten des Kalten Krieges im Dienste geostrategischer Interessen stand und damit weniger Entwicklungsanstrengungen als vielmehr blockpolitisches Wohlverhalten unterstützte, wurde der inneren Verfasstheit der Empfängerländer mit ihren autoritären und kleptokratischen Regimen kaum Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>447</sup> Im Zuge der tiefen Wirtschafts- und Verschuldungskrisen, die sich zu Beginn der 1980er Jahre in zahlreichen Ländern der Dritten Welt einstellten, begangen IWF und Weltbank mittels der Auferle-

---

<sup>444</sup> Ibid., S. 46. Kritiker merken jedoch an, dass auch der Brundtland-Bericht, trotz aller Bekenntnisse zu nachhaltiger Entwicklung, klar an der Zielvorstellung des wirtschaftlichen Wachstums festhält und damit die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum auf Grundlage ständiger technischer Innovation, wie sie für die westlichen Industrieländer charakteristisch ist, in ihren Grundsätzen nicht in Frage stellt. (Vgl. z.B. Adams 1993, S. 211.) In den Worten Estevas handelt es sich daher bei dem im Brundtland-Bericht propagierten Entwicklungsweg um eine Strategie, „die auf die Nachhaltigkeit von ‚Entwicklung‘ zielt und nicht etwa die Erhaltung einer blühenden Vielfalt von Natur und sozialem Leben“. (Esteva, Gustavo: Entwicklung, in: Sachs 1993, S. 89-121, hier: S. 106.) Darüber hinaus bemängeln Kritiker die mangelnde operationale Konkretisierung, durch die der Begriff *sustainable development* Gefahr läuft, zur inhaltsleeren Phrase zu verkommen. Vgl. Nohlen 1994, S. 642.

<sup>445</sup> Vgl. Weltbank 1990. Vgl. auch Nuscheler 1993a, S. 169; Nohlen / Nuscheler 1993d, S. 61.

<sup>446</sup> Beispielsweise erklärte der Politologe Richard Löwenthal 1962 in einem Vortrag, in dem er sich mit den Aufgaben des Staates in Ländern der Dritten Welt bei der Einleitung von Modernisierungsprozessen auseinandersetzte: „Jeder Grad an Freiheit wird mit etwas Verlangsamung der Entwicklung, jeder Grad an Beschleunigung mit etwas Verlust an Freiheit bezahlt. Das ist in der Natur des Prozesses unvermeidlich.“ (Löwenthal 1986: 266f.) Auch Huntington vertrat noch Ende der 1960er Jahre die These, dass unter Bedingungen von Unterentwicklung die Entwicklungsdiktatur die beste aller Regierungsformen sei. (Vgl. Huntington 1968.) Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen von Hein (1998, S. 309f.) und Töpfer (1990, S. 133f.).

<sup>447</sup> Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es nicht nur die Fixierung auf geostrategische Interessen war, die während des Kalten Krieges keinen Raum für die Berücksichtigung politischer Rahmenbedingungen innerhalb der Empfängerländer ließ, sondern ebenso der große Respekt vor dem Gebot der Nichteinmischung in die politischen Angelegenheiten dieser Länder. Mit dem Beginn der ersten Entwicklungsdekade war die Mehrzahl der betreffenden Länder, insbesondere in Afrika und Asien, als ehemalige Kolonien gerade erst unabhängig geworden. Entwicklungshilfe wurde auch als Wiedergutmachung für vergangenes Unrecht begriffen und kein Geberland wollte sich des Vorwurfs des Neokolonialismus aussetzen. Auch aus diesem Grund wurde über die gravierenden wirtschaftlichen und politischen Defekte innerhalb der einzelnen Länder hinweggesehen. Vgl. dazu beispielsweise Hammel 1999, S. 186f.

gung ökonomischer Konditionalitäten erstmals den Tabubruch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder. Die Erfüllung konkreter wirtschaftlicher Auflagen wurde nun zur Vorbedingung für die Gewährung weiterer Kredite, wogegen politische Aspekte wie Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Ressourcenverschwendung noch ausgeklammert wurden.<sup>448</sup>

Erst gegen Anfang der 1990er Jahre, als sich die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass weder der autoritäre Entwicklungsstaat, wie er zu Zeiten des Kalten Krieges vorherrschte, noch der im Zeichen neoliberaler Strukturanpassungspolitik in seinen wirtschaftlichen wie auch politischen Eingriffsmöglichkeiten stark beschnittene Staat entwicklungsfördernd wirken kann<sup>449</sup>, wurden politische Konditionalitäten zu einem wichtigen Element der Entwicklungszusammenarbeit. In dem Bewusstsein, dass die neoliberalen Reformprogramme unter der Regie von IWF und Weltbank nicht zuletzt aufgrund der stark defizitären politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen innerhalb der betroffenen Länder in ihrer Wirksamkeit weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben oder gar gänzlich gescheitert sind, wurde die Vergabe von Entwicklungshilfe nun von entwicklungsorientiertem staatlichem Handeln und damit von Faktoren wie der Absenkung der Militärausgaben, der Eindämmung der Korruption, der Förderung der Zivilgesellschaft sowie der Wahrung von Menschenrechten, Demokratie, Partizipation und Rechtsstaatlichkeit abhängig gemacht. Der dabei geprägte Begriff der *good governance*, der erstmals 1989 in einer Studie der Weltbank Erwähnung findet<sup>450</sup> und seitdem die Diskussion über den Zusammenhang von Entwicklung und politischen Rahmenbedingungen bestimmt, wurde in den Folgejahren anhand von fünf Merkmalen, nämlich *accountability*, *transparency*, *predictability*, *openness* und *rule of law*<sup>451</sup>, konkretisiert und zu einem der tragenden Fundamente der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

---

<sup>448</sup> Vgl. dazu Tetzlaff 1993, S. 435; Hammel 1999, S. 188; Dauderstädt / Lerch 2004, S. 9.

<sup>449</sup> Zur „Staatsdebatte“ der 1970er Jahre, im Rahmen derer die aufgeblähten Staatsapparate in Ländern der Dritten Welt mit ihren korrupten Eliten als bedeutendste Entwicklungshindernisse ausgemacht wurden und zu der mehr als ein Jahrzehnt später erfolgenden Erkenntnis, dass auch das neoliberal geprägte Konzept des „Minimalstaates“ keine Entwicklungserfolge beschere kann, vgl. Nuscheler 2003, S. 11; Ibid. 1996, S. 337ff. Vgl. auch Adam 1999, S. 16; Hein 1998, S. 217f.

<sup>450</sup> In dieser Studie heißt es: „Even more fundamental in many countries is the deteriorating quality of government, epitomized by bureaucratic obstruction, pervasive rent-seeking, weak judicial systems, and arbitrary decisionmaking. All of this adds heavily to the cost of doing business and discourages investors.“ (World Bank: Sub-Saharan Africa – From Crisis to Sustainable Growth, New York 1989, S. 3, zit. n. Hammel 1999, S. 190.)

<sup>451</sup> *Accountability* bezeichnet die Rechenschaftspflicht über die Verwendung öffentlicher Mittel, *transparency* die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Ernennungen, *predictability* die Berechenbarkeit des Verhaltens von Repräsentanten des öffentlichen Sektors, *openness* die ausreichende Information für alle Akteure einer Volkswirtschaft und *rule of law* die Verbindlichkeit des bestehenden Rechts für alle. (Vgl. Hammel 1999, S. 190.) Diese Definition von *good governance* durch die Weltbank ist nicht zuletzt Resultat der Beschränkungen, denen diese multilaterale Organisation unterliegt, in deren Statuten das Prinzip der Nichteinmischung in die politischen Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten festgeschrieben ist. Da ein bilateraler Geber wie die Bundesrepublik Deutschland keiner solchen Einschränkung unterliegt, konnte das BMZ fünf Merkmale als Definitionskriterien von *good governance* festlegen, die sich deutlich politischer ausnehmen als die der Weltbank. Gemäß der

Durch die Förderung von *good governance* sollen im Inneren der betreffenden Länder die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen hergestellt werden, die unerlässliche Voraussetzung dafür sind, dass Hilfe von außen ihre Wirksamkeit entfalten kann. Während diese im Vergleich zu früheren Jahrzehnten deutlich politischere Art der Entwicklungszusammenarbeit zunächst von der Auferlegung politischer Konditionalitäten und damit von der Verhängung von Sanktionen geprägt war, stand schon bald der Politikdialog im Vordergrund, im Rahmen dessen eine aktive Förderung der Demokratisierung mittels so genannter Positivmaßnahmen erfolgen sollte. Weniger Auflagen als vielmehr die „Kraft des Argumentes“ sollte nun die verantwortlichen Akteure in den Empfängerländern zur Herstellung entwicklungsfördernder Rahmenbedingungen bewegen.<sup>452</sup>

Durch diese Schwerpunktverlagerung in der Entwicklungszusammenarbeit erfuhr auch die Rolle von Institutionen zur Demokratieförderung, wie sie die deutschen politischen Stiftungen darstellen, eine deutliche Aufwertung. Bis zum Ende des Kalten Krieges mussten auch die Stiftungen im Kontext eines weitgehend apolitischen, von technischen Ansätzen geprägten Entwicklungsverständnisses agieren, weshalb in ihrer Arbeit lange Zeit Sozialstrukturhilfeprojekte zur Förderung der ökonomischen und sozialen Entwicklung einen bedeutenden Stellenwert einnahmen. Im Zuge der Hinwendung des BMZ zur Förderung von *good governance* mittels Politikdialog bekamen die Stiftungen deutlich mehr Freiheiten und Handlungsmöglichkeiten zur Ausübung ihres eigentlichen Mandats der Demokratieförderung eingeräumt und nahmen nun eine noch zentralere Stellung im System der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein.<sup>453</sup>

Eine gänzlich neue Denkrichtung innerhalb der Entwicklungsdiskussion entstand in den 1990er Jahren in Form der postmodernen Entwicklungskritik, die nun nicht mehr einzelne Entwicklungsstrategien und theoretische Entwürfe anzweifelte, sondern das gesamte „Projekt der Entwicklung“. VertreterInnen postmoderner Ansätze kritisieren den Entwicklungsdiskurs, wie er seit den 1940er Jahren geführt wird, die dabei kultivierte Universalität und Verabsolu-

---

deutschen Bundesregierung sind die fünf wichtigsten entwicklungsfördernden internen Rahmenbedingungen die Beachtung der Menschenrechte, die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, Rechtsstaatlichkeit und die Gewährung von Rechtssicherheit, die Einführung sozialer Marktwirtschaft sowie die Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Diese fünf Merkmale wurden im Rahmen der Entwicklungspolitischen Konzeption des BMZ von 1996 zu „Kriterien für den Einsatz von Instrumenten und Mitteln“ erhoben. (Vgl. BMZ: Entwicklungspolitische Konzeption des BMZ, BMZ aktuell 072, Bonn, Oktober 1996, S. 8, zit. in Hammel 1999, S. 186, 191f.) Zur Kritik an derartigen Definitionen von *good governance* durch die verschiedenen bi- und multilateralen Geber vgl. Jasper (2004, Einleitung), die anmerkt, dass dabei die in den westlichen Industrieländern zu findenden Konzepte per se als gut definiert werden, während alternative Konzepte, die nicht dem westlichen Verständnis von *good governance* entsprechen, in den betroffenen Entwicklungsländern aber dennoch angemessen sein können, keine Berücksichtigung finden.

<sup>452</sup> Zum Politikdialog vgl. Mair 1997, S. 30; Köhler 1985, S. 488; Schürmann 1989, S. 18; Hippler 1995, S. vii.

<sup>453</sup> Vgl. dazu Mair 2000, S. 132f.; Pogorelskaja 1997, S. 25; FES / FNS / HSS / HBS / KAS / RLS 2001, S. 5.

tierung der Moderne sowie den Eurozentrismus in der Entwicklungsforschung.<sup>454</sup> Innerhalb der Entwicklungspraxis wie auch des Entwicklungsdiskurses wird gemäß ihrer Argumentation das Wissen des Nordens bzw. des Westens überbetont, während das lokale Wissen der betreffenden Gesellschaften weitgehend ignoriert wird.<sup>455</sup> Eine zentrale These postmoderner Entwicklungskritik lautet, dass es sich bei „Entwicklung“ um einen Prozess handelt, durch den die Dritte Welt als Konstrukt des Westens systematisch organisiert und nach westlichen Vorstellungen transformiert werden soll. Mittels des Mainstream des Entwicklungsdiskurses, der von „Armut“, „Hunger“ und „Unterentwicklung“ spricht, wird eine Dritte Welt erst konstruiert, die dann, wiederum im Rahmen des Entwicklungsdiskurses, normiert, kontrolliert und unterworfen wird.<sup>456</sup> VertreterInnen postmoderner Ansätze plädieren daher für eine Revidierung des grundsätzlichen Verständnisses von Entwicklung und für eine Anerkennung der lokalen Ressourcen und des „gesellschaftliche[n] Reichtum[s], der in all der Armut marginalisierter Gesellschaften vorhanden ist“<sup>457</sup>, jedoch gewürdigt und positiv besetzt werden muss.

Von der Entwicklungspolitik und der praktischen Entwicklungszusammenarbeit wurde die postmoderne Entwicklungskritik jedoch kaum aufgenommen. Die heutigen Ansätze stehen zum einen im Zeichen globaler Strukturpolitik, im Rahmen derer versucht wird, auf wirtschaftliche, politische und ökologische Rahmenbedingungen so einzuwirken, dass es den Entwicklungsländern möglich wird, ihre ökonomischen aber auch politischen Potentiale in einer globalisierten Welt tatsächlich zu nutzen. Zum anderen verfolgt Entwicklungszusammenarbeit heute das Ziel der Armutsbekämpfung, wie an den im Jahr 2000 von der internationalen Staatengemeinschaft formulierten Millennium-Entwicklungszielen deutlich wird, in deren Mittelpunkt die Zielsetzung steht, bis zum Jahr 2015 die Zahl der absolut Armen zu

---

<sup>454</sup> Den Entwicklungsdiskurs definiert Escobar als einen „historically produced discourse“ (Escobar 1995, S. 6), das heißt als eine „durch bestimmte Wissensformen, Machtssysteme und Subjektivitäten konstituierte diskursive Formation“ (Ibid., S. 10, zit. n. Ziai 2003, S. 414), die sich um das fiktive Konstrukt der „Unterentwicklung“ herum konstruiert. (Vgl. Escobar 1995, S. 10, 53.) Als Beginn des Entwicklungsdiskurses wird die Antrittsrede des US-Präsidenten Truman von 1949 angesehen, in der er alle Lebensweisen, die vom Vorbild der westlichen Industrieländer abwichen, als unterentwickelt bezeichnete und damit eine unilineare, für alle Gesellschaften gültige Entwicklungsbahn hin zur Verwirklichung des westlichen kapitalistischen Lebensstils vorgab. Vgl. dazu Ziai 2003, S. 411; Escobar 1995, S. 3f.; Sachs, Wolfgang: Einleitung, in: Ibid. 1993, S. 7-15, hier: S. 13.

<sup>455</sup> Vgl. Parpart / Marchand 1995, S. 12. Zur Kritik an der Vernachlässigung lokaler Wissensressourcen und der Vorherrschaft westlichen Wissens, welches, wie Escobar (1995, S. 13) betont, von einer ökonomischen, rationalen und reduktionistischen Art des Denkens gekennzeichnet ist, vgl. Goetze 2002, S. 103, 111; Obrecht 1997, S. 66ff.; Escobar 1995, S. 13, 19; Rottenburg 2002, S. 236.

<sup>456</sup> Vgl. Escobar 1995, S. 3ff., 12f., 39ff.; Ibid.: Planung, in: Sachs 1993, S. 274-297, hier: S. 279ff. Vgl. auch Ziai 2003, S. 414ff.; Engel 2000, S. 47, 57f., 78. Rahnema stellt am Beispiel der vom Westen entworfenen Konzeption des Begriffs „Armut“ eindrücklich dar, wie im Rahmen des Entwicklungsdiskurses und der geleisteten Entwicklungshilfe Bedürfnisse definiert, identifiziert und berechnet werden, die nicht Abbild der tatsächlich vor Ort herrschenden und wahrgenommenen Bedürfnissen sind, sondern vielmehr die Bedürfnisse widerspiegeln, die im Rahmen westlicher Wirtschaftssysteme auftreten können. Vgl. Rahnema, Majid: Armut, in: Sachs 1993, S. 16-46, hier: S. 23f., 29. Zur künstlichen „Weckung und Verordnung“ von Bedürfnissen durch den Westen vgl. auch Illich, Ivan: Bedürfnisse, in: Sachs 1993, S. 47-70, hier: S. 47f.

<sup>457</sup> Obrecht 1997, S. 67.

halbieren. Weitere bedeutende Schwerpunkte der Millenniumsziele liegen auf der Förderung von Frauen, der Reduzierung der Kindersterblichkeit sowie auf Gesundheitsversorgung und Bildung.

Auch wenn die Tätigkeit der deutschen politischen Stiftungen nicht von sämtlichen dieser Diskussionen in gleicher Weise beeinflusst wurde, operierten die Stiftungen doch stets im Kontext der sich wandelnden Entwicklungsparadigmen. Während manche der Paradigmenwechsel für die Stiftungen mit ihrem Mandat der Demokratieförderung von geringerer Relevanz waren, zeigen Schwerpunktverlagerungen wie etwa die Beschäftigung mit Gender-Fragen und Frauenförderung seit den 1980er Jahren sowie die Reduzierung von Sozialstrukturhilfemaßnahmen und die Hinwendung zu politischeren Projekten nach Ende des Kalten Krieges doch deutlich, dass einige der Paradigmenwechsel innerhalb der Entwicklungsdiskussion die Stiftungsarbeit doch nachhaltig beeinflusst und verändert haben.